

20

Bonn, Montag 21. Juni 1965

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Barzel, Frau Brauksiepe, Bühler, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Glup, Gradl, von Hassel, Heck, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Mikat, Noltenius, Rathke, Russe, Scheufelen, Schmidt, Schmitz, Schröder, Stecker, Struve, Süsterhenn.

Bundestagswahlkampf. Verschiedenes: Lage im Steinkohlenbergbau, Kulturpolitik, Deutsches Gemeinschaftswerk.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.25 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir beginnen, und zwar wie gewöhnlich mit der Verlesung derjenigen Damen und Herren, die sich entschuldigt haben. Es sind die Herren Bundeskanzler Professor Erhard, Altmeier, Blumenfeld, Dr. Gurk, Dr. Dittmar, Lemmer, Dr. Meyers, Dr. Schmücker, Dr. Strauß, Dr. Seehofer und Frau Dr. Strecker.

Meine Damen und Herren! Ich habe als neues Mitglied zu begrüßen Herrn Glup¹. (*Beifall.*) Ich muß nun ein Wort der Begründung sagen, warum ich Sie auf einen Montag und so früh hierher gebeten habe. Wir müssen Rücksicht nehmen auf den Lauf der Zeit. Das ist ganz klar. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Fraktion. Die Fraktion macht „Hausputz“, d. h. alles, was noch da ist, möchte sie noch gern in die „Scheune“ fahren oder jedenfalls zur Entscheidung bringen. Deshalb hat mich die Fraktion dringend gebeten, wenn es absolut nötig sei, eine Sitzung des Bundesvorstandes abzuhalten, sie dann aber möglichst kurz zu machen. Das werde ich tun, so gut ich kann.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meine Freunde! Ich halte – und meine nächsten Mitarbeiter mit mir – eine Sitzung des Bundesparteivorstandes für absolut notwendig im Hinblick auf den heutigen Stand der Aussichten für die Bundestagswahl. Sie wissen, daß wir heute Sommeranfang haben. Heute ist der 21. Juni. Sie wissen, daß am 19. September dieses Jahres die Würfeln fallen werden.

Sie sind sich wohl alle darüber klar, daß die ganze parteipolitische Situation sehr schwierig ist. Ich will mich vorsichtig ausdrücken. Es ist nicht so, als wenn

¹ Gerhard Glup (geb. 1920), Landwirt; 1960–1980 Vorsitzender des CDU-KV Cloppenburg, 1965–1985 Vorsitzender des Landesverbands Oldenburg, 1967–1986 MdL Niedersachsen (1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

die Wahlen nicht von uns gewonnen werden könnten, aber die Wahl wird nur dann gewonnen werden, wenn jeder, wo er auch steht, ob Mann oder Frau, mit ganzer Energie an die Arbeit herangeht. Da tut sich erst langsam wieder etwas. Wie ich von Freunden höre, geschieht das hier und da; ich habe eben von Herrn Blank gehört, daß es unlängst eine gute Versammlung in Ravensburg gegeben hat.² Das erfreut einen ja, aber, meine Freunde, Sie wissen ja, wie ich auch weiß, daß bei den Wahlen für uns diejenigen den Ausschlag geben, die zur Wahl kommen. Wir müssen befürchten, daß aus irgendwelchen Gründen eine große Gleichgültigkeit in politischer Hinsicht im deutschen Volke Platz gegriffen hat. Ich will hier keinen allgemeinen Vortrag halten über die Lage in der Welt, sondern ich brauche nur hinzuweisen auf Ben Bella³ in Alger. Was da kommen wird, weiß der liebe Himmel; wir wissen es nicht. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Amerikaner 60 oder 61 Millionen Mark ausgegeben haben, um ein Gebiet von vier bis fünf Quadratkilometern, wie sie sich ausdrücken, zu reinigen. Daraus folgt Santo Domingo.⁴ Das möchte ich auch noch erwähnen. Daran zeigt sich doch, daß wir in einer äußerst gefährdeten Situation in der Welt sind; wenn auch nicht unmittelbar in Europa, aber es hängt ja alles derart zusammen, daß, wenn irgendwo etwas in der Welt passiert, dies auch möglicherweise seine schädigenden Wirkungen auf uns hat.

Meine Damen und Herren! An Material über unsere Aussichten haben wir vorliegen die Zählungen hauptsächlich der beiden großen Testinstitute Allensbach und EMNID.⁵ Diese Zählungen der Institute werden gern von Parteifreunden so etwas beiseite geschoben, namentlich dann, wenn sie nicht so ganz günstig sind. Wenn sie günstig sind, hört man auf sie. Das ist menschlich zu verstehen. Aber wenn man vergleicht, inwieweit diese beiden Institute bei den Bundestagswahlen der Vergangenheit überhaupt ungefähr herangekommen sind an eine richtige Schätzung, dann kommt man zu dem Ergebnis, sie sind alle beide ziemlich gleichmäßig nahe herangekommen oder entfernt geblieben, je nachdem, was sich nun ereignet hat in der Welt nach ihren letzten Zählungen.

2 Tag der katholischen Arbeitnehmerschaft am 20. Juni 1965 in Ravensburg. Rede Blanks in ACDP I-098-004 („Neues Denken verpflichtet“). – Am 28. und 29. Mai 1965 hatte auch ein Parteitag der CDU Baden-Württemberg in Ravensburg stattgefunden (UiD Nr. 22 vom 3. Juni 1965 S. 8).

3 Ahmed Ben Bella (geb. 1916), algerischer Politiker (FLN); 1962–1965 Premierminister, 1963–1965 Staatspräsident.

4 Nach dem Sturz der Regierung in der Dominikanischen Republik am 24. April 1965 hatten die USA am 28. April 1965 zum Schutz der dort lebenden Amerikaner Truppen entsandt, was die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) scharf kritisierte. Am 23. Mai 1965 wurde die IAF (Inter-American Forces) als Streitmacht der OAS zur Wiederherstellung normaler Bedingungen in der Dominikanischen Republik geschaffen (AdG 1965 S. 11875–11884 und S. 12008 f.).

5 Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967 (Faltblatt ohne Seitenangabe). Zur EMNID-Umfrage vgl. FAZ vom 15. Juni 1965 „Emnid: Die SPD weiter vorn“ (SPD 36 %, CDU/CSU 32 %, FDP 7 %).

Ich komme auf die Zählungen noch zurück und möchte Ihre Aufmerksamkeit zuerst lenken auf die Kommunalwahlen, die wir im Jahre 1964 gehabt haben. Diese Kommunalwahlen sind eigentlich ein viel sicheres Zeichen dafür, wie es in der Wählerschaft aussieht, als es die Teste der verschiedenen Institute sind. Wir haben folgende Kommunalwahlen gehabt: Am 27. September 1964 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, am 25. Oktober in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.⁶ Also, in fünf Ländern waren Kommunalwahlen in den letzten zehn Monaten.

Nun ist es ohne weiteres klar, daß namentlich in kleineren Orten und in den ländlichen Orten Kommunalwahlen vielfach auch unter örtlichen Gesichtspunkten vor sich gehen. Das gilt nicht von den großen Städten. Dort mag vielleicht der eine oder andere kommunale örtliche Gesichtspunkt noch eine Rolle spielen, aber im allgemeinen sind in den großen Städten die Kommunalwahlen getätigt worden nach allgemeinen politischen Gesichtspunkten. Ich nehme an, wir können uns nachher darüber unterhalten. Ich glaube auch, Sie werden im großen und ganzen mit mir darin übereinstimmen, wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Kommunalwahlen betrachtet, dann bekommt man eine ganz ernste Sorge.

Ich möchte hier einschieben, daß wir nicht Kommunalwahlen gehabt haben in zwei Ländern, die für uns doch günstig dastehen, das eine ist Schleswig-Holstein und das andere ist Baden-Württemberg.⁷ Ich glaube, wir brauchen wegen Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein keine Sorge zu haben. Dort steht es, soweit man Monate voraus prophezeien kann, gut. Also, das können wir uns ganz ruhig einmal auf das Pluskonto schreiben. Aber wenn wir das auch tun, dann bleiben bestehen – abgesehen von der allgemeinen Apathie, die doch wahrzunehmen ist gegenüber politischen Dingen überhaupt –, daß [wir] in einem Lande, von dem wir hoffen, daß wir dort noch Stimmen herausholen könnten, ich meine jetzt Niedersachsen, einen sehr häßlichen Kulturkampf haben.⁸ Dieser Kulturkampf in Niedersachsen – ich weiß nicht, ob Sie

6 Ergebnis in Nordrhein-Westfalen: CDU 43,1 % (1961: 45,0 %), SPD 46,6 % (40,7 %), FDP 8,0 % (10,2 %) – AdG 1964 S. 11452; Ergebnis in Hessen: SPD 51,7 % (1960: 47,8 %), CDU 28,9 % (27,1 %), FDP 11,1 % (10,5 %), GDP/BHE 5,6 % (7,5 %); Ergebnis in Rheinland-Pfalz: CDU 43,7 % (1960: 45,3 %), SPD 42,9 % (37,7 %), FDP 10,2 % (12,5 %) – AdG 1964 S. 11499. Zu den Ergebnissen in Niedersachsen vgl. Nr. 17 Anm. 87 und im Saarland Nr. 17 Anm. 63.

7 Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg waren am 7. November 1965: CDU 26,1 % (1.839 Sitze), SPD 32,8 % (1.391 Sitze), FDP 8 % (205 Sitze), Freie Wählervereinigungen 25,4 % (6.030 Sitze) („Die Welt“ vom 25. November 1965) und in Schleswig-Holstein am 13. März 1966: CDU 45,1 %, SPD 39,8 %, FDP 9,8 % (AdG 1966 S. 12387).

8 Am 26. Februar 1965 unterzeichneten der niedersächsische Ministerpräsident, Georg Diederichs, und der Apostolische Nuntius in Deutschland, Konrad Bafile, ein Konkordat zwischen dem Land Niedersachsen und dem Hl. Stuhl (AdG 1965 S. 11731 f.). – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Kampf um das Konkordat in Niedersachsen 1965. Frankfurt/M. 1966; Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hannover): Die niedersächsische Schule vor und nach dem Konkordat. Hannover 1965; vgl. PROTOKOLLE 2 S. 864 Anm. 47 und S. 956 Anm. 76.

das alles so verfolgt haben – ist für meinen Geschmack eines der traurigsten Zeichen in unserer Entwicklung als deutsches Volk, die wir überhaupt haben. In Niedersachsen ist ein Konkordat abgeschlossen worden. Übrigens, meine Damen und Herren, ich bin nie dafür gewesen. Ich habe mir die größte Mühe damit gegeben, es zu verhindern; nicht in Niedersachsen habe ich mir die Mühe gegeben, sondern anderswo. Aber es war nicht mehr aufzuhalten. Dieses Konkordat ist gemacht worden durch einen Kultusminister, der der FDP angehört.⁹ Dann ist die FDP radikal umgeschwenkt und aus der Regierung ausgetreten in Niedersachsen. Und jetzt sind sie die engagiertesten Kulturkämpfer.

Daß es in unserer Zeit z. B. noch möglich ist, einen Schweigemarsch von 4.000 Immatrikulierten bei den Hochschulen durchzuführen, hätte ich, wenn man mir das vor einem Jahr gesagt hätte, nicht für möglich gehalten, obgleich es doch so ist – nehmen Sie es mir nicht übel, was ich jetzt sage –, solange ich Vorsitzender der Partei bin, hatte Niedersachsen immer Überraschungen von unangenehmer Art bei jeder Wahl! (*Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Wieso?) Das hängt damit zusammen, weil es in Niedersachsen in Oldenburg, in Braunschweig und in Hannover drei Parteien gibt, die sich nicht einigen können. Jede ist für sich. Und die drei Landesverbände dort steuern drei verschiedene Kurse. Jedenfalls ist es auch dort so: Einigkeit macht stark. Das gilt auch für unsere Partei.

Meine Damen und Herren! Dieses Reservoir in Niedersachsen wird uns wahrscheinlich nichts mehr bieten bei der Wahl, womit wir im übrigen auch gerechnet hatten.

Ich komme dann auf Nordrhein-Westfalen zu sprechen. In Nordrhein-Westfalen fällt mit größter Wahrscheinlichkeit die Entscheidung über die ganze Bundestagswahl. Nordrhein-Westfalen umfaßt rund ein Drittel aller Bundestagswähler. Hier haben wir zunächst das Malheur, daß in Nordrhein-Westfalen die Kohlenhalden in bedrohlicher Weise anwachsen. Wir alle sollten, wo jeder auch von uns steht, kein ernsteres Ziel haben, als dafür zu sorgen, eventuell auch mit gesetzlichen Mitteln, daß die Kohlenhalden wieder abzufließen beginnen.

Meine Freunde! Wenn die Kohlenhalden weiter anwachsen, wird es immer schwieriger. Die Bergarbeiter sagen: Die Feierschichten kommen nach der Wahl. Es ist im Industriegebiet doch so, daß dort die Bergarbeiter es nicht allein sind, sondern vom Bergbau hängt im weiten Maße die Wirtschaft ab. Diese Kohlenhalden – von manchem anderen abgesehen – können einem wirklich sehr ernste Sorgen machen. Es muß, meine Freunde, auf diesem Gebiete unbedingt schleunigst etwas geschehen,

⁹ Dr. Hans Mühlenfeld (1901–1969), Diplomat, Politiker; 1945 Mitgründer der DP, 1947 MdL Niedersachsen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1953 MdB (Fraktionsvorsitzender der DP), 1953–1958 Botschafter in den Niederlanden, 1958–1962 in Australien, 1963 FDP (1967 Austritt), 1963–1965 Kultusminister in Niedersachsen.

auch von der Bundesregierung; denn diese ganze Regelung der Kohlenfrage¹⁰ – ich war ja daran beteiligt – ist erfolgt im Interesse des Bundes. Sie ist erfolgt, weil wir uns für den Ernstfall bei einer Unterbrechung der Ölzufuhr eine Reserve halten wollten im Kohlenbergbau. Deshalb glaube ich, daß sich auch die Bundespartei mit dieser Frage als einer der dringlichsten Fragen vor der Wahl beschäftigen und daß da etwas geschehen muß.

Ich habe hier eine genaue Analyse von den Kommunalwahlen der letzten zehn Monate. Hier möchte ich eines vorausschicken. Die weißen Kreise – von Herrn Lücke eingeführt – haben uns in keiner Weise geschädigt. Das steht statistisch durchaus fest. Wir waren doch alle etwas besorgt, daß wir dadurch Schaden erleiden würden. Das ist aber nicht eingetreten, sondern die Kommunalwahlen haben das Gegenteil gezeigt. Dort sind unsere Stimmen und die Zahlen unserer Anhänger gestiegen.

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen, meine Herren! Bei diesen Kommunalwahlen und noch mehr in der Folge macht sich in manchen Teilen der Bundesrepublik – ich wähle mit Absicht einen sehr vorsichtigen Ausdruck – eine gewisse Zurückhaltung des katholischen Klerus gegenüber unserer Partei bemerkbar. Das ist ganz unverkennbar. Das gilt sogar für das innerste Westfalen. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist wahr! Sie wissen es, Herr Dufhues. (*Schmitz:* In Neumünster und Bochum!) Herr Dufhues, wollten Sie die Frage wirklich beantworten? (*Dufhues:* Nein, nein! – *Anhaltende Unruhe.*) Also, das gilt für das innerste Westfalen. Meine Damen und Herren! Gott sei Dank ist der Einfluß der beiden Kirchen zu unseren Gunsten nur mit großem Dank zu begrüßen.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, in dem ganzen Godesberger Programm der SPD kommt, so viel ich weiß, das Wort „Gott“ überhaupt nicht vor. Das ist kennzeichnend für die ganze Entwicklung. Ich glaube, daß gerade die allgemeine Entwicklung in der Welt und auch in unserem Volk sehr deutlich zeigt, daß wir ohne eine weltanschauliche Fundierung keine Berechtigung haben zu bestehen. Die weltanschauliche Fundierung ist besonders vonnöten in einer Welt wie der jetzigen, die gekennzeichnet ist durch einen rasenden Fortschritt der Technik und dadurch, daß Völker, die viel zu unreif waren und auch jetzt noch sind, um selbständig zu sein, nun plötzlich selbständig werden und in die ganze Politik entscheidend eingreifen oder sie beeinflussen.

Meine Damen und Herren! Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vom 27. September des vergangenen Jahres ist kennzeichnend, daß wir im großen und ganzen genommen in den kleinen Orten und auf dem Lande

10 Der Preisverfall für Erdöl führte seit 1957 zu verstärkter Einfuhr mit negativen Folgen für den Steinkohlenabsatz, der 1960 durch eine Steuer von 25,- DM/t für Heizöl gestützt werden sollte. Zur Kohlenfrage vgl. Manfred HORN: Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972. Zur Bedeutung der Penetration ausländischer Ölkonzerne in die Energiewirtschaft der BRD für die Abhängigkeit interner Strukturen und Entwicklungen. Berlin 1977.

keine Abnahme zu verzeichnen haben, um so schlimmer liegt aber der Rückgang der CDU-Stimmen in den Städten. Das gilt vor allem für das Rheinland und insbesondere für den Niederrhein. Meine Herren! Ich will Ihnen die Ziffern vorlesen, und zwar über die höchsten Stimmenverluste der CDU in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen:

Erkelenz	– 8,1
Köln Stadt	– 7,3
Bonn	– 6,4
Schleiden	– 6,3
Aachen Stadt	– 5,2
Soest	– 5,2
Bottrop	– 5,1
Jülich	– 5,0
Olpe	– 4,8
Viersen	– 4,8
Bergheim	– 4,6
Bonn Stadt	– 4,5
Lippstadt	– 4,4
Düren	– 4,3
Duisburg	– 4,3

Umgekehrt, die höchsten Stimmengewinne der SPD liegen ebenfalls in den Städten, und zwar in Nordrhein-Westfalen wie folgt:

Bonn Stadt	+ 10,8
Düsseldorf Stadt	+ 10,7
Köln	+ 10,6
Münster	+ 9,7
Remscheid	+ 9,4
Oberhausen	+ 9,3
Gelsenkirchen	+ 9,0
Wanne-Eickel	+ 8,0
Recklinghausen	+ 8,5
Neuss	+ 8,4
Viersen	+ 8,2
Rheinisch-Bergischer Kreis	+ 8,2
Rhein-Wupperkreis	+ 8,1
Bocholt	+ 8,1

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich diese Ziffern einmal durch den Kopf gehen lassen, nämlich das Wachstum der Sozialdemokratie in den Städten und unsere Stimmenverluste, so sind diese nicht kongruent, aber die Sozialdemokratie hat in ihren Stimmen um noch mehr zugenommen, als wir verloren haben, das heißt, sie

haben von den bisherigen an den Wahlen weniger Interessierten Stimmenzahlen für sich bekommen. Ich glaube, daß diese Statistiken sehr wichtig sind und daß wir vom Bundesvorstand aus gerade unsere Leute in den betreffenden Städten sehr nachdrücklich darauf aufmerksam machen müssen, daß sie ein reiches Gebiet an Tätigkeit haben, um dort einigermaßen die Stimmenverluste wieder wettzumachen und auch den Sozialdemokraten nicht weitere Stimmen zufließen zu lassen.

Meine Freunde! Die FDP ist unberechenbar wie immer, auch in ihrer Entwicklung. Für diese Unberechenbarkeit will ich Ihnen ein kleines Beispiel sagen. Herr Mende war jetzt in Amerika. Was er da gesucht hat, weiß ich nicht.¹¹ (*Unruhe und Bewegung.* – *Barzel:* Herrn Johnson hat er gesucht. – *Zuruf:* Wähler hat er gesucht!) Er hat als seine „Weisheit“ gesagt, man müsse damit rechnen, daß die Frage der Wiedervereinigung Jahrzehnte in Anspruch nehmen könne. (*Barzel:* Unerhört!) Er hat aber recht damit. (*Barzel:* Aber nicht das Recht, das zu sagen!) Ich sage ganz offen, meine Damen und Herren, die Frage der Wiedervereinigung darf nicht bei uns einschlummern, unter gar keinen Umständen, aber man sollte auch vor übertriebenen Hoffnungen warnen. Zur gleichen Zeit, als Herr Mende das zur Überraschung der Amerikaner sagte, hat hier Herr Kühlmann-Stumm eine neue Aktion in der Frage der Wiedervereinigung verlangt.¹²

Nun will ich mich nicht darüber aufregen, daß die Burschenschaftler in Berlin alle drei Strophen des Deutschlandliedes „Von der Etsch bis an den Belt“ und „Von der Maas bis an die Memel“ gesungen haben, aber etwas kindlich finde ich es doch. Das muß ich schon sagen. Vor kurzem haben in Bonn die studentischen Gesangsvereine dasselbe gesagt. Nun, meine Herren, es ist zwar etwas Harmloses, aber wenn man glaubt, damit Eindruck zu machen außerhalb Deutschlands, dann irrt man sich absolut. Das möchte ich doch sehr nachdrücklich betonen. Aber die Freien Demokraten machen z.Z. etwas mehr oder weniger in Nationalismus. Sie haben auch Konkurrenz. Wir müssen das alles abwarten. Jedenfalls sind die Freien Demokraten nicht gerade eine Partei von besonderer Zuverlässigkeit und von besonderer Stetigkeit. Das wird wohl jeder zugeben. (*Dufhues:* Stetig in der Unstetigkeit!) Ja, stetig in der Unstetigkeit!

Nun möchte ich etwas sagen über die Wahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Zunächst die Stimmenentwicklung der CDU. Sie war in Hessen gar nicht so schlecht. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Aha, Herr Fay!) Ja, meine Herren, ich will Ihnen die Zahlen sagen. Gegenüber 1956 haben die CDU-Stimmen in Hessen um 7,8 % und gegenüber 1960 haben sie um 1,9 % zugenommen. Das ist für ein Land wie Hessen, das derartig versozialisiert ist – ich will nicht sagen, versklavt ist –, allerhand. Rheinland-Pfalz hatte gegenüber 1956 zwar 2,6 % mehr, aber gegenüber 1960 1,6 % weniger an CDU-Stimmen. Im Saarland betrug die Steigerung gegenüber 1960 1,5 %

¹¹ Am 15. und 16. Juni 1965 (AdG 1965 S. 11907; MENDE: Wende S. 190 f.).

¹² Vgl. „Die Welt“ vom 16. Juni 1965 „Freie Demokraten fordern Deutschland-Konferenz“ zur Beendigung der deutschen Teilung.

und gegenüber 1956 10,4 %. Dieser große Unterschied hängt zusammen mit den damaligen Vorgängen an der Saar, die wir ja alle mehr oder weniger kennen.

Auch hier sollten wir unser Augenmerk richten auf die Stimmenzunahme oder Verluste, aber doch mehr auf die Stimmengewinne der SPD. In Hessen hat sie gegenüber 1960 um 3,9 % zugenommen. Damit hat sie den letzten Tropfen da herausgepreßt. In Rheinland-Pfalz hat die SPD gegenüber 1960 um 5,2 % und im Saarland gegenüber 1960 um 10,2 % zugenommen. In allen drei Ländern zusammen hat sie gegenüber 1960 um 5 % zugenommen.

Hier sehen Sie auf der großen Linie bei den Kommunalwahlen, die sich bis in den September des vergangenen Jahres erstrecken, eine stetige Zunahme der SPD. Das muß man beachten, meine Herren, und man darf nicht darüber hinweggehen. Die SPD hat Krach genug in ihren eigenen Reihen, aber sie hat einen großen Vorzug gegenüber uns; denn sie zeigt ihren Krach nicht. Wir, meine Herren, haben auch Krach, aber wir zeigen den Krach. Das ist der Unterschied. Ich möchte Sie auch hier sehr dringend bitten, einen Ausspruch zu beherzigen, den Kollege Barzel neulich gemacht hat in einem kleinen Kreis, daß nun keine Mißhelligkeit und keine Meinungsverschiedenheit irgendeiner Art vor den Wahlen von uns noch zur Sprache gebracht werden darf. Eine Partei, die nicht dem Gros der Wähler als eine einheitliche Partei erscheint, hat keine Attraktionskraft mehr, die zieht nicht mehr heran. Das war ja unser großer Vorteil in den vergangenen Jahren, daß wir bei den Zählungen stets an der Spitze lagen. Ich nehme nun die Zählung von EMNID vom April und vom Mai:

	April	Mai
CDU/CSU	31 %	32 %
SPD	35 %	36 %
FDP	5 %	7 %
Sonstige	2 %	–
ohne Angabe	27 %	23 %

Allensbach gibt diese letzte Ziffer nicht an, wer ohne Meinung bis dahin war, sondern verteilt sie nach irgendeinem Schlüssel – ich weiß nicht, nach welchem – auf die anderen. Nach dem Mai-Ergebnis würde sich bei einer Beteiligung von 77 % nach EMNID folgender Stand ergeben: SPD 46 % der Sitze, CDU/CSU 42 %, FDP 9 %. Wir haben noch niemals, auch wenn ich jetzt Allensbach nehme – bei Allensbach stehen wir besser –, kurz vor einer Wahl bei diesen Befragungen so ungünstig abgeschnitten wie jetzt.

Nun kommt das Institut Allensbach für die Zeit von Ende Mai bis 8. Juni: CDU/CSU 46 %, SPD 44 %, FDP 7 %, Sonstige 3 %.¹³

¹³ Vgl. Anm. 5.

Ich habe eingangs gesagt, daß die Institute immer ihr besonderes System haben, auch ihren besonderen Kreis, den sie fragen. Wenn man das Endresultat von den Wahlen im Jahre 1957 bis 1961 sieht, dann sind sie mit ihren letzten Zählungen, die im August gewöhnlich stattfanden, dem Ergebnis, das sich im September bei den Wahlen zeigte, ziemlich nahe gekommen. Keiner hat es genau getroffen, das ist auch nicht gut möglich, aber ziemlich nahe gekommen sind sie alle beide.

Nun sind die Kommunalwahlen in unserer Partei merkwürdigerweise ohne Schock geblieben. Ich kann Ihnen versichern, ich habe aber geradezu einen Schock bekommen, als ich das Ergebnis der Kommunalwahlen hörte. Wenn wir alles zusammennehmen, diese drei Kommunalwahlen und die Zählungen der Institute bis Mai, dann bleibt das eine bestehen: Wenn wir jetzt nicht die letzte Kraft hergeben und wenn wir nicht in vollkommener Einigkeit und Geschlossenheit dastehen vor der deutschen Öffentlichkeit und vor den ganzen Wählern, dann sieht es um das Endergebnis der Wahlen für unsere Partei nicht günstig aus. Es ist eine Situation, wie wir sie bisher so kurz vor der Wahl – in drei Monaten ist die Wahl vorüber – noch nie gehabt haben. Sie verlangt – ich betone das nochmals sehr nachdrücklich – von uns die Hergabe der letzten Kraft, die wir aufbieten können und vollkommene Einigkeit und Geschlossenheit!

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort sagen über die finanzielle Lage. Sie werden verstehen, daß ich einem so großen Kreise wie dem hier anwesenden keine Ziffer sage, aber was die Wirtschaft angeht – man weiß, daß wir von der Wirtschaft unterstützt werden –, so sind wir bisher unterstützt worden von der Wirtschaft nur etwas mehr als 1/7 wie zugesagt. Das ist erschütternd, meine Damen und Herren! (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Wieviel? – *Dufhues:* 1/7 der Zusagen ist erst eingehalten worden!) 1/7 der Zusage ist bis jetzt gehalten worden. (*Zuruf:* Von welcher Zusage? – *Unruhe.*) Nun, ich werde heute nachmittag eine Besprechung mit dem Herrn Berg haben. Sie können sich denken, daß ich kein Blatt vor den Mund nehmen werde. Aber Sie sehen daraus nicht nur unseren Mangel an Geld, sondern auch, wie sich weite Kreise der Wirtschaft schon einstellen auf die Sozialdemokraten.

Wenn – was Gott verhüten wolle – die Sozialdemokratie wirklich Regierung bei uns wird, dann werden ja die Hinterbänkler herauskommen. Dann werden die Galionsfiguren, die sie vorne haben, zwar Galionsfiguren bleiben, aber das ganze Schiff wird dann getrieben werden von den Hinterbänklern. Was das zu bedeuten hat, das sehen Sie ja aus der letzten Bundestagsberatung über die Notstandsgesetzgebung.¹⁴ Für mich, der ich nun doch vom Jahre 1949 an daran gearbeitet habe, daß wir wieder frei wurden, frei von den ganzen Fesseln, die uns die Besatzung angelegt hatte, war es im tiefsten Herzen beschämend, daß sich die Sozialdemokratie noch immer nicht aufraffen konnte zu sagen, wir wollen auch den Rest von Fesseln, den wir noch

14 Debatte über die Notstandsgesetzgebung in der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1965 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 59 S. 9525–9566). Vgl. „Die Welt“ vom 17./18. Juni 1965 „Tumultszenen bei der Debatte über die Notstandsverfassung“.

haben, beiseitelegen. Unser Volk braucht in einer Zeit wie der jetzigen, in der der Friede so sehr bedroht ist in der ganzen Welt, unbedingt die Notstandsgesetze; denn sonst nehmen die Besatzungsmächte – ich wünsche nicht, daß wir es erleben – im Falle des Notstandes, wenn wir kein Notstandsrecht haben, die Sache wieder in ihre Hände. Dann wären wir vollkommen wieder Objekt, meine Herren, und nicht mehr Subjekt. Wir wären Objekt.

Nun ist doch der Herr Brenner derjenige, der die ganze Geschichte beherrscht. Ich würde gar nicht so viel von Gewerkschaften sprechen; denn ich bin überzeugt, es gibt in den Gewerkschaften auch Leute, die denken wie wir. Wir kennen ja alle solche, die zu uns gehören; aber auch andere denken so wie wir. Aber der Herr Brenner, das ist der mächtigste Mann der ganzen Gewerkschaften, und er mit der IG Metall beherrscht die Sozialdemokratie. Das hat doch ihr Verhalten bei der Beratung der Notstandsgesetzgebung gezeigt. Dasselbe gilt auch für unsere Wirtschaft, daß sich dort diese Richtung, die unter dem Namen „Brenner“ gekennzeichnet werden muß, immer breiter macht und weiter wachsen wird. Aber wie man das den Herrschaften von der Wirtschaft klarmachen kann, das weiß ich nicht.

Nun weiter zur finanziellen Lage! Morgen oder übermorgen steht [der] Termin vor dem Bundesverfassungsgericht an, (*Burgbacher*: Morgen und übermorgen!) und zwar zunächst eine Klage der neuen Parteien, die auch berücksichtigt werden wollen. Für die Klage Hessens ist noch kein Termin angesetzt.¹⁵ Was dabei herauskommen wird, das wissen wir nicht. Ich will vorsichtig sein und sagen, man kann dem Termin morgen und übermorgen mit einer gewissen Zuversicht entgegensetzen; man kann aber auch gute Gründe haben, keine Zuversicht zu hegen. (*Heiterkeit und Bewegung*.) Wenn Sie unsere finanzielle Lage betrachten, meine Damen, dann werden Sie verstehen, warum diese Situation so besonders ahnungsvoll gesehen werden muß. Ich habe eben schon gesagt, ich werde heute mittag eine längere Besprechung mit dem Herrn Berg haben. Ich hoffe, daß etwas dabei herauskommen wird, aber ich bin nicht davon überzeugt. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen.

Man zeigt gegenüber unserer Partei eine sehr deutliche Zurückhaltung auch in den wirtschaftlichen Kreisen. Es ist manches anders geworden gegenüber der Zeit vor zehn oder zwölf Jahren. Damals war manches anders. Daß die Deutschen klüger geworden sind, kann ich, trotz allem Geschrei nach der Wissenschaft, nicht empfinden. (*Heiterkeit und Bewegung*.) Das mag an mir liegen, aber ich habe bis jetzt nichts davon gesehen. Deswegen bin ich in ernster Sorge, und ich glaube, Sie werden sie mit mir teilen.

Das soll uns aber um so mehr veranlassen, in unseren Entschlüssen einig und geschlossen zu sein und den letzten Rest an Kraft herzugeben, den wir haben.

15 Den Klagen der NPD gegen Bundestag und Bundesrat gegen Zuschüsse an die politischen Parteien sowie des Landes Hessen wurde stattgegeben. Urteile des BVerfG vom 19. Juli 1966 (2 BvE 1/65 und 2 BvE 2/65) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 20 S. 56–119 und S. 134–144.

Wir müssen diese Wahl gewinnen! Wir müssen zumindest als stärkste Partei aus diesem Wahlkampf hervorgehen! Sonst weiß der liebe Himmel, was über Deutschland kommen wird. Damit möchte ich einstweilen schließen und Sie bitten, sich einmal über die ganze Lage auszusprechen. – Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einige Bemerkungen zur psychologischen Situation machen, in der wir uns befinden, über die Ausgangssituation und über den Wahlkampf selbst und dann einige konkrete Fragen anschneiden und schließlich Ihnen einige Schwerpunkte des Wahlkampfes nahelegen. Bei der Beurteilung unserer Situation – immer bezogen auf die Vorbereitung und den Tag der Bundestagswahl – sollten wir von der Erkenntnis ausgehen, daß die CDU/CSU durch ihre Politik grundlegende Änderungen im staatsbürgerlichen Bewußtsein unserer Bevölkerung herbeigeführt hat. Die CDU hat durch ihre Politik wesentliche Änderungen der politischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt; Änderungen, die auch im Bewußtsein der Wähler sich widerspiegeln.

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte unseres Volkes zu verzeichnen, daß die Demokratie als eine erfolgreiche, als eine positive, von vielen sogar als eine angenehm empfundene Staatsform angesehen wird. Wer Weimar erlebt hat, den Streit um die Fahne, den Streit um die Demokratie als solche, wer alle diese Fragen noch im Bewußtsein hat, der wird mir bestätigen, daß hier ein grundlegender Wandel eingetreten ist, nämlich dank der Politik, die unter Adenauer und Erhard seit 1949 getrieben worden ist. Wir können also feststellen einen allgemeinen Prozeß der Verstärkung des demokratischen Bewußtseins, der größeren Anteilnahme. Das hat aber keineswegs zur Folge gehabt, daß wir eine größere Zahl von Mitwirkenden, von Kräften, die sie gestalten, zu verzeichnen haben. Aber wir haben wesentlich größere Kreise von Interessierten, von Personen, die Anteil nehmen in den verschiedensten Formen, von den Hochschulen bis zu den Betrieben.

Der zweite große, wesentlich durch die Politik der CDU/CSU bestimmte Erlebnisbereich ist die Überwindung jedweder Art des Klassendenkens. Wir haben es erreicht, daß im Bewußtsein der Bevölkerung unser Staat, Deutschland, ein Staat der Gleichen und Freien ist, daß sich jeder mitverantwortlich fühlt, jeder bereit ist, seine Pflichten und Rechte wahrzunehmen, der eine mehr, der andere weniger.

Meine Damen und Herren! Das sage ich nicht, um hier theoretische Ausführungen psychologischer Art zu machen, sondern um daraus jedenfalls eine Konsequenz für den Wahlkampf selbst zu ziehen. Im Bewußtsein dieser größeren Schicht mehr als früher Interessierter erscheint die Sozialdemokratie als eine vorzüglich orientierte, stets präsenste Partei. Wie keine andere Partei hat sie die stetige Präsenz in allen Schichten unseres Volkes, Gruppen, Vereinen und Verbänden organisiert und auch erreicht. Die Entwicklung ist keineswegs so zu sehen, daß die Sozialdemokratie in allen Schichten unseres Volkes an Wert gewonnen hat, im Gegenteil, in vielen Bereichen gilt sie als unsolide, als opportunistisch, als allzu anpassungsfähig, als im Letzten nicht vertrauenswürdig. Trotzdem hat man Respekt vor den Sachleistungen, vor der

Arbeitsintensität, mit der diese Partei in einer schweren Situation 16 Jahre lang in der Opposition ihren Weg geht und versucht sich durchzusetzen.

Bei der CDU ist diese Notwendigkeit bisher nicht in dem Maße erkannt, wie es notwendig wäre. Es ist nicht so, daß wir nicht wesentlich mehr, vor allen Dingen in den letzten Jahren, im Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit getan und geleistet hätten, aber die Erkenntnis und das Bewußtsein, daß eine Partei nicht nur durch ihre Fraktion, durch ihre Regierungen, durch die von ihr gestellten Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister Sachfragen in Angriff zu nehmen und zu lösen hat, sondern daß sie darüber hinaus auch stets präsent sein muß, daß sie immer wieder dem Volke erscheinen muß als eine Partei, die sich der Sorgen auch des Kleinsten annimmt und die damit verbundene Notwendigkeit einer ständigen Aktivität herausstellt, dieses Bewußtsein ist in der CDU und in ihren Führungsschichten immer noch im wesentlichen Maße unterentwickelt, sonst wäre es nicht möglich, daß der eine oder andere unserer Partei offensichtlich der Auffassung ist, daß sich die Wahlkampf vorbereitungen in Tokio, in Teheran oder in anderen Orten vollziehen.

Es ist auch m.E. nicht so, daß wesentliche Gruppen unserer Wähler zur SPD abgeschwenkt seien. Aber eines scheint mir richtig zu sein, nämlich die Erkenntnis, daß zahlreiche Wähler der CDU/CSU in die Gruppe der Meinungslosen gegangen sind, daß sie unsicher geworden sind, daß sie ihren Standort überprüfen und deshalb mit größerer Intensität, als es bisher der Fall gewesen ist, angesprochen werden müssen. Es ist völlig richtig, was immer wieder gesagt worden ist, diese Wähler wählen uns gern, wie müssen es ihnen nur möglich machen durch stärkere Präsenz, durch intensivere Arbeit, durch größere Einigkeit, durch stärkere Führung in allen Schichten und Gruppen.

Nun einige Sachprobleme! Ich darf feststellen und tue das mit besonderem Dank, daß die allgemeinen Vorbereitungen der Bundestagswahl in der Frage der Werbung, der Plakatierung, der Insertion, in allen Bereichen, die man vielleicht mehr wahltechnisch ansehen mag, hinter denen aber ein ungewöhnliches Maß psychologischer und sonstiger Arbeit steckt, bei keiner Bundestagswahl so frühzeitig in Angriff genommen und – wie Mitarbeiter der damaligen Zeit bestätigt haben – auch so überzeugend gelöst worden sind wie jetzt vor der Wahl in diesem Jahr.

Ich möchte gerade vor dem Bundesvorstand Herrn Kraske und allen Mitarbeitern herzlich dafür danken, daß sie sich dieser Aufgabe so erfolgreich unterzogen haben. (Beifall.) Was sicherlich noch allen von uns Kopfschmerzen bereitet, ist die Frage der Wahlkampfprogrammatik. Befürchten Sie nicht, daß ich hier eine Lanze brechen werde für den Entwurf eines Programms à la Godesberg oder wie auch immer man diese Programme bezeichnen mag; aber der Notwendigkeit, daß wir unser Wahlkampfziel für die nächsten vier Jahre und auch tunlichst darüber hinaus formulieren müssen, und zwar noch konkreter, als es bisher der Fall gewesen ist, sollten wir uns nicht grundsätzlich verschließen. Sie wissen, daß wir zunächst in Aussicht genommen hatten, den Bundesparteitag mit der Verabschiedung eines solchen Programms zu befassen. Wir haben uns dann den guten Gründen der Fraktion, insbesondere

unseres Freundes Barzel, nicht verschlossen, der erklärte, daß, wenn wir jetzt ein formuliertes Programm auf dem Parteitag in Düsseldorf verabschieden würden, wir in den kommenden Monaten bis Ende Juni im Bundestag uns dauernd mit diesem eigenen Programm auseinandersetzen müßten. Das aber würde wahrscheinlich nicht von Vorteil sein. Ich habe unmittelbar nach dem Bundesparteitag mit unserem Freund Barzel gesprochen. Er hat sich – und dafür bin ich ihm dankbar – bereit erklärt, mit einigen Freunden der Fraktion und der Partei diese Aufgabe entscheidend mit in Angriff zu nehmen. Ich hoffe, daß wir hier zu einem guten Ergebnis kommen werden.

In diesem Zusammenhang folgendes: Sie wissen, daß – und zwar mit Zustimmung auch der Partei – Herr Bundeskanzler Erhard, dem wir alle dafür dankbar sein sollten, sich in einem so ungewöhnlichen Maße in den Wahlkampf drüben an der Saar einschaltet, wie andere Freunde, auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf die Idee eines Deutschen Gemeinschaftswerkes¹⁶ formuliert und verkündet hat. Naturgemäß ist daran noch vieles zu arbeiten. Es erfordert noch intensive Arbeit, die letzten Feinheiten dieses Deutschen Gemeinschaftswerkes, auch die Probleme Bund/Länder, zu klären und zu formulieren, aber es liegt – und dafür bin ich Herrn Etzel dankbar – dem Bundesvorstand heute der Entwurf einer Entschliebung vor, die sich in sehr positiver Weise mit dem Deutschen Gemeinschaftswerk befaßt. Ich habe die dringende Bitte an den Bundesvorstand, diese Entschliebung, nach der Begründung durch unseren Freund Etzel, zu beraten und, wenn es irgendwie möglich ist, auch zu verabschieden. Es muß nicht alles bis zur letzten Perfektion beraten sein. Es kommt darauf an, daß wir auch die politische Phantasie unseres Volkes anregen und die Überzeugung erwecken, daß die CDU neuer Gedanken fähig ist und daß sie auch die Zukunft zu gestalten vermag. Deshalb meine herzliche Bitte, dieser Anregung zu entsprechen.

Mit allergrößtem Nachdruck möchte ich die Worte unseres verehrten Bundespartei-vorsitzenden unterstreichen, die er gefunden hat zur finanziellen Situation unserer Partei. Ich möchte denen, die seinerzeit Bedenken dagegen geltend gemacht haben, auch staatliche Mittel für die Finanzierung der Parteien in Anspruch zu nehmen, heute sagen, wenn Sie sich damals durchgesetzt hätten, dann brauchten wir heute über den Wahlkampf uns keine Kopfschmerzen mehr zu machen, denn er wäre von vornherein eingestellt worden. Wir sind entscheidend angewiesen auf diese Mittel. Alles andere reicht bei weitem nicht aus, um nur ein Minimum eines erfolgreichen und überzeugenden Wahlkampfes zu führen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige Gesichtspunkte und Grundgedanken zur Führung des Wahlkampfes selbst! Wir sollten uns einig darüber sein, daß dieser Wahlkampf in einer ganz harten Front gegen die Sozialdemokratie zu führen ist, das heißt nicht, daß wir uns nicht auch mit der FDP, die der Herr

16 Rede Erhards in: CDU, 13. Bundesparteitag S. 700–721, hier S. 711 f.; „Siebzehn Thesen der CDU – Deutsches Gemeinschaftswerk soll bald verwirklicht werden“ in UiD vom 17. Juni 1965. Vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 168 f. und Nr. 10 Anm. 48.

Bundeskanzler Adenauer mehrfach erwähnt hat, auseinanderzusetzen hätten. Es kann im Einzelfall sogar notwendig sein, daß wir es sehr hart tun. Die entscheidende These in der Auseinandersetzung mit der FDP muß sein, daß die Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen haben, daß nur eine klare regierungsfähige Mehrheit uns die Möglichkeit gibt, erfolgreich eine politische Auffassung, ein politisches Programm durchzusetzen.

Also ganz klar und geschlossen und einig und fest und kraftvoll gegen die Sozialdemokratie! Deshalb habe ich hier die Bitte, daß wir tunlichst die Diskussionen um künftige Koalitionen vermeiden. Ich habe volles Verständnis dafür, daß unser Freund Barzel im Zusammenhang mit der Diskussion der Notstandsverfassung auf diese Probleme eingegangen ist, weil er darauf eingehen mußte. Aber ich würde meinen, daß wir nicht gut beraten sind für die Zeit des Wahlkampfes, wenn wir sagen, niemals mit der SPD. Denn das macht die Herren in den kleinen Parteien übermütig, vor allen Dingen in der FDP, daß wir aber auch andere Möglichkeiten nicht erörtern, z. B. über den Fall der Not – ich denke jetzt nicht an die Situation der Notstandsverfassung, sondern allgemein –, sondern daß wir ganz klar und nüchtern sagen, über eine Koalition denken wir nach am 20. September dieses Jahres. Wir müssen sämtliche Hände frei haben, um einen Wahlkampf mit dem Ziel zu führen, eine klare regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen, die uns die erfolgreiche Vertretung unserer Auffassungen ermöglicht.

Ein zweiter entscheidender Gesichtspunkt! So richtig es theoretisch ist, daß am 19. September der Bundestag gewählt wird, für das Bewußtsein unserer Bevölkerung und die Meinungsbildung ist wesentlich bedeutsamer, wer der künftige Bundeskanzler wird. Deshalb ist es notwendig, daß der Wahlkampf ganz entscheidend abgestellt wird auf die Alternative: Ludwig Erhard oder Willy Brandt. (*Zurufe*: Sehr wahr!) Damit muß man sich auseinandersetzen und muß der Bevölkerung auch sagen, daß sie bei der Wahl der SPD zwangsläufig diesen Herrn Brandt in Kauf nimmt. Das wissen viele gar nicht. Sie denken an Erler, an Carlo Schmid und viele andere, aber das Bewußtsein, daß dieser Herr Willy Brandt die logische Konsequenz eines Wahlerfolges der SPD wäre, muß noch stärker den einfachen Menschen in unserem Volke vermittelt werden.

In den Auseinandersetzungen mit Brandt, mit wem auch immer, sollten wir strikt persönliche Dinge vermeiden. Das sollten wir ablehnen. Wir sollten ausdrücklich sagen, daß wir uns nicht mit der persönlichen Vergangenheit des Herrn Brandt auseinandersetzen wollen. Seine persönliche Angelegenheit ist eine Sache der SPD. Aber man soll sich mit den großen Fehlentscheidungen auch dieses Politikers auseinandersetzen und daran die Frage knüpfen, welche Fehler wird dieser Mann, wenn er einmal die Richtlinien der Politik zu bestimmen hätte, begehen, welches Verhängnis nehmen wir damit in Kauf? Diese Frage sollte man immer wieder stellen, und zwar von seiner Haltung zum NATO-Abkommen bis zu den Torheiten der letzten Zeit.

In der Auseinandersetzung mit der SPD sollten wir sehr überzeugend und sehr hart nutzen die Ergebnisse der letzten Zeit, wie sie sich im Rahmen der Diskussion

über eine Notstandsverfassung ergeben haben. Hier zeigt sich, was ich immer wieder gesagt habe, wir sollten die Charakterisierung der SPD nicht orientieren an ihren papierenen Programmen, sondern an den realen Wirklichkeiten der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie. Diese Kräfteverhältnisse werden bestimmt durch die großen Massenorganisationen. Sie werden bestimmt durch die sozialistischen Jugendorganisationen, durch die „Falken“, durch wen auch immer, auch durch jenen Kreis der Funktionäre, der nicht aufgehört hat, den alten Idealen nachzugehen. Deshalb ist es notwendig, hier in diese Kerbe immer wieder einzuschlagen und nicht müde darin zu werden.

Wir sind zu intellektuell in der Führung unseres Wahlkampfes. Einfach sein, immer wiederholen, ist das Gesetz der Propaganda, mag es Ihnen persönlich auch noch so sehr auf die Nerven gehen. Dieser Kur müssen Sie sich unterziehen. Es kann sie Ihnen niemand ersparen. Wir werden den Wahlkampf auf unserer Seite entscheidend führen mit dem Bild des künftigen Bundeskanzlers Professor Ludwig Erhard. Das wird durch die Plakatierung, durch die Insertion, durch das Fernsehen, immer wieder geschehen. Aber wir müssen unserem Volke auch klarmachen, daß neben ihm, mit ihm und wo auch immer jüngere Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, die Verantwortung für die politische Zukunft zu übernehmen. Diese Diskussion sollte in Gang gehalten werden. Sie sollte immer wieder vertieft werden. Ich bin überzeugt, daß sie auch auf die Dauer Erfolg haben wird.

Ein weiterer Gesichtspunkt für die Führung des Wahlkampfes! Hüten Sie sich vor der Versuchung, nur von den Leistungen der Vergangenheit zu sprechen. Hüten Sie sich vor allem vor der Versuchung, in Zahlen und in Statistiken und in welcher Form auch immer die Leistungen der Bevölkerung nahezubringen. Bereits bei der zweiten Zahl ermüden Ihre Zuhörer, ermüden unsere Leser. Sie sind gar nicht in der Lage, die Milliardenzahlen in sich aufzunehmen. Bei drei Mark fünfzig hört es gewöhnlich auf. (*Unruhe und Zurufe: Wie billig!*) Bei Milliarden ist das Fassungsvermögen nicht mehr gegeben. Deshalb müssen wir uns hier eine einfache Sprache angewöhnen. Wir müssen unsere Leistungen betonen, ich sagte, nicht nur, aber in anschaulichen Bildern, z. B.: Deutschland, die zweitgrößte Handelsnation der Welt, Deutschland, die drittgrößte Industrienation; ein zerspaltenes, ein geschlagenes Deutschland hat einen größeren Rang als das Deutsche Reich ihn jemals hat erreichen können.

Wir sollten gelegentlich auch Zitate aus dem Ausland verwenden. Es gibt großartige Beispiele für die Anerkennung unserer Politik und unserer Leistungen. Der Deutsche hört gern auf den Ausländer. Er orientiert sich lieber an ihm als an den Kräften unserer Heimat.

Dann vergleichen Sie die Situation, wie sie bei uns und wie sie im Ausland ist: Arbeitslosigkeit drüben, hier mehr als Vollbeschäftigung und Kräftemangel. Streiks in Frankreich und Italien. Deutschland, das Land mit der geringsten Zahl der Streiktage. Das ist das Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik. So gibt es viele Möglichkeiten. Man muß sie nur in einem anschaulichen Bild vortragen. Wir sollten auch die Leistungen

der Vergangenheit verständlich machen, aber wesentlich wichtiger ist es, daß Sie sich mit der künftigen Entwicklung auseinandersetzen. Wir sollten freimütig erklären, daß noch vieles zu tun bleibt in den strukturell bedrängten Bereichen unserer Bevölkerung im Lande. Das gilt weiter für die Landwirtschaft, im Bergbau, im Handwerk, im Mittelstand usw. Wir sollten es mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit sagen. Aber wir sollten auch die übrigen Fragen der Zukunft immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, damit wir als eine Partei erscheinen, die nicht nur Großes in der Vergangenheit geleistet hat, sondern dank ihrer Erfahrungen und dank ihrer Leistungen auch Vertrauen für die Zukunft verdient. So bleibt noch unter anderem zu tun: Die Sicherung der Währungsstabilität, Förderung der Vermögensbildung, vor allem in Arbeitnehmerhand, Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Ausbau der sozialen Sicherheit, verstärkte Bemühungen auch um eine Alterssicherung in den Gruppen, denen sie heute noch verschlossen ist; dann die Bereiche von Bildung und Ausbildung, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Raumordnung und Wohnungsbau. Hier bieten sich vielfältige Möglichkeiten an, um den Wahlkampf überzeugend, auch mit programmatischen Erklärungen, fußend auf den Leistungen der Vergangenheit, zu führen.

Lassen Sie mich damit schließen, meine Damen und Herren! Ich habe hier nur beispielsweise einige Thesen festgehalten, die für den künftigen Wahlkampf von Bedeutung sind. Worum ich Sie herzlich bitten möchte, ist folgendes, daß wir nicht nur einig sind, wie unser verehrter Bundesparteivorsitzender es betont hat, sondern auch mit stärkerem Optimismus als bisher in diesen Wahlkampf gehen. Wenn wir bereits kopfhängerisch einer zum anderen sagen, das ist wieder schiefgegangen, das ist nicht so gewesen, der schafft nicht so, dieser ist nicht in Ordnung usw., was verlangen wir dann von unseren Wählern? Wir müssen doch Kraft und Optimismus ausstrahlen, auch dann, wenn wir mehr oder weniger Zweifel haben sollten. (*Lebhafter Beifall.*) Nur dann gewinnen wir die Wahl, nur dann können wir auch unsere Wähler überzeugen!

Ich meine, daß die Entwicklung gut ist. Die Zahlen, die Herr Bundeskanzler Adenauer genannt hat, sind gar nicht so deprimierend, wie es anfangs erscheinen könnte, aber nur dann, wenn wir diese Kraft und diesen Optimismus behalten und ausstrahlen, haben wir eine Chance, die Wahl zu gewinnen. Es ist nur eine Chance, meine Freunde. Wir haben den Sieg noch nicht in der Tasche. Wir müssen noch hart arbeiten, wenn wir Erfolg haben wollen. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! In den Ausführungen des Herrn Kollegen Dufhues war ein gewisser Widerspruch. Er sagte, wir sollten nicht auf das pochen, was wir geleistet haben. Dann aber erklärte er, wir sollten darauf hinweisen, was wir alles gemacht haben. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Meine Herren! Ich möchte ein allgemeines Wort dazu sagen. Unser Erfolg, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, beruht zum großen Teil auf der Stetigkeit unserer Politik. Und es wird sicher nötig sein, das auch zu betonen und damit zu verknüpfen den Hinweis darauf, daß ein Bruch mit unserer bisherigen Politik die größten Gefahren

in sich schließt. Das muß doch jede Partei, die an sich selbst glaubt, nämlich auf die Stetigkeit ihrer Politik hinweisen.

Nun haben wir 16 lange Jahre – das muß man sich einmal vorstellen – eine stetige Politik geführt. Das ist eigentlich der klarste und beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik. Ich wüßte hier keinen besseren Beweis.

Meine Herren! Den Vorschlag vom Herrn Kollegen Etzel bekomme ich jetzt zum ersten Mal zu sehen, genau wie Sie auch. Den muß man sich einmal in Ruhe durchlesen. Daß man jetzt dazu Stellung nehmen soll, halte ich für unmöglich. (*Unruhe und Bewegung.*)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich würde vorschlagen, daß wir darüber erst sprechen, wenn wir Herrn Etzel gehört haben. Erst dann können wir uns darüber ein Urteil bilden. Ich wäre dankbar, wenn Herr Etzel dazu Gelegenheit bekäme.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Barzel.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur drei kurze Punkte erwähnen. Erstens: Herr Kollege Dufhues hat vorgetragen, daß er mich vor ein paar Wochen gebeten hat, auch aus dem Kreise der Fraktion die Vorarbeiten der Partei hinsichtlich der konkreten Aussage für die Wahl zu machen. Dies wollten wir ja im Juli, wenn ich es richtig im Kopfe habe, in einem Parteiausschuß machen. Ich hielt es nun für richtig, wenn wir darüber noch einmal im Präsidium der Partei sprächen. Die Linie, die Herr Dufhues eben gezeichnet hat, ist eine sehr gute Linie. Ich glaube aber, daß man sich entscheiden muß, ob man diese Linie geht – das ist dann die mehr allgemeine –, oder ob man die andere Linie geht, die das Konventionelle vorsieht, daß wir sagen, Verbesserung der Kriegsopferversorgung usw. usw., und daß dann alles aneinandergereiht wird. Darüber würde ich gern noch einmal im Präsidium sprechen; vielleicht am nächsten Montag¹⁷ – wir haben nicht sehr viel Zeit –, aber dann haben wir auch die Erfahrungen, die wir aus dem Wahlkampf an der Saar ziehen konnten.

Zweitens: Es ist sehr viel gesagt worden von persönlichen Dingen und von der Koalition. Das ist alles richtig. Die Fraktion hatte die Absicht – und ich meine, daß das gelungen ist –, sich im letzten Jahr ein Stück freizuschwimmen aus der Umarmung von der SPD, aber auch ein Stück freizuschwimmen aus der zwingenden Notwendigkeit der absoluten Abhängigkeit des kleineren Partners. Ich glaube, daß beides gelungen ist, so daß wir ernsthaft in die Wahl gehen können mit der Aussage, die wir vorhatten: Klare Führung durch klare Mehrheit.

Das war der Sinn der verschiedenen Haken, die wir geschlagen haben. Im Grundsätzlichen hat sich da nichts geändert. Aus meiner Kenntnis der Empfindlichkeit unseres Koalitionspartners meine ich, daß wir nicht allzu oft und allzu laut und vor allen Dingen nicht von unseren führenden Leuten sagen sollten: Über Koalition reden wir nachher. Das sollten wir als selbstverständlich ansehen; denn wenn wir sagen, über Koalition reden wir nachher, dann ermuntern wir Herrn Mende zu weiteren

¹⁷ In der nächsten Präsidiumssitzung am 5. Juli 1965 wurde darüber nicht gesprochen. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

Gesprächen mit Herrn Brandt; er hat bereits zwei geführt. Er selbst hat sich in Wiesbaden völlig festgelegt.¹⁸ Die Führung der FDP ist völlig festgelegt mit einer Majorität von 9 : 1. Wir sollten also nicht allzu oft sagen: Darüber reden wir hinterher, sondern wir sollten gar nichts darüber reden. Wir sollten nur „klare Führung durch klare Mehrheit“ sagen und die FDP auch nicht verärgern, denn wir wissen ja nicht, wie die Sache ausgehen wird. (*Zuruf*: Wir müssen eine einheitliche Linie für die CDU und die CSU in dieser Frage haben!) Ich würde bitten, daß wir die Besprechung im Präsidium mit Herrn Strauß machen. Ich glaube, nächsten Montag ist er wieder zurück.¹⁹

Das dritte, was ich kurz sagen möchte, ist folgendes: Ich komme gerade von der Saar. Dort war es vor vielen Wochen sehr schlecht. Unsere Freunde sagen, daß die Stimmung sich wandle. Das ist schwer zu beurteilen aus dem Eindruck, den man als Wahlkämpfer hat. Ich würde keinen Schluß daraus ziehen, daß z. B. Herr Erler gestern morgen in Saarbrücken nur 57 Zuhörer hatte, während wir überfüllte Säle aufweisen konnten. Daraus kann man nicht unmittelbar etwas schließen, aber es gibt dort eine Chance. Ganz sicher ist es besser, als es das letzte Mal bei der Kommunalwahl war, wo die CDU mit 10 Punkten unter der SPD durch das Ziel ging. Das zeigt, daß auch ein Wahlkampf – und deshalb erwähne ich das nur – noch die Entscheidung bringen kann. Diesmal ist es anders als sonst. Wir haben sonst gesagt, der Wahlkampf ist das Inkasso-Geschäft, er hat eine Marge von plus/minus 2 %. Diesmal muß es also der Wahlkampf bringen. Wir haben keine Wunderwaffen mehr; keine Königin²⁰, wir haben nichts mehr zu verschenken, wir haben nur noch uns selbst und den Wahlkampf, den wir führen.

Ich stimme völlig dem Konzept zu, das Herr Dufhues hier vorgetragen hat. Aber vielleicht sollten wir, wenn ich das sagen darf – auch das sollten wir nach der Saarwahl noch einmal überprüfen –, folgenden Gedanken erwägen, der in die Technik geht: Die Leute draußen – das ist meine Erfahrung jetzt von der Saar – sagen immer noch, ihr habt zwar die Einigkeit wiederhergestellt, aber ihr seid doch zerstritten. Ich bitte deshalb, einmal zu überlegen, ob wir das nicht ein bißchen dadurch verwischen können, daß wir in den Fernsehzeiten, die wir haben, und in den großen Kundgebungen, die wir machen, nun nicht alle als die großen Solisten auftreten, sondern wir sollten einmal den Mut haben, daß drei oder vier Leute von uns, von

18 Zu den Mende/Brandt-Gesprächen vgl. „Die Welt“ vom 16. Juni 1965 „Überraschung für Mende in den USA“; vgl. MENDE: Wende S. 190 f., zur Koalition EBD. S. 154 f. – Zur Rede Mendes vgl. Nr. 19 Anm. 21; MENDE: Wende S. 178–180.

19 Strauß kam am 21. Juni aus Hamburg zurück und hatte am gleichen Tag sowie vom 23. bis 25. Juni 1965 mehrere Termine in Bonn, am 22. Juni in München und am 26./27. Juni in Hannover (ACSP NL Strauß, Familie 63 Terminkalender 1962–1968). Die nächste Präsidiumssitzung war am 5. Juli 1965 (ACDP VII-001-053/1).

20 Anspielung auf den Besuch der britischen Königin Elisabeth II. vom 18. bis 28. Mai 1965 in der Bundesrepublik. Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 190 f.; AdG 1965 S. 11871–11874; AAPD 1965 S. 239 f.

denen das Publikum meint, sie seien zerstritten, in einer Großkundgebung gemeinsam auftreten. (*Zuruf: Sehr gut!*) Wir sollten sie auch gemeinsam ins Fernsehen bringen. Es ist nicht so wichtig, ob wir in zehn Minuten im Fernsehen den schönsten Film haben oder die beste Ansprache eines Mannes von uns, es ist vielleicht sehr viel wirkungsvoller, wenn drei von uns sich in zehn Minuten im Fernsehen befragen lassen, von denen die Leute meinen, sie seien pausenlos zerstritten. Dasselbe sollte man auch in ein paar großen Veranstaltungen machen. Wir haben doch gesehen, wie von dem Vorabend des Parteitages in Düsseldorf etwas ausgegangen ist. Auch der Saal wird voller. Wenn man da die Namen nebeneinander klebt, von denen das Publikum glaubt, sie seien kontrovers, und die Leute zeigen sich nachher gemeinsam, dann ist damit viel gewonnen.

Wenn wir den Wahlkampf so anlegen, wie das hier vorgetragen ist – ich stimme dem völlig zu, daß das alles auf den Bundeskanzler abgestimmt ist, wir sollten noch einige Akzente dazusetzen –, dann würde uns das ein bißchen in unserer Arbeit bestärken. Ich möchte noch sagen, was Herr Dufhues am Schluß ausführte, es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Es ist alles möglich, und es liegt allein an uns.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die ganze Partei, vielleicht auch nicht die ganze Fraktion, den völligen Ernst der Lage begriffen hat. Ich meine deshalb, daß dies der Zeitpunkt ist, wo wir auch sehen müssen, wer ist in welchem Lande von den Ministern, von den Ministerpräsidenten, von den Parteivorsitzenden so populär, daß er in solche Crews mit hineingehört. Es ist wirklich eine Situation für: Alle Mann an Bord! Und lieber jetzt die drei Monate arbeiten, als nachher eine ganz schreckliche Geschichte zu erleben. (*Von Hassel: Zwanzig Jahre!*) Zwanzig Jahre, na, das würde mir doch ein bißchen zu pessimistisch sein.

Das wollte ich nur beitragen. Ich wäre sehr dankbar, wenn vielleicht am nächsten Montag, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium tagen könnte; denn dann haben wir auch die Erfahrungen und die Ergebnisse von der Wahl an der Saar vorliegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich nur einen Punkt aufgreifen, den Herr Dr. Barzel eben hier genannt hat: die Hoffnung und der Glaube an Wunderwaffen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Einfluß der Politik und der Einfluß der Werbung in diesem Wahlkampf zum heutigen Zeitpunkt nahezu fixierbar und kalkulierbar ist. Das einzige, was variabel ist und allein von uns abhängt, ist der persönliche Einsatz der Frauen und Männer der Partei in diesem Wahlkampf, d. h. insbesondere der Kandidaten.

Ich muß nun hier eines sagen, was mir höchst bedenklich erscheint. Ich spreche gar nicht davon, daß man an der Aktivität unserer Partei, im Vergleich mit früheren Wahlkämpfen, nicht unbedingt bis zum heutigen Tage ablesen kann, daß wir nicht wie früher immer vor einer Wahl sechs oder acht Punkte über der SPD liegen, sondern vier Punkte darunter. Ich habe leider noch nicht überall die Änderung in der Intensität des persönlichen Einsatzes gespürt, die sich eigentlich daraus ergeben müßte, sondern ich habe manchmal den Eindruck, daß die Urlaubsplanung oder auch dienstliche Planung

eigentlich vorläufig immer noch nach dem gleichen Schema gemacht wird, wie das in früheren Wahlkämpfen war, ohne daß sich überall wirklich durchgesetzt hat, daß wir in einer Situation sind, wo man den außerordentlichen Notstand ausrufen muß und wo eben mehr geschehen muß als 1961, 1957 oder 1953.

Aber es gibt ein Argument – und nur das will ich hier erwähnen –, was dem immer wieder im Wege steht. Es wird in allen Kreisen von unseren Kandidaten und von unseren Spitzenrednern immer wieder gesagt, ach, hört doch auf mit dem Rednereinsatz und den Versammlungen dieser klassischen Art, wo doch nur die eigenen Leute oder mindestens 90 % nur eigene Leute hinkommen. Ich halte drei Monate vor der Wahl kaum ein Argument für gefährlicher und für irreführender. (*Lebhafter Beifall.*) Jeder ist ein Tor, der glauben wollte, daß durch Versammlungen, sei es unsere Spitzenprominenz, seien es unsere Kandidaten, im wesentlichen Menschen umgedreht und aus SPD-Wählern nun CDU-Wähler werden könnten. Aber die entscheidende Voraussetzung für eine gewonnene Wahl ist die positive Stimmung unserer eigenen Leute, und es ist weiter der Multiplikationseffekt, den diese Leute durch Gespräche an den Arbeitsplätzen, in den Familien, in den Bekanntenkreisen usw. für die nächsten drei Monate dann auslösen. Deswegen wird mindestens bis Mitte August, aber wahrscheinlich bis zum 9. September, unsere Hauptaufgabe sein, das gilt in erster Linie für die 200 Wahlkreiskandidaten der CDU, unsere Mannschaft, beginnend bei den Mitgliedern und dann weiter über die Freunde und die Wähler, so zu aktivieren, daß sie mit dem Gefühl in die nächsten Wochen gehen, nicht nur eine gute Sache, sondern die beste Sache in diesem Wahlkampf zu vertreten.

Das ist nur zu erreichen, wenn wir diese Leute persönlich ansprechen. Es ist nicht zu erreichen durch noch so viel Papier, durch noch so schöne Plakate. Es ist nur durch die unmittelbare Ansprache zu erreichen. Deswegen meine dringende Bitte – in diesem Kreise brauche ich das nicht für Sie zu sagen –, aber in den Verbänden und in unseren Vereinigungen sollte immer wieder darauf hingewirkt werden, daß unsere Leute hinausgehen und daß sie sich nicht dadurch irritieren lassen, wenn in einer Wahlkreisversammlung nur 20 oder 30 Leute sind. Was diese 30 Leute allein in den Tagen darauf ausrichten können – von den Presseberichten schweige ich ganz, das kommt noch hinzu –, ist durch nichts anderes zu ersetzen. Deswegen meine ich, hier wird es sich zeigen, ob wir die innere Kraft haben, diese Wahl zu gewinnen. Wenn wir wirklich in diesen nächsten drei Monaten Abend für Abend an die Leute herangehen, sie informieren, sie überzeugen und sie aktivieren, dann kommt die Stimmung in Gang, mit der wir auch die früheren Wahlen gewonnen haben und mit der wir diese Wahl gewinnen können. Es liegt nur an uns! (*Beifall. – Von Hassel:* Sehr gut, Herr Kraske!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Struve.

Struve: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Beiträgen, die wir gehört haben, in keinem Punkte widersprechen. Ich meine, daß Sie sich, Herr Dufhues, für die Kleinarbeit in einer sehr glücklichen Form geäußert haben. Aber das Schwierigste und was die Bevölkerung am meisten interessiert, Herr Dufhues, haben

Sie ausgelassen, nämlich das Interesse der Bevölkerung an der Außenpolitik, an der Verteidigungspolitik und an der Sicherheitspolitik. (*Dufhues*: Herr Struve! Darf ich eine Zwischenbemerkung machen! Ich habe die allgemeine Wahlkonzeption bereits ausführlich vor den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern dargelegt in der Zeit des Urlaubs des Herrn Bundeskanzlers. Ich will mich nun nicht immer wiederholen.) Es ist auch kein Vorwurf, Herr Dufhues. Ich komme jetzt zum Konstruktiven und möchte sagen, daß ich über das, was unser Bundeskanzler ausgeführt hat, mir kein Urteil erlauben möchte. Es ist nur so, ob Sie in einer Versammlung, z. B. bei den Bauern, eine halbe Stunde lang über Grüne Pläne, EWG usw. reden, oder ob Sie in einer sozialpolitischen Veranstaltung vornehmlich mit Arbeitnehmern über andere Probleme diskutieren, es taucht immer wieder in der Diskussion die Frage auf: Was ist mit Algerien? Was gibt es in Übersee? Was ist in Berlin? Was ist in Vietnam?²¹ Ich bin erstaunt, Sie können in einer reinen Bauernversammlung von Milliarden reden, aber in der Diskussion wird das nicht mehr wiederholt. Das bewegt die Leute nicht. Natürlich ist auch einer dabei, der meinetwegen über Mieten usw. etwas wissen will, aber es taucht immer wieder die Frage nach der Außenpolitik und nach der Sicherheitspolitik auf.

Ich möchte das unterstützen, was Herr Barzel gesagt hat. Glauben Sie mir, es ist in den Kreisen unserer treuesten Wähler, auch bei den CDU-Mitgliedern, irgendetwas da, was nicht greifbar ist, ich möchte es nicht gerade Mißtrauen nennen, aber es ist eine gewisse Unsicherheit und eine Resignation zu verzeichnen. Das sind noch die Folgen der parteiinternen Auseinandersetzungen in unserem eigenen Hause vor einiger Zeit. Wenn wir die Fragen der Außenpolitik konstruktiv ansprechen, dann ist es gut. Herr Barzel hat auch einen glücklichen Vorschlag gemacht, als er sagte, je überzeugender wir mit unseren führenden Männern in der Parteiführung und in der Fraktionsführung in der Öffentlichkeit auftreten und Einigkeit demonstrieren, desto besser und sicherer ist das für unseren Wahlausgang.

Adenauer: Das Wort hat Herr Professor Dr. Süsterhenn.

Süsterhenn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! [1.] Zunächst eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über die Entwicklung im katholischen Lager. Was die katholischen Geistlichen angeht, so kann ich aufgrund meiner Erfahrungen von Klerikerkonferenzen sagen, daß da die Stimmung für uns im

21 Der algerische Staatspräsident, Ahmed Ben Bella, war am 19. Juni 1965 in einer unblutigen Revolte gestürzt und seiner Ämter enthoben worden (AdG 1965 S. 11916–11918). – In Bolivien kam es im Mai 1965 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Militärjunta und Arbeitern des Bergbaus (EBD. S. 11901 f.). – Die DDR führte im Juni 1965 Hubschrauberflüge in der Berliner Kontrollzone und an der Peripherie von West-Berlin durch. Dabei kam es in mehreren Fällen zum Eindringen in das Westberliner Luftgebiet (EBD. S. 1139 f.). – Die USA setzten von April bis Juni 1965 ihre Bombenangriffe auf Nordvietnam fort. Angebote zu Friedensverhandlungen wurden von Nordvietnam nicht beantwortet. Am 19. Juni 1965 wurde in Südvietnam eine neue Regierung gebildet (EBD. S. 11894–11897 und S. 12029).

allgemeinen gut ist, und daß sie bereit sind, unsere Gedanken aufzunehmen. Allerdings darf ich Ihnen ein Beispiel für eine etwas bedrohliche Entwicklung hier anführen.

Der Verband der Katholischen Lehrer Deutschlands hatte kürzlich seinen Bundeskongreß in Mainz²² und dazu die Fraktionsvorstände der CDU, der SPD und der FDP eingeladen. Allein diese Einladung bedeutete schon die Gleichstellung dieser drei Parteien bei einem katholischen Verband, der das bisher nicht getan hat. Als Hauptreferenten hatte man ausgerechnet den katholischen Sozialisten Walter Dirks²³ ausgewählt. Sie erkennen daran, daß da gewisse ... (Fay: Er ist CDU-Mitglied!) Er mag irgendwo Mitglied sein, aber was Dirks produziert, scheint mir im wesentlichen eine reine sozialdemokratische Politik zu sein.

Das sind also Entwicklungen in den katholischen Verbänden, denen wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir dürfen natürlich auch unsererseits als CDU – Herr Bundeskanzler Adenauer hat es mit Recht betont – unseren Wählern gegenüber das weltanschauliche Moment nicht in den Hintergrund treten lassen. Wir müssen uns selbst als Partei davor hüten, diese Dinge als eine Quantité négligeable zu betrachten.

Ich finde es in diesem Zusammenhang äußerst bedenklich, daß z. B. eine Zeitschrift der Jungen Union, nämlich „Die Entscheidung“, die immerhin von mehr als 3/5 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterzeichnete Initiative zur Änderung des Grundgesetzes wegen der Bindung der Kunst an die Wirklichkeit öffentlich, und zwar in einer „Spiegel“-Diktion, kritisiert.²⁴

Ich habe am vergangenen Freitag im Hessischen Rundfunk eine Diskussion über dasselbe Thema geführt. Da hatte ich die etwas merkwürdige Situation, daß zu meinen Diskussionsrednern nicht nur eine Redakteurin von „Konkret“, sondern außerdem auch der Chefredakteur von „Civis“²⁵ gehörte. Ich glaube, daß dies Entwicklungen sind, die gerade bei den Weltanschauungswählern keine besondere Beliebtheit für die CDU herbeizuführen in der Lage sind.

2. Gleichgültig, ob wir nun diesen Vorschlag Etzel heute oder sonstwo behandeln oder ob er beschlossen wird, ich halte es für wichtig, daß das, was hier zu fördern

22 Am 9./10. Juni 1965 zum Thema „Der Bildungsauftrag der Hauptschule“. Dirks (vgl. Nr. 23) führte in seinem Grundsatzreferat aus, die Verlängerung der Schulzeit sei die Voraussetzung für die eigentliche, auf die neuen Bedürfnisse einer gewandelten Welt hin entworfene neuartige Schule. Der Verband forderte eine neun- bzw. zehnjährige Volksschule/Hauptschule unter Einschluß einer Förderschule für alle Schüler, so daß die Gymnasialzeit auf sieben Jahre verkürzt werden könne („Oldenburgische Volkszeitung“ vom 15. Juni 1965).

23 Walter Dirks (1901–1991), Publizist; 1945 Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“, Mitgründer der CDU Hessen, 1956–1966 Leiter der Hauptabteilung Kultur des WDR, seit 1966 freier Schriftsteller. Hans-Otto KLEINMANN: Walter Dirks (1901–1991). In: ZEITGESCHICHTE 8 S. 265–281.

24 Vgl. „Vom Reigen zum Schweigen“ in „Die Entscheidung“ Nr. 6 vom Juni 1965 S. 14–16.

25 Jochen Denso (geb. 1934), Journalist; 1960–1969 Chefredakteur der Monatszeitschrift CIVIS, 1975–1983 Bonner Korrespondent des WDR, seit 1983 Leiter des Landesstudios Köln des WDR.

ist, nämlich die Personalisierung des Wahlkampfes zwischen Erhard und Brandt, auch in dieser Resolution zum Ausdruck kommt. Wir sollten sagen, daß wir es lebhaft begrüßen, daß Bundeskanzler Erhard im Gegensatz zu den vagen Wahlparolen von Willy Brandt in seinem Vorschlag doch einen konstruktiven und realistischen Weg zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben gewiesen hat. Ich halte es für sehr wichtig, daß wir im Rahmen der Parteipropaganda auch von zentraler Stelle aus diese Forderung nach Personalisierung der Auseinandersetzungen erfüllen.

3. Auch ich bin der Meinung des Herrn Kraske, daß selbst die kleinsten Versammlungen – und wenn wir bloß 20 oder 50 Leute da drin haben – nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Allerdings teile ich seinen Optimismus über die Multiplikationswirkung dieser 20 oder 50 Leute nicht, (*Kraske: Doch!*) aber dagegen ist die Presse entscheidend. Ich mache z. B. seit einiger Zeit folgendes: Ich halte drei Versammlungen auf den Dörfern in meinem Wahlkreis zum Wochenende, nehme mir den über meine Versammlung selbst geschriebenen Bericht mit, in dem ich jedesmal nur einen Punkt heraushebe, und den gebe ich dann dem Ortsvorsitzenden. Dann habe ich die Garantie, daß es in die Zeitungen kommt. So erscheine ich in der darauffolgenden Woche dreimal im Kreisblatt mit einem Bericht einmal über den Erhard-Plan, dann über die „Schwedenplatte“²⁶, das dritte Mal über unsere Verteidigungssituation oder sonst irgendetwas. Wenn das alle Redner machen würden, wäre das die billigste Propaganda mit der größten Breitenwirkung, die von einer 20-Mann-Versammlung ausgehen kann. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Mikat.

Mikat: Ich möchte zwei Dinge ansprechen, zunächst die Frage des Einsatzes vor der Wahl in den Kreisen. Ich meine, wir sollten von seiten des Bundesvorstandes oder der Bundesgeschäftsstelle unsere ganzen Landesminister, die auch vom Sachbereich her die Möglichkeit haben, stärker arrangieren, um Kreisgebiete zu bereisen. Herr Dufhues, ich bin z.Z. bei Westfalen. Ich bereise systematisch die Kreise und halte dort Pressekonferenzen ab. Das ist eine Multiplikation, die Sie nie wieder bekommen. Wir haben immerhin noch in sechs Ländern Landesminister. Diese Landesminister müßten die Monate Juni, Juli und August dazu ausnutzen, um Woche für Woche in einen Kreis zu gehen mit folgendem Programm: Empfang beim Bürgermeister, Empfang beim Landrat, anschließend eine Eröffnung – etwas wird ja immer eröffnet; z. B. waren gestern in Altenberg immerhin 8.000 Mann da²⁷ – und Pressekonferenzen. Dann

26 Gemeint ist der schwedische Sozialstaat, der die Bevölkerung mit einem „Nieselregen staatlicher Wohltaten“ überziehe (vgl. „Schweden – ein glückliches Vorbild“ in „Christ und Welt“/ „Rheinischer Merkur“ vom 1. Januar 1965; „Schweden ist kein Traumland mehr“ in FAZ vom 28. Dezember 1964; „Schweden ein Sittensumpf? Eine kleine Schwedenplatte – mit und ohne Politik“ in „Bonner Rundschau“ vom 4. Juni 1965).

27 Eine derartige Großveranstaltung fand in Altenberg nicht statt (so auch die Auskunft von Prof. Mikat) und läßt sich auch nicht im Umfeld ermitteln. Es muß sich also um einen Hörfehler des Stenographen handeln. – Altenberg bei Köln, ehemalige Zisterziensersabtei mit gotischem Dom; Hauptstelle der deutschen Katholischen Jugend.

haben wir auch von dieser Seite her die Möglichkeit, vor dem offiziellen Wahlkampf, der ja erst im August beginnt, eine ganz systematische Durchreisung, so möchte ich es einmal nennen, auch in den einzelnen Ländern zu machen, auch wenn wir keinen Landtagswahlkampf haben, aber das zählt sich doch letzten Endes für die gesamte Situation der CDU/CSU bestens aus.

Zweitens ist eine vermehrte Arbeit in unseren berufsständischen Verbänden notwendig. Es sollten nicht nur die großen Verbandstagungen sein, die internationalen Tagungen, wie KAB usw. Diese Ergebnisse zählen sich nicht so sehr aus. Ich denke aber an Veranstaltungen der Industrie- und Handelskammern, wie z. B. die letzte Kölner Veranstaltung²⁸, Veranstaltungen bei unseren Wirtschaftsorganisationen usw. Auch auf Kreisebene gilt das. Man sollte da die Versammlungen nicht nur auf den Besuch des Abgeordneten abstellen, sondern hier sollten sich auch der Kreisvorstand und der Bundesvorstand in diesen Monaten zur Verfügung stellen.

Ich glaube, die Entscheidung fällt vor dem 1. August; denn ob noch vor der Wahl große Änderungen kommen, das erscheint doch sehr problematisch!

Ein Letztes! Das wollte ich eigentlich nicht sagen, ich darf aber anknüpfen an das, was Herr Kollege Süsterhenn gesagt hat. Herr Kollege Süsterhenn, ich persönlich halte den Augenblick, an dem die Aktion „Grundgesetzänderung“ begonnen hat²⁹, für denkbar falsch. (*Zurufe*: Sehr gut!) Das kann man nicht ein viertel oder ein halbes Jahr vor der Wahl machen. (*Zurufe*: Sehr gut!) Ich habe mich auch nicht ausgesprochen, was in der Zeitung stand, gegen die Aktion „Saubere Leinwand“³⁰, sondern ich bin gefragt worden, was halten Sie von dem Ergebnis. Da habe ich gesagt, das wird ein mageres Ergebnis, das spricht sich nicht einmal herum. Setzt doch das Positive an die Stelle. Aber wenn Sie jetzt vor der Wahl mit dem Antrag einer Verfassungsänderung kommen, an den so viele Interpretationsmöglichkeiten geknüpft werden, dann vergraulen wir uns den notwendigen und auch den dazugehörigen akademischen Bereich vollends. Ich bin froh, daß ich in Nordrhein-Westfalen jetzt soweit bin – ich darf das ganz offen sagen –, daß unsere Studenten aller nordrhein-westfälischen Universitäten

28 Vorstellung des Jahresberichts der IHK Köln am 16. Juni 1965 („Bonner Rundschau“ vom 17./18. Juni 1965 „Im Handwerk mangelt es an Nachwuchs“).

29 Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Probst, Dr. Süsterhenn, Dr. Zimmer, Kühn (Hildesheim), Dr. Wahl, Frau Welter (Aachen) und Genossen zum Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1965 (Drs. IV/3399 (neu)). Vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 30. April 1965 „Gegen die Diktatur der Unanständigkeit“; Interview Süsterhenns in „Der Spiegel“ vom 19. Mai 1965 „Droht eine Diktatur der Unanständigkeit?“ S. 38–49.

30 Die 1964 gezeigten Filme „Das Schweigen“ und „491“ waren der Anstoß für die Unterschriften-Aktion „Saubere Leinwand“, die erstmals im September 1964 in Schweinfurt und anschließend in zahlreichen anderen Städten durchgeführt wurde. Man wollte die Filmindustrie zwingen, ihre Filme nach einem Sittengesetz zu gestalten. Vgl. „Der Spiegel“ vom 19. Mai 1965 S. 37.

erklärt haben, sie würden sich am 1. Juli³¹ größte Zurückhaltung auferlegen. Ich bin nicht mit dieser Sprache der Jungen Union – das war vielleicht etwas übertrieben – einverstanden, aber das muß man der Jugend zugute halten, und wir müssen uns auch überlegen, wann wir so etwas machen. Man kann ja über die Motive reden, aber Sie können nicht eine solche Aktion ein viertel Jahr vor der Wahl machen, ganz abgesehen davon, daß ich persönlich – aber das werde ich nicht in der Öffentlichkeit sagen – nichts von einer Grundgesetzänderung in diesem Punkte halte. Ich lehne es für meine Person ab, aber ich bin dafür nicht zuständig.

Wir sollten die positiven Strukturen und Momente unseres Gesamtprogramms herausstellen, was auch Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer sagte. Einen Hinblick zu geben auf unsere Leistungen insgesamt ist sicherlich notwendig, aber wir müssen für jedes Sachgebiet auch anbieten können, was wir tun wollen. Wir müssen das Ganze einordnen in den einen Satz: Stabilität der Währung. Ich habe während der ganzen kulturpolitischen Auseinandersetzungen immer wieder gefunden, nachdem ich das Ganze unter den währungspolitischen Gesichtspunkt genommen hatte, daß dann die Debatte auf einmal merkwürdig versachlichte bei den Verbänden; wir sollten uns dieses Argument der Stabilität der Währung nicht aus der Hand reißen lassen; denn die SPD hat uns mit ihren Anträgen weithin unglaublich gemacht. Wir sollten also ganz nüchtern hier diese Fragen stellen. Das können Sie auf Pressekonferenzen sehr gut machen. Das kommt sehr gut an, wenn Sie allgemeine Probleme darstellen.

Es wäre vielleicht auch gut, Herr Barzel, wenn Sie das im Präsidium noch einmal besprochen haben werden, einmal eine Zusammenkunft mit unseren Ministerpräsidenten über einen Punkt zu machen, den ich jetzt ansprechen möchte als Privatmann, nicht als Mitglied meines Kabinetts, nämlich die ganzen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern gehen einseitig, auch wenn die SPD es toller treibt als die von uns regierten Länder, in der Bevölkerung auf Kosten der CDU. Das können wir uns einfach nicht leisten. (*Zuruf*: Sehr gut!) Wir müssen heute stärker auch seitens der Länder den Funktionswandel des Föderalismus betonen. Der Föderalismus ist ein dynamisches und kein statisches Prinzip. Wir müssen unseren Wählern klarmachen, daß künftig, wenn wir die Regierung stellen, ein stärkeres Zusammengehen von Bund und Ländern stattfinden muß, notfalls unter der Delegation von Länderkompetenzen an den Bund. (*Beifall*.) Ich habe das schon mehrfach herausgestellt. Diese Zankerei zwischen Bund und Ländern wird immer zu Ungunsten der Bundesregierung ausgelegt, was es aber in der Tat nicht ist aufgrund der Verfassungssituation. Aber machen Sie das den Leuten einmal klar. Die wollen ja keine juristischen Ausführungen hören, sondern die wollen eine politische Willensbildung haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sollten also diesen

31 Aufgrund eines Aufrufs des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS) demonstrierten am 1. Juli 1965 die Studenten in den Universitätsstädten gegen den „Bildungsnotstand“ in Deutschland. Vgl. „Der Spiegel“ vom 7. Juli 1965 „Studenten. Aktion 1. Juli“; „Bonner Rundschau“ vom 2. Juli 1965 „Studenten auf der Straße“.

Sektor des Bund-Länder-Verhältnisses einmal positiv umstrukturieren. Wir werden danach gefragt, und wir sollten uns das nicht aus der Hand nehmen lassen.

Das hängt auch mit dem Gemeinschaftswerk zusammen. Ich meine, hier einem starken Föderalismus das Wort zu reden, bringt uns ins Hintertreffen. Ich sage das nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern aus allgemein politischen Gründen heraus, und zwar in einem Zeitalter, in dem sich die Bundesrepublik in einen größeren Raum integriert, muß eine Binnenintegration dem auch entsprechen. (*Lebhafter Beifall.*) Auf diese Formel müssen wir uns einigen. Ich wollte das nur für das praktische Verhalten in den Kreisen und in unseren Verbänden sagen; denn das ist doch etwas, worauf unsere Wähler sehr großen Wert legen. Im übrigen kann ich dem Herrn Kollegen Struve nur bestätigen, daß in den Versammlungen über die Fragen der Außenpolitik, Sicherheitspolitik usw. am meisten diskutiert wird. Ich weiß nun nicht, Herr Struve, ob das nun mehr Neugierde ist oder der Wunsch, hier Informationen zu erhalten.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einen Satz im Anschluß an die Ausführungen meines Herrn Vorredners sagen. Bitte machen Sie sich mit dem Gedanken vertraut, daß dieses Haushaltsjahr des Bundes das erste bisher ist, das mit einem erheblichen Defizit abschließen wird. Daraus ergibt sich ganz von selbst, Herr Kollege Mikat, daß über das Wort „Föderalismus“ noch gesprochen werden muß. – Bitte sehr, Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen bei den Versammlungen haben gezeigt, daß der Begriff Sicherheit immer noch im Vordergrund des Denkens steht. Dabei kommt immer wieder hoch die Frage der Währungssicherheit. Das ist ein entscheidender Faktor. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen in der Frage der Währungssicherheit, dann dürfen wir nicht kurz vor der Wahl Ausgaben beschließen, die zwangsläufig die Währungssicherheit gefährden. (*Bewegung und Unruhe.*) Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Es kommt nämlich dann immer wieder die Frage hoch: Jetzt macht ihr wieder Wahlgeschenke, und nachher wirkt es dann inflationär. Wenn wir also in dem Gesamtkomplex „Sicherheit“ glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir diesen Punkt beachten.

Der zweite Punkt betrifft die Außenpolitik und unseren Hausstreit. Und da glaube ich, sind wir heute in der glücklichen Situation, daß wir sagen können, es waren Differenzen bei uns, aber bei diesen Differenzen ging es ausschließlich um Sachfragen.³² Man kann nun außenpolitische Sachfragen nicht durch ein Parteiprogramm

³² Am 12. Mai 1965 wurde nach schwierigen Verhandlungen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekanntgegeben. Daraufhin brachen die arabischen Staaten, mit Ausnahme von Libyen, Marokko und Tunesien die Beziehungen zur Bundesrepublik am 13. Mai, der Sudan am 16. Mai ab. Hermann Meyer-Lindenberg, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, stellte dazu am 10. Juni 1965 fest: „Es kann zusammenfassend festgestellt werden, daß in keinem Fall die konsularischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen abgebrochen werden, sondern nach gewissen, durch den Abbruch bedingten Übergangsschwierigkeiten weiter aufrechterhalten werden.“ Zit. nach AAPD 1965 S. 814 Anm. 20. – Zur Nah-Ost-Krise vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 111–118.

decken. (*Bewegung und Unruhe.* – *Zuruf:* Was heißt das?) In der Zwischenzeit ist aber durch die Entwicklung auch außen die Differenz in den Sachfragen nicht mehr da. Wir können darauf hinweisen, daß wir uns mit einem gewissen Erfolg im Rahmen unserer Möglichkeit bemüht haben, daß Frankreich und Amerika sich wieder etwas näher gekommen sind.

Drittens können wir mit gutem Gewissen darauf hinweisen, daß in der Nah-Ost-Frage die Sache nicht zu unseren Ungunsten ausgegangen ist. Man kann zwar darüber diskutieren, aber insgesamt kann man das glaubhaft verkaufen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Der weitere Punkt, der immer wieder hochkommt, muß außerordentlich vorsichtig gehandhabt werden. Das ist der Herr Brandt. (*Heiterkeit und Zuruf:* Ein netter Punkt!) Herr Brandt ist unser stärkster Wahlhelfer. Dabei ist es außerordentlich schwierig, in den Versammlungen um die Frage herumzugehen, wo kommt der eigentlich her, und was ist das für ein Mann. Wenn einer von unseren Leuten auf der einen Seite etwas sagt, jedenfalls von unseren führenden Leuten, dann wird das von der Presse hochgespielt. Auf der anderen Seite wollen die Leute aber gerne etwas darüber hören. Es sollten sich also, wenn auch nicht unsere Spitzenleute, so doch unsere Wahlkreiskandidaten usw. etwas dazu äußern. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich weiß nicht, ob das für das ganze Bundesgebiet zutrifft, aber ohne Zweifel hat es bei unseren Landtagswahlen in Baden-Württemberg immer eine große Rolle gespielt. (*Starke Unruhe.*) Es ist auch Tatsache, daß die organisierten Arbeitnehmer keine zu große Macht der Gewerkschaften sind. Sie nehmen zwar sehr gern die Lohnerhöhungen in Kauf, aber sie haben mit ihrer Wahlentscheidung damals gezeigt, daß sie das mit der SPD identifizieren. Sie erinnern sich, daß wir in den Facharbeiterbezirken erhebliche Verluste bei der SPD feststellen können. Hier liegt noch eine große Reserve für uns.

Der Vollständigkeit halber möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der zwar nicht lösbar ist, aber er kommt in den Wahlversammlungen immer wieder hoch, nämlich das Problem der Fremdarbeiter. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir haben bei uns im Lande den höchsten Prozentsatz an Fremdarbeitern. Das kommt automatisch beinahe in jeder Versammlung hoch. (*Starke Unruhe.*) Es wird gefragt, findet Ihr keinen Weg, daß Überstunden lohnsteuerfrei sind? (*Anhaltende Unruhe.* – *Schmidt:* Das ist Ihr Steckenpferd!) Ich lasse mir von jeder Versammlung die Auswertung schicken, wenn eine Bezirksversammlung veranstaltet wird. (*Anhaltende Unruhe.* – *Schmidt:* Die Argumente sind falsch.) Ich wollte ja auch nur berichten, was jetzt im Wahlkampf auf uns zukommt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Gastarbeiter interessieren Sie augenscheinlich. Lassen Sie mich etwas hinzusetzen. In der Schweiz ist in einem großen Werk darüber abgestimmt worden, ob mehr Gastarbeiter oder verlängerte Arbeitszeit. Die Gewerkschaften haben den Arbeitern gesagt: Mehr Gastarbeiter! Die Arbeiter haben aber abgestimmt für Mehrarbeit. Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Scheufelen, und zwar zu dem Thema „Brandt“. Ich habe den Eindruck, und zwar übereinstimmend mit vielen

Parteifreunden aufgrund von geführten Gesprächen, daß die Figur Brandt einer der stärksten Aktivposten für uns ist. Wenn das so ist, würde ich davor warnen, daß wir hier im Wege von Tiefschlägen – um mich sportlich auszudrücken – arbeiten.

Wir haben bei der letzten Bundestagswahl – ich habe das sehr genau beobachten können bei Veröffentlichungen und bei Weitergabe von bestimmten Publikationen, die alles andere als salonfähig waren – überall, auch in unseren eigenen Anhängerkreisen, eine ziemlich negative Wirkung erzielt. Wir werden beispielsweise in bestimmten Pfarrerkreisen, evangelischer und katholischer Konfession, niemals für diese Art der Propaganda ein Verständnis finden. Sie werden es bei einer ganzen Reihe von Intellektuellen – im weitesten Sinne des Wortes, Akademiker usw. – nicht finden. Ich meine auch, die eigentlichen Tatbestände sind so bekannt, Herr Scheufelen, daß man das überhaupt nicht zu verbreiten braucht.

Wenn mal jemand in der Versammlung danach fragt, kann man das unter Umständen elegant nach der Versammlung erledigen. Ich würde aber dringend davor warnen, daß Ausführungen in der Versammlung gemacht werden, selbst wenn sie nur in der lokalen Seite der Presse nachher erscheinen, sonst kommen nachher einstweilige Verfügungen. Dann passiert das, was wir bei der letzten Bundestagswahl gehabt haben: Wir legen per saldo drauf. Das können sich die Sozialdemokraten bei ihrem Parteivolk eher erlauben als wir bei unserem Parteivolk; denn wir haben immer noch eine Menge Wähler, die im althergebrachten Sinne bürgerlich reagiert. Dazu ist es dann einfach nicht fein genug. Ich wäre überhaupt recht glücklich, wenn in den nächsten Wochen Herr Brandt möglichst oft gezeigt wird. Ich habe aus Reaktionen gerade aus Arbeiterkreisen immer wieder die Meinung gehört, das ist unmöglich, das ist kein Bundeskanzler. Insofern sollten wir auch durchaus, wie Herr Dufhues sagte, den ganzen Wahlkampf auf die Alternative „Kanzler Erhard auf der einen Seite und Kanzlerkandidat Brandt auf der anderen Seite“ zuspitzen.

Mir scheint insgesamt gesehen, daß das eigentliche Tief bei der CDU – ungeachtet der demoskopischen Befragungen – in der Stimmung draußen jetzt durchbrochen ist, daß also diese unendlich langsame Walze wieder anfängt zu laufen, und daß die positive Bereitschaft, etwas zu tun, beim eigentlichen Parteivolk wesentlich größer ist als bei den Arrivierten, wenn ich das einmal so sagen darf.

Hier zeigt sich ein anderes Krebsübel der Gesamtpartei, daß ein großer Teil unserer Parteifreunde, die in irgendwelchen Funktionen stehen, in völligem Ebenen-Denken verhaftet sind. Der Bürgermeister denkt z. B. nur an seinen lokalen Kram. Er denkt an die nächste Kommunalwahl, aber nicht daran, daß er bei der nächsten Bundestagswahl selber mit draufgehen kann. Das gleiche finden Sie auf der Ebene der Landespolitik. Ein großer Teil der Kollegen – ich sage das immer wieder in unserer Fraktion – fühlt sich zunächst verantwortlich für landespolitische Entscheidungen, sie denken nicht daran, daß wir z. B. in Mainz mit Sicherheit acht Tage nach einer verlorenen Bundestagswahl in der Opposition sitzen, weil die FDP ohnedies bei uns schwankend war vor zwei Jahren und sofort zu den starken Batallionen überlaufen würde. Also, bei uns geht es genauso um Kopf und Kragen.

Aber diese Betrachtung kann man auch hinsichtlich des Bundestages umgekehrt machen. Bei vielen Bundestagskollegen ist es doch so, daß sie die Landespolitik oder die Kommunalpolitik nicht genügend beachten. Auch das muß man einmal sagen. (*Unruhe.*) Ich muß sagen, daß sie sich vielfach nicht bereit finden, in die Kommunalwahlen oder in die Landtagswahlen einzusteigen. Und das führt natürlich zu einer völlig verrückten Parteibetrachtung. Die Sozialdemokraten kennen das nicht. Wenn Wahl ist, dann ist eben Wahl. Wenn Sie einmal die Urlaubspläne maßgeblicher Leute betrachten, die durch das Land fahren, dann muß man sich wirklich fragen, ob man es begriffen hat, daß uns das Wasser tatsächlich bis zum Halse steht. (*Unruhe.*) Ich weiß nicht, woran es liegt, aber ich war bislang eigentlich der Auffassung – und bin es auch heute noch –, wenn der Bundespartei Vorstand und der Bundespartei vorsitzende den Willen dazu haben, dann haben Sie auch immer die Autorität, die Sie brauchen. Ich würde dringend bitten, Herr Bundespartei vorsitzender, daß Sie von dieser Autorität in stärkerem Umfange in dieser Frage Gebrauch machen, als das offensichtlich bislang der Fall war. (*Unruhe und Bewegung.*) Denn das verdrießt unser Parteivolk, wenn man feststellt, daß der Abgeordnete oder irgendein maßgeblicher Mann, der durch die Partei etwas geworden ist – das ist doch ein sehr gravierendes Argument –, jetzt wegfährt. Ich habe jetzt z. B. einen Bundestagskandidaten kennengelernt, der ist genau in diesem Zeitpunkt für acht Wochen nach Kanada gefahren. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Ist er denn aufgestellt?) Auf der Landesliste, nicht vorne, aber es wäre eine Strafe Gottes, wenn er durchfällt. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Er ist noch kein Abgeordneter, aber er will es werden. Wenn das also möglich ist in einem Wahlkreis, dann kann man doch von dem Mitglied Meier, Müller und Schulz nicht erwarten, daß es Abend für Abend dasitzt und Vorbereitungen für die Wahl trifft, während der, dem es zugute kommt, in Kanada sitzt. Das ist ein sehr drastisches Beispiel. Es gibt aber viele ähnliche Beispiele.

Deswegen sollte man doch noch einmal im Wege eines klaren und deutlichen Briefes – ich weiß, Herr Dufhues, Sie halten nicht viel davon – darauf hinweisen. So haben wir aber wenigstens ein Alibi, daß man nach der Wahl einmal Fraktur reden kann. (*Dufhues:* Es liegen bereits mehrere Briefe vor.) Ich wollte nur darauf hinweisen, daß hier etwas geschehen muß. Mir scheint das Hauptproblem für die CDU im Augenblick zu sein, daß weit mehr, als jetzt zu beobachten ist, gearbeitet wird.

Ich habe die dringende Bitte, daß weder aus der heutigen Bundesvorstandssitzung noch zukünftig irgendwo darüber gesprochen wird, daß wir in der Partei einig sind. Je mehr wir das Thema ansprechen, um so weniger wird es uns geglaubt. Ich bin also genau umgekehrt der Meinung. Wenn wir aber tatsächlich die Einigkeit vorleben, so ist es viel besser. Wir sollten also nicht so viel über unsere Einigkeit reden, sondern sollten sie vorleben. Es ist auch besser, wenn nicht in irgendeiner Zeitung steht, daß das Mitglied A und das Mitglied B des Präsidiums sich wieder vertragen. Ich könnte auch die Namen gleich hinzufügen, A war nur ein Zufall. (*Heiterkeit.*) Solche Einigkeitsproklamationen in der Öffentlichkeit schaden uns. Wir sollten sie

besser vorleben. Ich bin sehr mit Ihnen einverstanden, Herr Barzel, daß man das unerschwerlich demonstrieren sollte, indem wir die Leute nebeneinander herausstellen in Fernsehsendungen usw. Aber wir dürfen um des Himmels willen in Versammlungen nicht sagen, seht, wie einig wir sind. Wenn wir z. B. Herrn Schröder und Herrn Adenauer – um zwei Namen zu nennen, ich könnte auch beliebige andere Namen nennen – nun in einer Versammlung auftreten lassen. Das bedeutet gar nichts. (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen meine ich, lassen Sie in allen Rundbriefen den Appell an die Einigkeit weg. Mir scheint, daß die ganze Masche der FDP mit der nationalen Welle schiefgelaufen ist.³³ Aus unseren Beobachtungen in der Pfalz aber auch in Südhessen und besonders in Rheinhessen, wo rechtsradikale Splittergruppen immer nach dem Krieg aktiv waren, ersehen wir, daß diese ganze Welle im Zusammenhang mit der Verjährungsfrist und allen diesen Dingen läuft, und zwar an der FDP nach rechts vorbei. Diese neue Partei NPD³⁴ wird ohne Zweifel in diesen Regionen einiges an Prozenten zunehmen.

Der eigentliche Vorteil, den sich die FDP versprochen hat, scheint der FDP überhaupt nicht zugute zu kommen, sondern sie scheint mir also hier erheblich nebensächlich zu haben. Für mich ist immerhin interessant – das will ich Ihnen nicht vorenthalten –, daß es dieser neuen Rechtsgruppe gelungen ist, im Bundesland Rheinland-Pfalz in den letzten Monaten pro Monat etwa 150 bis 160 neue Mitglieder aufzunehmen. Nun kann man natürlich sagen, das ist nicht allzu viel. Aber suchen Sie mal einen Landesverband der CDU, der pro Monat 150 bis 160 regelmäßig neue Mitglieder aufnimmt. Von diesen Mitgliedern sind etwa 50 % überhaupt bei keiner Partei gewesen, auch nicht bei den Vorläuferparteien, der Deutschen Reichspartei usw. (*Zuruf:* Und der NSDAP?) Jetzt kommt das Stichwort NSDAP. Es ist so, daß kaum 10 % dieser Leute bei der NSDAP gewesen sein können aufgrund ihres Lebensalters. Es sind fast über die Hälfte Leute, die erheblich unter 40 Jahre alt sind, die aber eines jetzt wieder beweisen, daß sie mit einer ungeheuren Aktivität Nacht für Nacht die Gegend verschmieren, draußen herumlaufen, aber bei ihrer Finanzlage sicherlich nichts dafür bekommen. Aus ihrer Sicht gesehen, arbeiten sie mit großer Aktivität und mit „Idealismus“.

Das sollte man m.E. als ein wichtiges staatspolitisches Symptom sehen. Wahlpolitisch ist es nicht so wichtig, denn ich glaube nicht, daß sie über die 5 % kommen werden. Aber immerhin sollten wir uns doch nach der Wahl einmal vornehmen, über die Probleme dieser Entwicklung der neuen Partei eingehend zu sprechen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

33 Mende hatte u. a. gefordert, die erste Strophe des Deutschlandliedes wieder zu singen. – Vgl. SCHOLLWER S. 260.

34 Gründung am 28. November 1964 in Hannover. Vgl. Reinhard KÜHNEL/Reiner RILLING/Christine SAGER: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/M. 1969 S. 27; STÖSS 2 S. 1922–1994.

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mir zwei Bemerkungen erlauben, von denen die eine sich auf die Methodik des Wahlkampfes bezieht. Ich stimme sonst unserem fleißigen Bundesgeschäftsführer gerne zu, aber ich erlaube mir doch, hier meinen Zweifel anzumelden gegen den Trost von Multiplikatoren.

Ich sehe folgende Situation voraus. Ich weiß nicht – und deshalb bringe ich die Sache zur Sprache –, ob sich die Wahlkampfleitung das hinreichend vergegenwärtigen kann. Wenn ich mir die Klage eines außerordentlich tüchtigen Bundestagsabgeordneten, der in den vergangenen Wahlkämpfen in seinem schwierigen industriellen Wahlkreis gegen einen großen Widerstand seinen Titel wieder geholt hat, anhöre, der mir nämlich diskret unter vier Augen sagt, mehr als 20 oder 25 Leute sind heute in einer Wahlversammlung im Schnitt nicht aufzubringen, trotz verhältnismäßig großer materieller Vorbereitungen, Anschreiben usw., dann ist das eine sehr schwierige Situation. Der Mann fragt mich etwas bange, glauben Sie, daß sich das in den nächsten vier Wochen ändern wird. Wenn sich das nicht ändert – sagt er mir –, dann muß ich meine ganze Einrichtung insofern umstellen, als ich dann versuchen muß, soweit wie möglich die großen Spitzenredner wenigstens für zehn Minuten oder für einen viertelstündigen Auftritt in meine Versammlungen zu bringen. Ich brauche diesen Vorspann unbedingt für die Ankündigung der Versammlung. Man kann dann eine Schlagzeile machen, und dann kommen die Leute. Wenn also dieser Mann sich darauf verlassen könnte, daß aus diesem Schnitt von 25 Leuten vom 15. August ab 250 würden, dann wäre er schon ganz zufrieden. Das ist also ein Organisationsproblem für einen Mann seiner Art. Ich glaube, daß wir dem einen Augenblick ins Auge sehen müssen. Denn das würde zur Folge haben, daß dann diejenigen, die hier an dem Tische sitzen, zum Teil anders eingesetzt werden müssen, daß man also mit den Spitzenreitern unserer Union zahlenmäßig viel mehr Versammlungen als bisher machen müßte. Das scheint mir also auch besser zu sein, als etwa eine halbe Stunde oder gar eine Stunde lang in einer Versammlung zu reden.

Das andere Problem ist ein Sachproblem. Wir haben auf evangelischer Seite zweifellos eine konfuse Situation. Ich komme aus meinem angestammten Vaterland Württemberg heute morgen zurück. Ich habe vier Tage lang dort geredet, und ich muß Ihnen sagen, die Sache mit der „Sauberen Leinwand“ ist bei uns nicht günstig behandelt worden. Man kann vielleicht dem Kollegen Süsterhenn sagen, Sie hätten das jetzt lieber sein gelassen, aber nachdem er es gemacht hat und 170 Mitglieder aus der Fraktion das unterschrieben haben und die Sache immerhin an die Öffentlichkeit gekommen ist³⁵, kann ich nur sagen, war die öffentliche Kritik aus unseren eigenen Reihen daran eine glatte Katastrophe, um es einmal klipp und klar und offen zu sagen. Diejenigen, die stimmungsmäßig oder aufgrund ihrer allgemeinen moralischen Orien-

35 CDP Nr. 82 vom 4. Mai 1965 S. 4 „Union kämpft um Sauberkeit in der Kunst – Bindung an das Sittengesetz durch Verfassungsänderung erstrebt – Zunächst noch Sachverständigenberatung“; vgl. auch Anm. 29.

tierung – wobei „moralisch“ gleichzeitig eine staatsbürgerliche Gesinnung involviert – hinter Ihrer Aktion stehen, Herr Kollege Süsterhenn, sind jedenfalls Leute, die bis jetzt zu dem Kerntrupp der CDU gehört haben. Da ist überhaupt kein Unterschied, jedenfalls in Süddeutschland nicht, zwischen Katholiken und Protestanten. Selbstverständlich ist das bei den evangelischen Leuten, die brav in die Kirche gehen, genau[so] wie bei dem Bürgermeister mit seinem Kirchengemeinderat, der bei mir erschien und sagte: Hier haben wir einen Bund von Unterschriften. Wir sind für die „Saubere Leinwand“. Wir verstehen zwar nicht so gut, Herr Bundestagspräsident, warum das eigentlich notwendig ist, daß hier eine Verfassungsänderung gemacht werden soll, aber wir sind in dieser Sache einer Meinung, und Sie sollten sich als evangelischer Christ jetzt anstrengen, diese Sache in eine rechtliche Form zu bringen, damit das, was wir meinen und wollen und weshalb wir seit 20 Jahren CDU gewählt haben, doch in diesem Staate oben bleibt und nicht heruntergerissen wird. Nun kann man sagen, daß noch eine kritische Schicht von Intellektuellen möglicherweise zu einem anderen Schluß kommen wird. Solche Stimmen habe ich auch gehört, zwar jetzt nicht in Württemberg, aber in den letzten Wochen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das abwägen, wie sich das zahlenmäßig auswirkt, dann verlassen Sie sich darauf, daß die erste Gruppe für uns als Wähler ungemein interessanter ist als die intellektuelle Gruppe, die sich im Zweifelsfalle in der Wahlentscheidung alles vorbehält, auch die SPD zu wählen. Ich denke hierbei an den Nachholbedarf, an die Sünden aus der Zeit von Thron und Altar, wo man es mit der Macht gehalten hat, wo man alle diese Beleidigungen nicht vergessen hat. Diesen ganzen Krampf haben wir doch immer noch bei den Intellektuellen auf der evangelischen Seite. Um so mehr rate ich dazu, daß wir bei solchen Geschichten nicht auch noch den unangefochtenen Stamm unserer kirchentreuen Stammwähler mit ankratzen und täuschen, sie ins Wanken bringen, so daß sie schließlich nicht mehr wissen, was ist nun eigentlich los.

Wir werden uns jedenfalls vor dem Start solcher Geschichten rechtzeitig vorher auseinandersetzen und überlegen müssen, welche Startbedingungen, Herr Kollege Barzel, gegeben sind. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Niemand versteht z. B. von den Kritikern auf evangelischer Seite, warum 170 Mitglieder der Fraktion das Ding unterschrieben haben und trotzdem die Fraktion sich nicht als solche dazu erklärt hat. Da sagen die Leute in Württemberg: Was sind das für Typen, was soll denn das? Warum stehen sie denn nicht dazu? Wenn ich das den Leuten auseinandergesetzt habe, dann sagen sie: Jetzt fängt auch noch der Gerstenmaier an. Bis jetzt haben wir uns auf ihn verlassen können, aber nun nicht mehr. Also kurz und gut, das können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen jetzt die Geschlossenheit der Menschen, die sich dieser linksintellektuellen Beeinflussung entzogen haben und denen es auch gar keinen Eindruck macht, wenn einmal ein Pfarrer vom rechten Wege abweicht und ein paar linksintellektuelle Schrullen macht.

Nun in diesem Zusammenhang eine zweite Sache! Herr Dr. Kohl, ich schließe an das an, was Sie gesagt haben zur nationalen Welle. Ich glaube nämlich, daß es diese

nationale Welle nicht gibt. (*Zurufe*: Oho!) Ich habe kürzlich im Hessischen Rundfunk mit Absicht eine aggressive Rede dazu gehalten und glattweg bestritten, daß es eine nationale Welle gäbe. Ich sähe sie auch nicht. Ich stehe im Mittelpunkt zahlreicher Angriffe und muß mich unablässig damit auseinandersetzen. Ich weiche aber nicht aus. Ich habe am 17. Juni abends vor 5.000 Menschen auf dem Stuttgarter Marktplatz das Problem wieder angesprochen.³⁶ Die nationale Welle gibt es nicht. Sobald Sie aber sagen, die vom 17. Juni 1953 – jetzt nur ein Beispiel – waren keine Nationalisten, das waren keine Widerborstigen und Unbelehrbaren, die sich nicht mit dem abfinden wollen, was durch den Zweiten Weltkrieg unser Schicksal nach der Meinung vieler Leute im Ausland geworden ist, das waren keine Nationalisten, die sich dagegen auflehnen, diese Hypothek auf ewig zu tragen, sondern das waren Patrioten, und außerdem geht es uns alle an, denn das Vaterland ist eine verpflichtende Sache, dann können Sie auf einem vollen Marktplatz in Stuttgart eine Nadel fallen hören. Sie können das nicht in alten Platitüden und in emotionalen Schlagworten machen. Aber reden Sie einmal vom Patriotismus, reden Sie vom Vaterland, und dann werden Sie physisch spüren, wie das bei den Leuten eingeht. (*Barzel*: Das ist meine Meinung! – *Schröder*: Das ist doch das Thema! – *Starke Unruhe*. – *Schröder*: Niemand sagt etwas anderes! – *Kohl*: Aber das ist doch da! – *Anhaltende Unruhe*.) Entschuldigen Sie, das ist etwas völlig anderes als eine nationale Welle. (*Schröder*: Wie Sie es nennen, ist doch egal.) Nein, hier kommt es genau auf die Unterscheidung an. (*Schröder*: Natürlich kommt es darauf an. – *Unruhe und Bewegung*.) Eine nationale Welle ist das, was ein Neonationalismus anzukünnen versucht, wozu die sich diese Geschichte mit der NDP ausgedacht und organisiert haben, und zwar rechts von der FDP. (*Unruhe*. – *Krone*: NPD heißt es auch.) Ich glaube nicht, daß diese Partei viele Chancen hat, denn sie hätte nur eine Chance, wenn man von einer nationalen Welle reden könnte.

Aber worum es sich hier handelt, das ist doch das Bedürfnis einer neuen, etwas weitgehenden Orientierung nach rechts und ein Ressentiment, das wir niemand anderem zu verdanken haben als dem 15jährigen Trommeln einer zum Teil sich linksintellektuell gebenden deutschen Presse. Und gegen das Getrommel einer sich linksintellektuell gebenden Presse bilden sich allmählich Widerstände mehr von innen nach außen als von außen nach innen. Ich finde, daß man diese Widerstände ansprechen kann im Wahlkampf zu unseren Gunsten. Das halte ich für eine legitime Aufgabe der CDU. Deshalb sollten wir auf dieser Linie ruhig und wohlhabend mit in der Debatte mischen und sehen, was wir hier tun können.

Im übrigen stimme ich Herrn Scheufelen zu, daß die Sicherheit das Grundproblem ist, vielleicht weniger noch die äußere Sicherheit, obwohl die Entwicklung in Vietnam die Leute doch allmählich aufmerken läßt und manchem schon langsam auf die Nerven

³⁶ Vortrag im Hessischen Rundfunk „Nationale Welle?“ am 9. Juni 1965 (ACDP I-210-088/1). – Gedenkrede zum 17. Juni „Für Freiheit, Recht und Einheit“ (BULLETIN vom 22. Juni 1965 S. 841 f.).

geht. Aber noch weiter, jedenfalls in Süddeutschland, ist das Grundbedenken, das hier in diesem Artikel vom sozialen „Musterland“ Schweden zusammengefaßt ist. Hier heißt es: „Für dieses Jahr rechnet die schwedische Regierung selbst, daß sich der Geldwert um 5 % vermindert. Professor Dahmen, ein führender schwedischer Wirtschaftsfachmann, erwartet für 1965 sogar einen Geldwertschwund von 6,5 %, was bedeuten würde, daß die Sparzinsen diesen Verlust nicht einmal mehr wettmachen.“³⁷

Das, so scheint es mir, ist genau der Punkt, wo die Leute merken, daß es um eine Existenzfrage geht, um eine Plattformfrage, auf der wir alle stehen. Ich habe immer gefunden, daß, sobald man unter diesem Gesichtspunkt antritt, manche über die Sache nachdenken und sich dann zu unseren Gunsten entscheiden. Ich finde auch, daß das die eigentliche primitive Basis auf dieser Ebene ist, um mit den von der Opposition krampfhaft hochgetragenen Wünschen und sogenannten Bedürfnissen wieder fertig zu werden. Ich bin der Meinung, man sollte auf diese Sache als den Grundton im Wahlkampf eingehen. Vielleicht wird sich das Präsidium mit dieser Problematik beschäftigen. (*Dufhues*: Das ist mit allen Landesvorsitzenden und allen Landesgeschäftsführern mit Schwerpunkt bereits besprochen worden.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, wenn ich nochmals anknüpfe an die Worte vom Herrn Kollegen Süsterhenn. Entweder wir sind eine weltanschaulich fundierte Partei, oder wir gehen heute, morgen oder übermorgen auseinander. Seien Sie sich darüber vollkommen klar. Ich bedaure außerordentlich, daß gerade die Frage der weltanschaulichen Fundierung bei uns kaum noch eine Rolle spielt. Lesen Sie doch einmal, was in den Zeitungen steht. Lesen Sie, was alles an Verbrechen usw. geschieht. Sehen Sie doch, daß das deutsche Volk heruntergeht. Das sage ich Ihnen, der nun alle die Jahre das beobachtet hat. Es wertet nicht mehr feste Prinzipien, es wertet nur noch Geld und Gut, Vergnügen und Autos und alle diese Dinge. Und alles das wird verlorengehen, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, wenn wir nicht an unseren weltanschaulich fundierten Grundsätzen festhalten.

Dann möchte ich dem Herrn Kollegen Kohl etwas sagen, und zwar zur Autorität des Parteivorsitzenden und der Bundespartei. Die Bundespartei hat keine Autorität. (*Kohl*: Ich habe vom Bundesparteivorsitzenden gesprochen und nicht von der Bundespartei!) Doch! Aber bei der Bundespartei kommt der föderalistische Gedanke hoch. Die Bundespartei kam geraume Zeit – dank der Alliierten – erst nach den Landesparteien. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Das ist auch ein großer Fehler für uns, aber, meine Herren, heute wollen wir nicht darüber sprechen, auch nicht bei dieser Wahl. Ich möchte es jetzt nur erwähnen, weil Sie von der Autorität der Bundespartei, die nicht da ist, gesprochen haben. (*Kohl*: Herr Vorsitzender! Sie sind der einzige, der die Autorität des Vorsitzenden bestreitet. – *Heiterkeit*.) Das Wort hat Herr Amrehn.

37 Artikel nicht ermittelt. Vgl. Anm. 26.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sehr recht damit, daß die CDU auseinanderfiel, wenn sie nicht ihre weltanschauliche Basis verteidigte. Nur glaube ich nicht, daß wir in den letzten Wochen vor der Wahl mit der Verteidigung unserer Prinzipien die Wahl gewinnen, sondern mit sehr konkreten Dingen. Deswegen muß auch die Diskussion über die weltanschauliche Grundlage für die Tage nach der Wahl zurückgestellt werden. Jeder macht in seinem Lande seine Erfahrungen.

Ich möchte aus der etwas entfernten Sicht, die wir haben, doch sagen, es gibt eine nationale Welle, denn wir bemerken sie unter den Studenten. Hier ist die Reaktion stärker ausgelöst und sichtbar geworden im Zeitpunkt der Nah-Ost-Entscheidungen, die gleichwohl im Ergebnis für uns gewirkt haben. Ich möchte das ausdrücklich sagen, daß hier eine Entscheidung des Bundeskanzlers die Wirkung gehabt hat, daß wir insgesamt wieder etwas einiger erscheinen.

Ich möchte hier auch, wiederum aus der etwas entfernten Sicht, sagen, daß mir nach meinem Eindruck die großen Differenzen, die die CDU lange Zeit auseinander gebracht haben, weithin überbrückt erscheinen. So stellt es sich uns dar. In Baden-Württemberg mag das noch etwas anderes sein, aber diese Entwicklung muß unterstützt werden. Ich möchte sehr ausdrücklich dem Gedanken zustimmen, den Kollege Barzel vorhin geäußert hat, und was Herr Kohl sagte, zwar nicht aussprechen, aber sehr deutlich machen, die führenden Leute sollten gemeinsam auftreten und auch die Einigkeit nicht nur demonstrieren, sondern auch vorleben. Das spricht alles für sich selbst.

Ich glaube auch, daß wir in diesen Wochen gar nicht mehr diskutieren können, ob wir nun kleinere oder mittlere Versammlungen machen. Es muß jedes Mittel genutzt werden, das überhaupt zur Verfügung steht, weil es auf Kommastellen ankommen könnte am Ende. Insofern ist der Einsatz eines jeden einzelnen für möglichst viele Versammlungen unbedingt notwendig. Nur will mir scheinen, daß wir für die Reden, die gehalten werden, auch noch ein bißchen mehr Klarheit gewinnen müssen im Hinblick auf die Auseinandersetzungen mit der SPD. So möchte ich es einmal formulieren.

Ich habe in meiner eigenen Partei, abgesehen von Äußerungen unseres Bundeskanzlers Erhard und unseres Parteifreundes Barzel auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf, noch nicht die volle Überzeugung gewonnen, daß diese Partei dieses Mal überhaupt gegen die SPD antritt. Die Differenzen zur SPD kann man nicht nur zeigen mit dem Antagonismus Erhard : Brandt, sondern das muß auch durch die Wahlkampfziele noch deutlicher gemacht werden. Ob das nun mehr generell oder konkret geschieht, das lasse ich offen, ich glaube aber, daß der Gegensatz sehr viel stärker herausgearbeitet werden muß, nämlich der Kampf gegen die SPD, die es bisher doch immer verstanden hat, sehr viele Unterschiede gegenüber uns zu verwischen.

Warum die SPD so stark geworden ist, erklärt sich zum wesentlichen Teil doch daraus, daß man betont, es gibt keine wesentlichen Differenzen in den Lebensfragen

der Nation mehr zwischen uns. Ich will hier über ein Beispiel aus den letzten Tagen berichten. Der frühere britische Schatzkanzler Maudling³⁸ war in Berlin etwa drei bis vier Tage. Wir haben Gespräche mit ihm geführt; er ist immerhin zweimal vom Regierenden Bürgermeister empfangen worden. Ich finde, eine solche Besuchswelle in diesen Wochen, auch des Herrn Brandt bei Herrn de Gaulle³⁹, für uns abträglich, weil nämlich Herr Brandt auf diese Weise schon eine Stellung bekommt, als ob er bereits eine sichere Anwartschaft auf eine bestimmte Position hätte. (*Adenauer*: Wußten Sie, daß Herr de Gaulle den Herrn Brandt eingeladen hat, und zwar durch das französische Militär in Berlin?) Nun, das spricht ja auch nicht für uns, (*Bewegung*) aber Herr Maudling ist also von diesen Besprechungen mit der Bemerkung zurückgekehrt, er könne keine Unterschiede feststellen zwischen dem, was der Herr Brandt will, und dem, was die gegenwärtige Bundesregierung in der Außenpolitik will. Diese Dinge wirken auch bei uns. Das macht die Auseinandersetzungen mit der SPD noch schwieriger.

Meine Freunde! Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß mitten in den Wochen des Wahlkampfes vielleicht noch die eine oder andere politische Entscheidung notwendig wird. Vielleicht steht eine solche schon dicht bevor. Sie haben alle gelesen, daß die Situation um Berlin sich sichtbar verschärft. Es ist also begonnen worden zu einer Zeit der Bundestagssitzung in Berlin mit der militärischen Übung, wo aus der Tiefe des russischen Raumes Truppen an die Zonengrenze gebracht wurden, Flugzeuge in Kampfgeschwadern über West-Berlin erschienen sind, Hubschrauber über der Kongreßhalle kreisten. In den letzten Wochen hat es jeden Tag beinahe einen Hubschrauberflug an der Grenze entlang unter Berührung des Westberliner Gebietes, vor wenigen Tagen darunter die Überfliegung des amerikanischen Hauptquartiers, gegeben.

Demgegenüber ist es zutiefst zu bedauern, muß ich wenigstens hier sagen, daß die Amerikaner mindestens seit einem halben Jahr nicht mehr ihre regelmäßige Veröffentlichung gebracht haben, daß einer ihrer Hubschrauber über Ost-Berlin erschienen sei. Das haben sie sonst jeden Monat gemacht. Ich glaube aber, sie tun es seit einem halben Jahr nicht mehr. Man muß fragen, ob das auch einen kleinen Zusammenhang mit der sowjetischen Haltung in Nordvietnam hat. Aber hier wird auf einmal wieder sichtbar, daß die Amerikaner in diesem Punkt ein wenig zurücktreten und dafür die Zonenarmee ihren Hubschrauber schickt, der sich deutlich über West-Berlin zeigt.

Die im Augenblick sehr viel akutere Gefahr liegt darin, daß die Bahntarife gekündigt wurden und die Vereinbarungen über die Schriffstarife ebenfalls zum

38 Reginald Maudling (1917–1979), britischer Politiker (Konservativer); 1962–1964 Schatzkanzler, 1970–1972 Innen- und stv. Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 273 Anm. 25. – Möglicherweise war Maudling beim Besuch von Königin Elisabeth II. am 27. Mai 1965 als Begleiter mit in Berlin. Am 18. Juni 1965 war er bei Erhard (Terminkalender).

39 Brandt war vom 1. bis 3. Juni 1965 in Paris (AdG 1965 S. 11891 f.).

30. Juni gekündigt sind. Das bedeutet, daß wir ab 1. Juli einen vertragslosen Zustand bereits haben, der dringend neue Verhandlungen notwendig macht, um die Versorgung Berlins sicherzustellen.⁴⁰ Hier wird es m.E. darauf ankommen, nicht den Wegweiser zu gehen, den wir beispielsweise mit dem Abkommen über die Saalebrücke⁴¹ gegangen sind, daß wir nämlich abgewichen sind von der Unterschrift, die wir bis zur Passierschein-Vereinbarung geleistet haben für das DM-Währungsgebiet Ost oder West. Leider ist beim Saalebrücken-Abkommen schon eine andere Unterschrift für die zuständigen Behörden gewählt worden.

Ich sehe durchaus, wie schwierig es sein wird, für die weiteren Vereinbarungen, die in aller Kürze notwendig werden, auf den alten Weg zurückzugehen. Ich glaube, hier wird bereits eine Entscheidung der Bundesregierung nötig, die größere Bedeutung hat, weil in dem Moment, wo die Verschärfung der Lage in Berlin eintritt – sie wird schon sichtbar –, natürlich alle Blätter zumindest in Deutschland mit diesen Ereignissen wieder gefüllt sein werden. Es kommt entscheidend für den Ausgang der Bundestagswahl darauf an, daß das Vertrauen zur CDU in einem solchen Augenblick wächst. Es wächst aber nicht durch Nachgeben in solchen Fragen, sondern nur dadurch, daß eine feste Linie in diesen Dingen eingehalten wird. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Wahlredner bitten, sich nicht dadurch entmutigen zu lassen, daß irgendjemand im Wahlkampf in Urlaub ist. Mir ist eines nicht klar. Wenn man in die Bevölkerung hineinkommt, dann stellt man immer wieder fest, daß sie im allgemeinen zufrieden ist. Demgegenüber steht aber das schlechte Ergebnis bei den Meinungsumfragen. Wie erklären Sie sich das? Ich habe es nicht zu erklären vermocht. Ich bin der Meinung, daß das mit eine große Rolle spielt. Es tritt immer wieder in Erscheinung die Teuerungswelle insgesamt, dann die Lohnwelle, die insbesondere durch die Arbeitergewerkschaft in Bewegung gebracht wird. Deswegen macht sich in der Bevölkerung der Gedanke breit: Die CDU ist nicht in der Lage, diese Teuerungswellen aufzuhalten. Man sollte versuchen, die SPD und die Gewerkschaften mit in die Verantwortung zu bringen, (*Unruhe. – Zuruf:* Wieso?) damit man auf dieser breiten Basis dieser Teuerungswelle wieder begegnen kann. Ich vermag es mir sonst nicht zu erklären, daß die Bevölkerung zufrieden ist. Die Bevölkerung ist darauf bedacht, das zu erhalten, was sie an Wohlstand hat.

Auch das Gefühl der Sicherheit spielt bei der kommenden Wahl eine große Rolle. Ich glaube, das müssen wir sehen. Das gilt auch für die Währung. Das gilt

40 Die DDR führte zum 1. Juli 1965 für den Interzonen-Güterverkehr den Tarif der Deutschen Reichsbahn ein. Ebenfalls zum 1. Juli 1965 wurden die Permits für den grenzüberschreitenden Binnenschiffahrtsverkehr durch gebührenpflichtige Erlaubnisscheine des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR ersetzt (AdG 1965 S. 11940 f.).

41 Am 14. August 1964 wurde in Berlin eine Vereinbarung über Wiederaufbau, Inbetriebnahme und spätere Unterhaltung der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Autobahnbrücke bei Hirschberg (Saale-Brücke bei Hof/Bayern) unterzeichnet (BULLETTIN vom 19. August 1964 S. 1214).

insbesondere für die Verteuerung auf dem Bausektor. Das halte ich für außerordentlich gefährlich. Bei uns kommt hinzu – ich weiß nicht, ob das im anderen Bundesgebiet auch so ist –, daß ausgerechnet im Sozialen Wohnungsbau die Mittel gestoppt werden und daß die Anträge wegen vieler bürokratischer Hemmungen nicht genehmigt werden und die Bauten deshalb nicht durchgeführt werden können. Das kommt uns sehr schlecht zustatten.

Ich halte es für unmöglich, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß die zugesagten Mittel nur zu einem Siebtel zur Auszahlung gelangt sind. Sie sprechen davon, daß Sie mit Herrn Berg über die Dinge sprechen wollen. Ich halte es für sehr unglücklich, daß an diese Geldmittel Bedingungen geknüpft werden für unsere Landeslistenplätze. Das muß ich ganz deutlich sagen. Ich habe Veranlassung und Grund dazu. (*Adenauer:* Verzeihen Sie, in bezug worauf?) Auf Landeslistenplätze! (*Unruhe und Bewegung.*) Wenn die Landeslisten nicht unabhängig von irgendwelchen Geldgebern aufgestellt werden, und zwar so publikumswirksam, daß sich weite Kreise unserer Wähler davon angesprochen fühlen, dann weiß ich nicht, wie es die CDU fertigbringen will, daß sie noch attraktiv erscheint. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Stecker.

Stecker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will auf diese niedersächsische Geschichtsstunde nicht eingehen. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall.*) Ich meine, der einzelne Bürger hat nicht nur Sorgen im außenpolitischen Bereich, wovon Herr Struve gesprochen hat, sondern er hat in der Tat die Angst, ob bei der rasanten technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die wir haben, er morgen noch eine Chance hat, in dieser Welt leben zu können, insbesondere in den Großstädten. Er fragt sich, wird die CDU in der Lage sein, mit diesen Problemen fertig zu werden.

Ich meine deswegen, daß der Gedanke, alle Kräfte zusammenzufassen für die Sozialinvestition, wie es in dem Gemeinschaftswerk zum Ausdruck kommt, sehr positiv ist. Ich habe Ähnliches auch in den USA festgestellt. Dort spricht Herr Johnson in dieser Hinsicht auch sehr wichtige Dinge an.

Nehmen Sie einmal nur das innerstädtische Verkehrsproblem. Das berührt jeden von uns so, daß er sich fragt: Wie soll es weitergehen? Was damit verbunden ist, ist folgendes: Wir müssen den übertriebenen Föderalismus und die Gemeindeautonomie irgendwie überwinden. Ich knüpfe daran an, was Herr Professor Mikat gesagt hat. Ich meine also, wenn wir es richtig anpacken, dann können wir auch hier positiv etwas erreichen auf innenpolitischem Gebiet. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Klepsch.

Klepsch: Ich möchte zunächst, Herr Parteivorsitzender, sehr herzlich das Petikum von Herrn Kohl bei Ihnen unterstützen, noch einmal sachlich an die oberen und mittleren Funktionsträger zu appellieren, diesen Wahlkampf als das anzusehen, wie Sie ihn charakterisiert haben.

Der Vorschlag von Herrn Mikat, nämlich einen Beschluß zu fassen hinsichtlich der Länderminister, ist ja längst erfüllt. Der Bundesvorstand hat ja einen entsprechenden

Beschluß gefaßt.⁴² Ich habe das Gefühl, daß dieser Beschluß aber nur auf dem Papier steht. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn in einer der nächsten Sitzungen uns eine Übersicht darüber gegeben werden könnte, welche Ergebnisse dieser Beschluß des Bundesparteivorstandes – der, soweit ich mich erinnere, einstimmig gewesen ist – erbracht hat.

Wir sollten vor allen Dingen die Wählergruppen der Frauen und der jungen Leute sorgfältig analysieren. Ich bin der Auffassung, daß das, was Herr Kultusminister Mikat gesagt hat, sehr wertvoll ist. Wir müssen in der Ansprache der Jungwähler ein modernes und auf die Zukunft gerichtetes Bild darstellen. Deshalb ist es gut, in den Diskussionen über die Probleme des Wachstumsprozesses der EWG usw. zu sprechen. Es ist sehr gut, auch über die Gemeinschaftsaufgaben zu sprechen, auch wenn das nicht im einzelnen detailliert und ausgereift ist. Es kommt darauf an, daß die Linie gezeigt wird und daß die Christlich-Demokratische Union auch in Zukunft entschlossen ist, die Verantwortung und die Führung zu behalten.

Ich möchte sehr unterstützen, was Herr Professor Mikat über den Fragenkomplex bezüglich Reform der Demokratie gesagt hat. Das sollten wir nicht nur für uns behalten, sondern auch in den Versammlungen zum Ausdruck bringen. Nach meinen Erfahrungen in fast 100 Versammlungen und Gesprächen am runden Tisch usw. spielt eine große Rolle auch das Interesse breiter Wählerschichten an einer besseren Überschaubarkeit der Steuer und der Sozialgesetzgebung. Es wäre gut, wenn wir das mit einbeziehen könnten in unserer Aussage.

Für besonders wichtig halte ich, daß die Bundesparteiausschußsitzung möglichst bald abgehalten wird, damit sich das noch für die Wahl auswirken kann. Was die Versammlungen angeht, so bin ich der Auffassung von Herr Kraske, daß sie durchaus eine Wirkung ausstrahlen. Es fragt sich nur, in welchem Bereich man sie vornimmt. Wichtig scheint mir zu sein, daß die Präsenz der SPD nach Möglichkeit erreicht wird in solchen Versammlungen.

Ich unterstütze auch, was hier gefordert wurde hinsichtlich einer stärkeren Konfrontation mit der SPD. Das muß geschehen, insbesondere im Hinblick auf die Auseinandersetzung Erhard : Brandt. Im übrigen würde ich sagen, daß in den evangelischen Gebieten eine Einbruchsmöglichkeit für uns gegeben ist, Wählergruppen zu erschließen, die wir in der Vergangenheit nicht hatten. Das wird aber von dem Einsatz unserer Redner abhängen. Ich kann nur sagen, daß z. B. im Amte Bacharach, das ganz evangelisch ist, die Gemeinden eine starke Zunahme der CDU-Mitglieder erhielten, nachdem Herr Bundesminister von Hassel bei der letzten Kommunalwahl dort aufgetreten ist.

Wir sollten uns überlegen, wie wir die Spitzenkräfte aus dem evangelischen Bereich bei solchen Versammlungen ansetzen.

⁴² Vgl. Nr. 18 Anm. 92.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich mit Frau Doktor Probst ein eingehendes Gespräch über den Fragenkomplex gehabt habe. Es ist aber so ausgegangen: Die „Entscheidung“ ist ein Organ, das vom Bundessekretariat der Jungen Union herausgegeben wird, nicht vom Bundesvorstand. Alles das, was in der „Entscheidung“ steht, ist nicht die offizielle Meinung der Jungen Union, sondern das geschieht unter der Verantwortung der Redaktion.

Wir bekommen die Zeitung genauso schnell wie alle anderen Anwesenden hier auch. Das Schwierige scheint mir zu sein, daß ein solcher Artikel immer identifiziert wird mit der Meinung eines Verbandes, was überhaupt nicht der Fall ist. Ich habe deshalb auf Wunsch von Frau Dr. Probst noch eine entsprechende Presseerklärung abgegeben. In der Sache möchte ich das unterstützen, was Herr Professor Mikat gesagt hat. Ich glaube, daß wir mit dem Anliegen eines Entgegentretenes gegen diese Schmutz- und Schundwelle durchaus richtig liegen, nur die Formen, die gewählt worden sind, halte ich für problematisch, weil nämlich dadurch Akzente – so darf ich mal sagen – eines polizeistaatlichen Verhaltens gegeben sind.

Das Interview mit dem „Spiegel“⁴³ hat noch dazu beigetragen, das Ganze als einen überraschenden Akzent in der Öffentlichkeit erscheinen zu lassen. Ich habe mich überall darum bemüht, die andere Richtung zu betonen. Ich bin glücklich gewesen, daß mit Frau Dr. Probst in allen Punkten eine Übereinstimmung erzielt wurde. Es handelt sich um positive Maßnahmen. Das kann man auch in jeder Richtung gut vertreten. Sonst bleibt ja von alledem nichts anderes übrig als ein abgelehnter Antrag. Wir sind uns alle darüber einig, daß ein solcher Antrag nicht durchsetzbar ist.

Was die sogenannte nationale Welle angeht, so stimme ich hier völlig mit Herrn Kohl überein. Aber, Herr Bundestagspräsident, was nun die jüngere Generation angeht, so ist dieses Element, nennen wir es Patriotismus, außerordentlich stark vorhanden. Wir sollten also dieses Problem nach der Wahl einmal sorgfältig analysieren und prüfen, was auf diesem Gebiet von uns getan werden muß. Mit einigen Hilfsaktionen ist es nicht getan. Ich darf als Beispiel das Deutschlandlied herausgreifen.⁴⁴

Es wäre also besser, wenn wir eine klare Erklärung vom Bundespräsidenten oder von der Bundesregierung hätten, daß die Nationalhymne nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes ist, daß wir also das blöde Wort von der dritten Strophe überhaupt weglassen. Es ist so eine Art Kaugummiformel. Deshalb wäre es gut, wenn man klar formulieren könnte: Das ist die Nationalhymne von Deutschland. (*Adenauer*: Das hat doch Herr Heuss getan!⁴⁵) Nein, Herr Bundeskanzler, ich habe mich eingehend darüber unterrichtet. (*Unruhe und Bewegung*.) Es ist gesagt worden: Bei offiziellen Anlässen. Nun frage ich, was ist denn der offizielle Anlaß? Wenn der Vertreter der Bundesregierung anwesend ist? Diese Unsicherheit hat doch zu der ganzen Verwirrung

43 Vgl. Anm. 29.

44 S.o. S. 912.

45 Vgl. PROTOKOLLE I S. 82 f. Anm. 10.; Guido KNOPP/Ekkehard KUHN: Das Lied der Deutschen. Schicksal einer Hymne. Berlin, Frankfurt/M. 1988 S. 92–111, hier S. 109–111.

geführt. Wenn also festgelegt würde, daß ausschließlich der Text der dritten Strophe das Deutschlandlied ist, dann wären wir aus diesem Dilemma heraus.

Die Erklärung, die wir sonst abgeben, führt m.E. in eine Sackgasse. Wir müssen die deutsche Nationalhymne festlegen. Das muß geschehen, aber natürlich nach der Wahl.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich habe vier Themen vorzutragen. Zunächst das Thema, soll man den Gegner persönlich angehen? Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, daß ich denen zustimme, die der Meinung sind, daß wir diesen Wahlkampf unter keinen Umständen mit einer persönlichen Abwertung des Gegners führen sollten. Das erweckt nämlich den Eindruck, als wenn wir unsicher seien und auch der Unfairneß. Das verschafft uns vielleicht Beifall in den Versammlungen bei den Unentwegten, die zu uns gehören, Gott sei Dank, aber bei den Unbefriedigten, bei denen, die wir noch gewinnen müssen, würde uns das schaden und nicht nutzen.

Zweitens: Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen auf die 16 Jahre unserer steten Politik hingewiesen. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet, 16 Jahre sind wir an der Spitze der Regierung. Dagegen ist nichts zu sagen, nur muß man sich darüber klar sein, diese 16 Jahre sind in gewisser Weise wahlpsychologisch auch eine Belastung für uns. Es gibt eine Stimmung im Lande, die dahin geht, nach so langer Zeit muß man einmal wechseln. Das ist sehr gefährlich. Deshalb greife ich diese Form auf.

Herr Dufhues hat recht, denn er hat genau das Richtige getroffen, als er sagte, wir sollten nicht auf alle die Entwicklungen, die wir in den 16 Jahren erlebt und herbeigeführt haben, angefangen von der Stunde Null, hinweisen. Das ist nicht so wichtig, sondern wir sollten den Leuten sagen, wie es gegenwärtig steht. Wenn man das ruhig und ernst macht, dann werden die Leute nachdenklich. Aber dann gelingt es uns, die Parole der SPD „Sicher ist sicher“ umzudrehen gegen die SPD und für uns wirken zu lassen. Für jemand, der das Gefühl hat, es geht mir ja im Grunde, wenn ich ehrlich bin, gar nicht schlecht, und ich möchte gern, daß es mir weiter so geht, gilt doch die Parole „Sicher ist sicher“ zunächst einmal für denjenigen, der das alles geschaffen hat, aber nicht für den, der es nun anpreist.

Wir sollten uns nicht über Worte streiten, insbesondere nicht über nationale Welle usw. Sicher ist, daß das nationale Bewußtsein in der Bevölkerung, und zwar nicht nur bei der Jungen Union, sondern auch bei der etwas gedemütigten älteren Generation, wieder wacher geworden ist. Dies merkt man in den Versammlungen im vorparlamentarischen Raum auf allen Stufen. Deswegen, Herr Bundeskanzler, würde ich dringend vor Aussagen warnen, wie Sie sie einleitend bejaht haben, daß die Wiedervereinigung noch Jahrzehnte dauern wird. Herr Mende läßt sagen, daß er das nicht gesagt habe⁴⁶, (*Schröder:* Das ist eine ganz blödsinnige Aussage! – *Barzel:* Das

46 „The New York Times“ vom 17. Juni 1965 „Mende cautions on german unity“. Vgl. auch S. 912; „Die Welt“ vom 17./18. Juni 1965 „Mende erläutert die deutsche Frage“.

ist lebensgefährlich! – *Unruhe*) sondern daß die „New York Times“ und UPI seine Aussagen umgedreht haben, daß es nämlich schon zwei Jahrzehnte gedauert habe; also ein mahnender Hinweis, daß das so nicht weitergehen könne.

Aber ich lasse es dahingestellt, ob die erste Aussage oder die zweite richtig ist, nur wenn Sie vor die Bevölkerung hintreten, gerade vor die jüngere Generation, und ihr sagen, es könne noch Jahrzehnte dauern, dann ist das keine Antwort auf das, was die jungen Menschen gerade von uns als der für die Regierung verantwortlichen Partei wissen wollen. Sie wollen nämlich eine Antwort darauf, wie es gemacht werden kann, damit es nicht noch Jahrzehnte dauert. Wenn wir aber als Antwort sagen, es wird noch Jahrzehnte dauern, dann haben wir damit nichts erreicht. Das ist jedenfalls nicht für uns, sondern gegen uns.

Ich muß Herrn Klepsch recht geben in der Frage der Nationalhymne. (*Klepsch*: Nach der Wahl!) Jetzt können wir das nicht machen. (*Gerstenmaier*: Auch nach der Wahl werden wir es nicht können!) Wenn die Regierung nicht aufpaßt, bekommen wir wieder den Streit, den wir in der Weimarer Zeit hatten.⁴⁷ Dann bekommen wir wieder wegen der Nationalhymne bezüglich der ersten und der dritten Strophe Streit, wenn nicht nach der Wahl der Bundespräsident klar sagt, was die deutsche Nationalhymne ist. (*Adenauer*: Das hat doch Herr Heuss gesagt!) Nein, glauben Sie es mir doch, er hat es nicht gesagt! (*Adenauer*: Doch! – *Unruhe*.) Nein, er hat gesagt: Bei offiziellen Anlässen wird die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. (*Anhaltende Unruhe*.) Das hat er gesagt, er hat damit offengelassen, was nun die Nationalhymne ist.

Es sind die Strophen eins bis drei, von denen z. Z. nur die dritte Strophe gesungen wird. Ich weiß genau, wie Sie es damals gemeint haben. Ich war glücklich, daß wir so weit gekommen sind, aber heute ist es so, daß durchaus nun ein kardinaler innenpolitischer Streitpunkt daraus werden kann, wenn man es nicht völlig klar sagt. (*Unruhe*.) Ich darf ergänzen, was Herr Amrehn gesagt hat. Ich darf in diesem Kreise aussprechen die Erinnerung an die Wahl vom Jahre 1961. Es ist ja irgendwie etwas bedrückend, wenn man sich vor Augen hält, was gegenwärtig in Berlin und um Berlin geschieht. Wir haben die Wahl damals verloren, weil wir am 13. August nicht in der richtigen Weise reagiert haben. Aber darüber jetzt zu streiten, wäre müßig, doch das Faktum besteht, daß wenige Tage vor der Wahl sich etwas Unvorhergesehenes ereignete, was dann alles umgestürzt hat. Und nun habe ich das scheußliche Gefühl, als ob so etwas wieder vorbereitet wird. (*Barzel*: Natürlich!) Denn das, was zuspitzend jetzt in Berlin geschieht, könnte sein, daß Ulbricht unter dem Schutz des Vietnamkonflikts versucht, sich nicht nur ein Scheibchen, sondern wesentlich mehr abzuschneiden. Das muß man wissen. Das ist nun nicht ein Aufruf an die Parteivorsitzenden, sondern an die Bundesregierung. Das muß die Bundesregierung wissen, damit sie sich heute

47 Vgl. Hans HATTENHAUER: Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung (Analysen und Perspektiven 19). München 1984 S. 57–69.

schon sorgfältig darauf vorbereiten kann. Ich weiß, daß Überlegungen im Gange sind, aber das ist für den Ausgang der Wahl lebenswichtig.

Ich glaube, es ist besonders wichtig, daß die Bundesregierung in diesen Tagen die amerikanische Regierung wissen läßt, daß sie sich, bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die sie hat, in diesen Wochen keine Entlastungen auf Kosten der deutschen Position in der Auseinandersetzung mit dem Osten in Berlin verschaffen darf. Dies darf nicht sein. Das muß man als Bündnistreue mit in Anspruch nehmen, damit uns nicht nachher vielleicht eine Stunde vor der Wahl die Schuld für etwas zur Last gelegt wird, was das Ergebnis der Wahl völlig gegen uns umdrehen kann.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Ich wollte nur zur Debatte noch ein paar Worte sagen, weil ich gleich weg muß, da wir Fraktionsvorstandssitzung haben.

Erstens: Die Differenzen zur SPD, von denen Herr Amrehn gesprochen hat! Wir haben uns lange überlegt, was zu tun ist. Aber wir konnten machen, was wir wollten, die sind immer brav. Sie sind sogar so weit gegangen im letzten halben Jahr, daß sie keine ausgabewirksamen Anträge im Parlament mehr gestellt, sondern erklärt haben, wir werden jedem ausgabewirksamen Antrag, der aus den Kreisen der Koalition kommt, zustimmen. (*Schmidt:* Und den eigenen zurückgezogen haben!) Das war eine ganz tolle Taktik. Wir haben dann versucht, sie zurückzuumarmen in der Notstandsgeschichte. Das ist ja auch gelungen, so daß man heute sagen kann, sicher ist sicher. Sicher ist nur das Nein. Das gibt wohl eine ganze Menge her.

Was die Währung betrifft, Herr Scheufelen, so wird, wenn die parlamentarische Arbeit zu Ende ist, eine Dokumentation zusammengestellt, aber nur für Führungskräfte, nicht so ein Flugblatt, über folgendes: In den letzten Wochen und Monaten war eigentlich die Hauptarbeit in der Koalition die, daß wir aus der Führung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gebremst haben. Wir haben bei der 18. Novelle einen Antrag von der FDP gehabt⁴⁸, der 10,8 Milliarden kostete. Der Fonds hatte aber nur 1,8 Milliarden DM nach Meinung der Regierung. Wir hatten bei Kriegssopfern, Heimkehrern, Beamten usw. pausenlose Koalitionsgespräche. Wir haben gebremst. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß die führenden Herren von uns das Material an der Hand haben über das, wo die Ausgabefreudigkeit jeweils entstanden ist. Das muß gesagt werden. Wir wollen es nicht so plakativ sagen, aber es ist wichtig, daß es durchrinnt, daß es auch in die mittelständischen Kreise kommt, damit ganz klar ist, woher diese Ausgabefreudigkeit stammt. Herr Etzel und Herr Schmitz werden sofort unterstützen und unterstreichen, was ich hier sage: So war es in Wirklichkeit. Wenn wir es nicht lauter gesagt haben, dann deshalb, weil wir uns noch mitten im Weg befinden und nicht in den letzten 14 Tagen hier einen Ärger gebrauchen können. Ich darf hier sehr vertraulich sagen, daß Minister Dahlgrün unter vier Augen mit dem

48 Antrag der Abgeordneten Dr. Rutschke, Weber (Georgenau), Schmidt (Kempten), Dr. Danz, Reichmann und Genossen zum Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (18. ÄndG LAG) vom 4. Mai 1965 (Drs. IV/3346).

Bundeskanzler sprechen will. Ich habe gleich gesagt, dies sei eine Demonstration gegen seine eigene Fraktion.

Das ist die Lage, in der wir uns befinden. Wir werden das in vorsichtiger Weise so zum Herumsprechen bekannt genug machen. Es ist auch für das Gespräch heute abend sehr wichtig.

Was die nationale Welle betrifft, so glaube ich, hat Herr Präsident Gerstenmaier recht, wir müssen über Vaterland und Patriotismus sprechen, aber wir sollten uns keinerlei Illusionen hingeben. Ich habe mir eben ein paar Sachen notiert aus dem Gedächtnis aus meinen letzten Versammlungen an der Saar, von wo ich komme. Frage: Wird die deutsche Politik in Washington gemacht? Tosender Beifall der Zuhörer. Frage: Wann endlich denken wir nur an Deutschland und sprechen mit Ulbricht? Verstärkter Beifall. (*Schröder*: In welchen Versammlungen an der Saar?) In unseren Versammlungen an der Saar! (*Zurufe*: Diskussionsbeitrag?) Natürlich! Nächste Frage: De Gaulle zeigt, wie man es macht. Wann endlich lernt ihr davon? Hört endlich auf, aus der Hand der Amerikaner Honig zu schlecken! Wann hört ihr auf, immer Rücksicht nur auf die anderen zu nehmen? Wir müssen nur eine deutsche Politik machen! Wann endlich gibt es eine nationale Politik?

Diese Fragen kommen unterschiedlich akzentuiert von ganz links und von ganz rechts, aber zu 90 % immer von jungen Menschen. Geben wir uns also keiner Illusion hin. Deshalb ist ein Satz, wie ihn Herr Mende gesagt hat, die Förderung des Nationalismus schlechthin. Ich meine den Satz, daß es noch furchtbar lange dauern wird mit der Wiedervereinigung. Also hier müssen wir in unserer Weise etwas stärker – so wie es Herr Gerstenmaier gesagt hat – von Vaterland und von Patriotismus sprechen.

Ich will nicht zurückkommen auf den Vorschlag von vorhin, aber ich glaube in der Tat, daß wir die Einigkeit zeigen müssen. Wir dürfen gar nicht davon sprechen. Herr Dr. Kohl hat das auch aufgenommen. Ich möchte die Vorschläge von vorhin nochmals unterstützen. Vielleicht ist es gut, wenn wir die Fragen, die nachher hier in der Sache entschieden werden müssen, wo wir aber leider nicht mehr hier sein können, nämlich die Studentenangelegenheit, den Steinkohlenbergbau und das Deutsche Gemeinschaftswerk, durch Entschließungen des Bundesvorstandes und des Fraktionsvorstandes gemeinsam machen. Wir müssen uns darüber unterhalten, ob das heute, morgen oder übermorgen publiziert wird. Aber es wirkt schon sehr gut, wenn Parteivorstand und Fraktionsvorstand gemeinsame Sachen machen. Ich glaube, daß das heute möglich ist. Es sollte auch heute geschehen. (*Schmitz*: Morgen ist Landtagssitzung in Düsseldorf mit einer Kohlendebatte.⁴⁹ Es wäre also gut, wenn wir es heute verabschiedeten! – *Dufhues*: Das mit der Steinkohle können wir heute machen. Aber die Studentensache würde ich gern ... – *Unruhe*.) Sie wird ohnehin

⁴⁹ Debatte über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage im Steinkohlenbergbau in der 60. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 23. Juni 1965 (LT NW Sten.Ber. 5. WP Bd. 3 S. 2164–2190).

vorbereitet von der Fraktion und der Partei, um das aufzufangen, was am 1. Juli geschehen soll. Das wird nachher gemacht. Ich bitte um Entschuldigung, aber wir haben noch ein paar vorbereitende Gespräche vor unserer Fraktionsvorstandssitzung. (Beifall.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Bühler⁵⁰.

Bühler: Ich habe in vielen Versammlungen erlebt, daß die Menschen anfangen zu fragen, was Herr Barzel eben angedeutet hat, und daß sie es selber zu beantworten versuchen. Ist nicht in den USA die Stimmung vorhanden, sich aus der großen Weltpolitik zurückzuziehen? Hat diese Stimmung nicht um sich gegriffen? Wenn man vor ein paar Monaten in den Vereinigten Staaten war, konnte man das deutlich spüren. Auf diese Dinge müssen wir sehr achten bei der Vorbereitung der Wahl.

Nun möchte ich etwas zum Technischen sagen. Wir haben seit Jahren gemerkt, daß wir in unserem Wahlkreis viel mehr die Klein- und die Einzelarbeit wahrnehmen müssen. Wir haben nun von der Bundesgeschäftsstelle eine sehr fleißig ausgearbeitete Analyse bekommen. Aber diese Analyse, die wir nochmals analysiert haben, hat einige Fehler. Sie geht z. B. vom Jahre 1953 aus. Es hat sich inzwischen vieles gewandelt in der Zusammensetzung unserer Wähler. Wir müssen auf die Jungwähler besonders Rücksicht nehmen.

Wenn die jungen Leute in neu angesiedelten Industriegebieten ansässig werden, dann sind sie dem Einfluß der Gewerkschaften stark ausgesetzt. Wir haben festgestellt, daß gerade in den anderen Gebieten, besonders in evangelischen Gemeinden, noch ein Wählerreservoir vorhanden ist. Die Flüchtlinge spielen bei uns in Südbaden keine entscheidende Rolle mehr. Es ist uns gelungen – wie man sagt –, die Leute „einzukaufen“. Es waren nur noch Kader ohne eigene Truppenverbindung. Wir müssen in Briefen ganz besonders den Mittelstand, aber auch die evangelischen Theologen ansprechen, die oft gar nicht recht im Bilde sind. Das ist auch kein Wunder, denn sie haben auf etwas anderes zu sehen in ihrer Gemeinde.

Ich habe vor einigen Tagen eine Diskussion gehabt. Da sind alle diese Dinge hochgekommen. Diese jungen Leute sind sehr kritisch. Sie sagen, die CDU ist in den letzten Jahren eine Partei der Skandale und der Affären geworden. Nun kommt die SPD und sagt, wir stellen dieselbe Ware wie die CDU her, aber ohne deren Webfehler. Wir werden das alles viel besser machen. Und die jungen Leute glauben es. Ich habe 1961, als der Film von der SPD kam⁵¹, mit dem sie den neuen Dreh gefunden hatten, sofort gemerkt, wir konnten mit diesem Film nicht arbeiten; auch schon vor dem 13. August nicht mehr. Von dort ab wäre es sowieso ohne jede Wirkung gewesen.

50 In der Vorlage: Bürger. – Karl August Bühler (1904–1984), ev. Pfarrer; 1956–1958 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1957–1969 MdB, stv. Landesvorsitzender Südbaden.

51 Im Bundestagswahlkampf 1961 setzte die SPD mehrere Filme und Filmserien ein, z. B. „Der Weg zum Sieg“, „Einer für alle“ (Willy Brandt), „Vorán mit Willy Brandt“, „Auf ein Wort“. Welchen Film Bühler meint, ist nicht zu ermitteln.

Wir müssen nun den Leuten vom Mittelstand und den evangelischen Theologen Material vorlegen, das hieb- und stichfest ist. Die Bundesgeschäftsstelle sollte solches Material unseren Kreisgeschäftsführern zusenden. Das Material könnte für das gesamte Bundesgebiet gesammelt werden.

Ich habe vor den evangelischen Amtsbrüdern in Karlsruhe einen Vortrag gehalten über das Bundessozialhilfegesetz⁵². Ich habe gesagt: Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Aber alle haben nicht gewußt, daß von gewissen Regierungen schon Klage dagegen erhoben worden ist. Das müssen wir ihnen doch sagen, sonst bekommen sie kein richtiges Bild über die Situation.

Außenpolitisch können wir heute sagen, die Behauptung, daß ein Notstand nie droht, ist eine leichtsinnige Irreführung. Und wenn von der Situation in Berlin die Rede ist, dann müssen wir das doch nutzen. Herr Dr. Hellwig hat in Bad Krozingen vor einigen Wochen gesagt: Was halten Sie davon, wenn einmal in der EWG nur sozialistische Regierungen vertreten sind? Am letzten Freitag bin ich Gelder einsammeln gegangen und habe dann das Echo gehört. Ein Herr, dem ich sagte, daß der Wahlkampf vom Materiellen her von der SPD geführt werden wird, mit einem ungeheuren Einsatz von Mitteln, und daß wir keine Druckereiverlage usw. haben, fragte mich: Was habe ich das letzte Mal bei der Landtagswahl gegeben? (*Starke Unruhe.*) Dann hat er das um 50 % gesteigert. Also, ich glaube, wir können in diesen Kreisen die Mittel bekommen. Wir haben jedenfalls gute Erfolge gehabt. Die Herren wissen doch, worauf es ankommt. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Dann machen wir viel zu wenig Gebrauch in unseren Versammlungen davon, daß wir Leute hinschicken, die nicht unbedingt als CDU-Leute bekannt sind, und die dann geschickte Fragen stellen. Diese Technik ist bei uns weitgehend unterentwickelt. Wenn wir alles dransetzen, können wir mit Zuversicht in diesen Wahlkampf gehen.

Adenauer: Bitte, Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine Hauptsorge hat Herr Präsident Gerstenmaier ausgesprochen. Wenn wir uns so dranhaltten, eine Sache, die von uns selbst getragen wird, wieder herunterzujubeln, dann machen wir es genau verkehrt und lassen die Leute weiter an uns zweifeln.

Mich interessiert heute, daß auf Seite zwei der „Bild“-Zeitung in einer riesigen Überschrift steht: „Den Frauen ging es noch nie so gut“. Unter dieser Riesenüberschrift folgt dann eine recht gute und knappe Darstellung einer großen Frauenkundgebung in Schwetzingen mit einigen Kernsätzen, die zum Teil von Frau Dr. Strecker und zum großen Teil von der Frau Ministerin dort gebraucht wurden.⁵³ Bei Frau Strecker steht dann: „International bekannte Frauenrechtlerin“. Wir kommen in dieser Darstellung von „Bild“ außerordentlich gut weg. Ich frage mich immer besorgter, warum unsere Politiker, wenn schon nicht aus voller Überzeugung, so doch aus purem kalten

⁵² Vgl. Nr. 17 Anm. 72.

⁵³ „Bild-Zeitung“ vom 21. Juni 1965 „Gesundheitsministerin: Nutzt auch die Chancen in der Politik!“.

Berechnen, nicht davon überzeugt sind, daß es sich immer noch auszahlt, für Frauen Großveranstaltungen zu machen; denn die Frauen übersetzen hinterher zu Hause sehr gut das, was sie dort gehört haben, und zwar zum Unterschied von den Männern, die immer sagen, das verstehst du doch nicht usw. Die Frauen erzählen es aber. Insofern sind sie bessere Übersetzer.

Wir haben eines erreicht. Damals beim Bundesfrauenkongreß, der mit großer Mühe vorbereitet war, haben wir die Bitte an die Landesvorsitzenden gerichtet, man möge doch auf Landesebene ähnliches tun. Schleswig-Holstein hat es getan.⁵⁴ Das hat sich ausgezahlt. Nun hat man es in Schwetzingen gemacht mit 800 Teilnehmerinnen. Ich war jetzt an der Saar. Da geht dieses drollige Wort „Die CDU hat nicht mehr alle Tassen im Schrank, sie stehen auf den Tischen der Frauen“, das ist doch ein hübsches Wort. Ich finde überhaupt, man schmunzelt viel zu wenig. In den früheren Wahlkämpfen hatten wir immer ein nettes Witzchen oder sonst etwas, worüber die Leute vergnügt schmunzelten, und es war dann gleich 1:0 für uns. Das ist nicht mehr drin! (*Bewegung und Heiterkeit.* – *Zuruf:* CDU als Bundesliga!) Ich meine, daß wir mit Frauenveranstaltungen einen großen Teil der Wählerstimmen holen. Wir haben drei Millionen mehr Frauen als Männer. Es ist uns manchmal gelungen, uns aufmerksam zu machen, und ich würde es bedauern, wenn wir das bis zur Wahl nicht noch stärker ausnutzen würden. Ich glaube auch, daß es uns noch ein paar Mal gelingen könnte, durch die „Bild“-Zeitung“ an über acht Millionen Leser heranzukommen.

Zum Schluß noch eine Bitte! Wir reden in jeder Veranstaltung von dem, was morgen ist. Das halte ich auch für recht gut, aber wir sollten nicht vergessen, daß der kleine Mann, daß die einfache Frau ebenso gerne hört, daß sie gesichert sind mit dem, was sie jetzt haben, daß man das, was sie jetzt haben, auch einmal bestätigt. Die großen Pläne in Großveranstaltungen zu verkünden, ist wunderbar, aber auf den kleinen Veranstaltungen sollten wir auf den Gegenwartsbesitz noch mehr als bisher eingehen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, der Herr Bundeswohnungsbauminister hat trotz der harten Gesetze in der Öffentlichkeit gut abgeschnitten. Darf ich ganz bescheiden hinzufügen, daß er zu den Ministern gehört, der diese Gesetze auch durch Frauen mit interpretieren ließ. Er hat eine gut bezahlte, im Honorarvertrag stehende Interpretin für seine Gesetze.⁵⁵ Er wird es mir sicher nicht verübeln, wenn ich behaupte, daß sie ihm gute Pressestimmen eingebracht hat, daß sie hunderte von aufklärenden Versammlungen mit 100 bis 200 Zuhörern besucht hat. Es ist also gar nicht verkehrt, meine Herren, wenn Sie sich dieser Dinge mehr als bisher bedienen.

54 4. Delegiertentag der Bundesvereinigung der Frauen der CDU vom 5. bis 7. März 1964 in Stuttgart mit dem Thema „Sicherung der Gesundheit zu Hause, am Arbeitsplatz und in der industriellen Umwelt“ (UiD Nr. 11 vom 12. März 1964 S. 4; „Frau und Politik“ Nr. 3, März 1964 S. 4–6 und Nr. 4, April 1964 S. 11–13). Frauenkongreß des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein am 28. April 1965 mit dem Thema „Die Frau in der Arbeitswelt von morgen“ (UiD Nr. 16 vom 22. April 1965 S. 8; „Frau und Politik“ Nr. 5, Mai 1965 S. 8).

55 Nicht zu ermitteln.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, wenn wir bis September nicht noch ein paar Mal lachen können durch Anekdoten, Witze usw., dann fehlt eigentlich für den Wahlkampf das Entscheidende. Die Leute sind heute alle todernst oder sie zweifeln. Früher haben Sie immer dafür gesorgt, daß gelacht wurde, Herr Dr. Adenauer. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Die Leute sehen heute auf die Fotografien der Redner und sagen: Was gucken die alle so ernst. Die sehen aber bitter drein. – Wir sollten doch endlich einmal ein paar gute und nette Witze und Scherze erfinden, die wir wieder verkaufen können; denn mit dieser unterkühlten Demokratie, mit dem Blick nach unten, schaffen wir keine Stimmung. Davon haben wir nichts. (*Beifall und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte, Herr Adorno!

Adorno: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas sagen zum Einsatz unserer prominenten Bundesredner. Früher war es so, daß ein prominenter Redner an zwei oder drei Veranstaltungen zu den Leuten gesprochen hat. Ich meine, wir sollten diese Großveranstaltungen multiplizieren. Das geht natürlich nur, wenn wir sie unter freiem Himmel veranstalten, und wenn eine solche große Veranstaltung auch nur eine Dauer von 15 Minuten hat.

Wir haben schon bei der Bundestagswahl 1961, vermehrt bei unserer letzten Landtagswahl im vergangenen Jahr, gute Erfahrungen mit dieser Art von Einsatz gemacht. Wir haben zwar das Wetter nicht in der Hand, aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich unsere Leute auch nicht durch ungünstiges Wetter abhalten lassen, solche Veranstaltungen zu besuchen. Vor wenigen Wochen war der Bundeskanzler bei uns. Bei regnerischem Wetter, abends bei Einbruch der Dämmerung, standen in einem kleinen Städtchen mit 7.000 bis 8.000 Einwohnern über 1.000 Leute und warteten, bis er kam, und haben ihm dann einen begeisterten Empfang bereitet.⁵⁶ Ich meine, daß sich auch die Fahrtroute für solche Aktionen gut nutzen läßt, wenn sie durch Presse und Lautsprecher rechtzeitig bekanntgemacht wird. Am Ende einer solchen Tagung entsteht dann der Eindruck eines ganz großen Erfolges an Publizität, Begeisterung und Zustimmung. Ich meine, diese Art von Rednereinsatz sollte im kommenden Wahlkampf noch mehr als bisher in der Praxis geübt werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Ich möchte etwas zu der kleinen Kontroverse zwischen Herrn Kraske und dem Präsidenten des Bundestages sagen. Ich glaube, bei keiner Wahl wird die Entscheidung erst in den letzten vier Wochen fallen wie bei der Bundestagswahl. Was bestimmt nun diese Entscheidung der Wähler? Es gibt hier auf einmal Stimmungstendenzen, und es ist schwer zu sagen, wie sie zustande kommen. Aber eines ist sicher, die Träger dieser Stimmungstendenzen sind Menschen, und es ist kein Zweifel, daß alles tote Propagandamaterial beim Einfluß auf die Menschen wesentlich schwächer ist als die unmittelbare Begegnung.

⁵⁶ Erhard war am 29./30. Mai 1965 in Ravensburg und Heidelberg.

Nun kommt ein zweites hinzu. Bei alledem, was man in der Zeitung lesen kann und was im Kino gezeigt wird oder was von einem Plakat auf den Menschen einstrahlt, so wird er doch am stärksten beeinflusst durch eine soziale Erfahrung, das heißt, wenn er sich in einer Gemeinschaft von anderen Menschen befindet und hier eine einheitliche Meinungsbildung zustande kommt. Diese Meinungsbildung ist im allgemeinen nicht so sehr das Produkt von rationalen Überlegungen, auch nicht so sehr das Produkt dessen, was wir sachlich mitteilen, sondern mehr das Produkt eben dieses Erlebnisses.

Unser entscheidender Vorsprung vor der SPD in sämtlichen Wahlkämpfen war der, daß wir doppelt soviel Menschen in Versammlungen jeglicher Art angesprochen haben, als es der SPD gelungen ist. Diesen Vorsprung dürfen wir uns unter keinen Umständen von der SPD streitig machen lassen.

Nun taucht die Frage auf, welches ist denn die zweckmäßigste Form. Herr Präsident, darauf waren doch wohl Ihre Ausführungen abgestellt. Nun, es gibt dafür kein Rezept für das Bundesgebiet. Das ist landschaftlich außerordentlich verschieden. Ich könnte Ihnen Gegenden nennen, wo in einer Versammlung 10 bis 15 % der Einwohner da sind. Es gibt andere Gegenden, da spricht ein Bundesminister, aber dann sind nur 25 Menschen anwesend. Man kann nur folgendes sagen: Man sollte die prominenten Redner nicht „verheizen“ in Versammlungen mit 20 Teilnehmern. Aber im übrigen sollten wir Versammlungen mit 20 bis 25 Teilnehmern beileibe nicht gering veranschlagen; (*Kraske*: Sehr richtig!) denn das addiert sich nämlich außerordentlich. Wir sollten, wie es Herr Kraske getan hat, mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß wir die Versammlungstätigkeit so intensiv wie überhaupt nur möglich betreiben.

Ich bitte, den Vorschlag, der von Präsident Gerstenmaier gemacht wurde, prominente Redner für 10-Minuten-Vorstellungen zu verwenden, etwas kritisch zu betrachten. Ich kenne viele Gegenden – speziell in meiner Heimat –, da reagieren die Menschen sehr sauer darauf. Sie sind der Auffassung, man nimmt sie nicht ernst, man macht eine Theatervorstellung. Auf der anderen Seite habe ich häufig festgestellt – das gilt für Versammlungen speziell auch von Ihnen, Herr Präsident –, wenn Sie eine Stunde lang vor tausend Menschen sprechen, daß das in einer ganzen Stadt die Meinung umkrempeln kann. Man sollte das nicht gering veranschlagen.

Ich glaube, hier generelle Rezepte zu geben, ist falsch, aber sicher ist, daß wir so viel Versammlungen wie überhaupt nur möglich durchführen sollten, und daß die Persönlichkeiten von uns, die eine außergewöhnliche Strahlkraft haben, so angesetzt werden, daß diese Strahlkraft auch wirklich zur Auswirkung kommt, aber nicht verzettelt für soundso viel mal zehn Minuten, sondern für wirklich große Kundgebungen; aber dann auch mit allem, was dazugehört, um einen nachhaltigen Eindruck bei den Wählern auszulösen und zu hinterlassen.

Zweitens: Ich möchte die Ausführungen von Professor Mikat zum Thema Bund/Länder unterstreichen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern, gleichgültig, ob sie von den durch die SPD regierten Länder ausgelöst worden sind oder nicht, generell zu Lasten der CDU gehen. Ich halte

es für außerordentlich nützlich, daß wir eine klare Demonstration unseres Willens für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern innerhalb dieses Wahlkampfes zum Ausdruck bringen.

Ich warne nur vor einem: mit Worten zu demonstrieren und mit Taten das Gegenteil zu machen. Ich sage das bewußt aus folgendem Grund: Die SPD hatte vor zwei Jahren ein Thema gut vorbereitet, nämlich die Ausbildungsbeihilfen. Es ist uns gelungen, dieses Thema der SPD völlig aus der Hand zu nehmen, und zwar soweit, daß die SPD im Bundestag den gleichen Antrag gestellt hat⁵⁷, den wir schon Jahre zuvor vertreten haben, nämlich, daß das Thema der Ausbildungsbeihilfen, soweit es noch nicht geregelt ist, in einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geregelt werden soll. Sachlich ist der Stand der Dinge wie folgt: Es gibt kein Land in der Welt, bei dem die Ausbildungsbeihilfen einen so hohen Stand haben wie bei uns in der Bundesrepublik. Aber wir haben einen kleinen Sektor, nämlich die weiterführenden Schulen, die höheren Schulen, die Mittelschulen und die Berufsfachschulen, in dem dieses Thema tatsächlich für die heutigen Verhältnisse – ich kann es nicht anders sagen – geradezu lächerlich geregelt ist, so daß neulich in einer Fernsehsendung den Deutschen klargemacht werden konnte: Hier ist ein Vater von vier Kindern. Er hat zwei auf der höheren Schule. Seine Einkommensverhältnisse liegen bei DM 700,- bis DM 800,-. Die Länder zahlen eine Erziehungsbeihilfe im Jahr von nur DM 30,-. Das war vor zehn oder 15 Jahren noch Geld, aber heute wirkt so etwas einfach lächerlich, zumal sich diese Probleme überhaupt geändert haben.

Nun war ich an sich mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz⁵⁸ einig, auch schon in den Grundzügen, was man der Bundesregierung und den Landesregierungen als einen Vertrag zwischen Bund und Ländern im einzelnen vorschlagen könnte. Aber genau hier verdichtet sich jetzt bei mir der Eindruck, daß aus irgendwelchen Gründen in diesem und in jenem Land damit angefangen wird, dieses Thema in Ländergesetzen zu regeln. In Bayern und auch in Rheinland-Pfalz ist bereits jeweils ein Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet worden.⁵⁹ Dabei wird völlig übersehen, wohin das führt. Das führt genau zu dem, was die Sache als solche in der Öffentlichkeit völlig diskreditiert, nämlich zu uneinheitlichen Regelungen im Bundesgebiet.

Hier kann sehr überzeugend vor der Öffentlichkeit dargetan werden, daß bei uneinheitlichen Regelungen aufgrund der Freizügigkeit und der Mobilität, die wir

57 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 9. Februar 1965 – Umdruck 548 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 57 S. 7969).

58 Prof. Dr. Wilhelm Hahn (vgl. Nr. 14 Anm. 82).

59 Antrag der Fraktion der SPD zum Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen im Bereich der weiterführenden Schulen und Hochschulen vom 24. März 1965 (LT Bayern 5. WP Beilage 1885). – Urantrag der Fraktion der CDU betreffend Landesgesetz über die Förderung von Schülern und Studenten (Ausbildungsförderungsgesetz) vom 15. April 1965 (LT Rheinland-Pfalz V. WP Drs. II/415).

haben, die Unsicherheit für die Eltern, die die Entscheidung haben, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, weiter steigen wird.

Ich bitte Sie, hier folgendes zu bedenken. Wir haben beim Honnefer Modell⁶⁰ damals bei den Ländern darauf hingewiesen, wenn wir hier nicht zu einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern kommen, daß wir dann im Wettlauf zwischen den sozialdemokratisch regierten und den christlich-demokratisch regierten Ländern jeweils vor Landtagswahlen an kein Ziel und an kein Ende kommen. Was die Öffentlichkeit heute will, ist das, was der Bundestag gefordert hat und was wir als Bundesregierung seit zwei Jahren als den einzig möglichen und richtigen Weg angesehen und dies auch öffentlich vertreten haben, nämlich ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern.⁶¹

In dieser EntschlieÙung ist das mit eingearbeitet, aber, Herr Bundeskanzler, ich bitte darüber hinaus doch darum, daß die Herren Ministerpräsidenten und der Herr Bundeskanzler vom Parteipräsidium in dieser Sache zu einer Aussprache gebeten werden; denn es nützt gar nichts, auch wenn im Bereiche der Kultusminister eine gewisse Bereitschaft vorhanden ist, aber die Finanzminister der Länder wieder dagegen sind. Hier muß zunächst auf der Ebene der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers ein klarer politischer Wille formuliert werden; dann bin ich der Auffassung, daß wir die Sache ohne Schwierigkeiten durchbringen werden. Das wird nicht mehr vor den Wahlen möglich sein, aber allein schon die Tatsache, daß der Bundeskanzler die Ministerpräsidenten noch vor den Wahlen in dieser Sache angesprochen hat und über die Regelung grundsätzlich zwischen den Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler Einmütigkeit erzielt worden ist, wird der SPD für dieses Feld jegliche Möglichkeit nehmen, gegen uns zu argumentieren.

Wenn wir mit dem Deutschen Gemeinschaftswerk und mit der „Formierten Gesellschaft“⁶² irgendeine Glaubwürdigkeit haben wollen, dann müssen wir Themen, die wir seit zwei Jahren als sehr notwendig vor der Öffentlichkeit vertreten, auch praktisch zu einer Regelung bringen, soweit uns das möglich ist. (*Lebhafter Beifall.* – *Schmidt:* Zur Geschäftsordnung!)

Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr Schmidt!

Schmidt: Darf ich darauf aufmerksam machen, daß um 14.30 Uhr die Sitzung des Fraktionsvorstandes beginnt und daß dann einige von uns weg müssen. Auf der anderen Seite sind hier aber noch einige Dinge zu verabschieden. Deshalb sollten wir jetzt versuchen, zu dieser Verabschiedung zu kommen. (*Dufhues:* Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn sie angenommen wird!)

⁶⁰ Vgl. Nr. 4 Anm. 24.

⁶¹ Die Bundesregierung forderte den Abschluß eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern über ein einheitliches System der Ausbildungsförderung (Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 57 S. 7964 und BULLETIN vom 20. Mai 1965 S. 699 f.).

⁶² Vgl. Anm. 16. Zur „Formierten Gesellschaft“ vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 160–170.

Adenauer: Ich darf noch eine Zwischenbemerkung machen, nebenan steht das kalte Büfett bereit. Herr Scheufelen hat sich noch zum Wort gemeldet. (*Dufhues:* Herr Scheufelen, können Sie verzichten? – *Unruhe.*)

Scheufelen: Wir haben die Feststellung gemacht, Veranstaltungen von 30 Minuten genügen völlig. Manchmal ist es sogar wichtig, daß ein Prominenter in ein Dorf mit 5.000 Einwohnern geht, wenn die örtlichen Stellen dieses Gemeinschaftsgefühl bekommen, dann bitte ich die Herren, nicht beleidigt zu sein, wenn Sie auch einmal einen Ort mit 5.000 Einwohnern aufsuchen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Die Rednerliste ist geschlossen. Bitte sehr, Herr Dufhues!

VERSCHIEDENES: LAGE IM STEINKOHLENBERGBAU, KULTURPOLITIK, DEUTSCHES GEMEINSCHAFTSWERK

Dufhues: Meine Damen und Herren! Es sind drei Entschlieûungen vorbereitet für die heutige Sitzung, und zwar 1. über die Lage des deutschen Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen – die Halden betragen dort 14 Millionen Tonnen, im September werden es 20 Millionen Tonnen sein –, 2. zur Kulturpolitik, 3. über das Deutsche Gemeinschaftswerk, wozu Herr Etzel berichten wird. Ich habe mit Herrn Dr. Barzel, bevor er eben wegging, gesprochen. Als Vorsitzender der Bundestagsfraktion würde er es auch sehr begrüßen, wenn wir diese Entschlieûungen heute verabschiedeten. Dabei legt er Wert darauf, daß die Entschlieûungen zur Kulturpolitik und zum Deutschen Gemeinschaftswerk sowohl von der Partei wie von der Fraktion verabschiedet werden. Er ist im Grundsatz mit den vorliegenden Entwürfen einverstanden, sie sollen aber heute nachmittag noch im Vorstand der Fraktion besprochen werden.

Zunächst darf ich vorschlagen, daß Herr Kraske den Entwurf einer Entschlieûung zur Lage im deutschen Steinkohlenbergbau verliest.

Kraske: Dieser Entwurf wird jetzt verteilt. Er ist auf Bitten von der Fraktion und der Partei von Herrn Dr. Stoltenberg gemacht worden. Er ist leider erst heute morgen um 11 Uhr bei uns eingegangen. Das gleiche gilt für die Entschlieûung zum Bergbau, die erst am Wochenende gemacht worden ist. Deshalb lag sie bisher nicht vor. Ich darf nunmehr vorlesen:

„In seiner Sitzung am 21. Juni 1965 hat sich der Bundesvorstand der CDU mit der Lage im deutschen Steinkohlenbergbau befaßt. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft die Kohle als wichtigsten Energieträger dringend benötigt. Die Bundesregierung wird daher vom Bundesvorstand der CDU dringend gebeten, ihre strukturellen Förderungsmaßnahmen für den Steinkohlenbergbau zu beschleunigen, indem sie die Verstromung der Kohle unterstützt, das Rationalisierungsgesetz für den Bergbau verbessert und die europäischen Gesetze für die Subventionierung des Bergbaus zu baldiger Wirkung bringt. Daneben muß dem deutschen Bergbau durch den Erlaß eines Ölvorratsgesetzes und eines Gesetzes über

die Genehmigungspflicht von Ölleitungen geholfen werden durch Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen.

Das Ziel der CDU ist zunächst, dem deutschen Steinkohlenbergbau Feierschichten zu ersparen und die vorübergehenden Absatzstockungen so schnell wie möglich zu beheben.

Der Bundesvorstand fordert die Bundesregierung daher auf, für den deutschen Bergbau Sofortmaßnahmen vorzusehen, die geeignet sind, sowohl die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bessern als auch für die Zukunft eine gedeihliche und solide Entwicklung dieses für die Bundesrepublik so wichtigen Wirtschaftszweiges zu gewährleisten. Diese Aussicht ist um so begründeter, als der Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik in seiner Leistung an der Spitze des Bergbaus im Gemeinsamen Markt steht.“ (*Kohl*: Schreiben Sie doch „wichtigen“ nicht „wichtigsten“!) Sie meinen „wichtigen Energieträger“! Die einen stört es nicht, aber den anderen hilft der Superlativ. (*Kohl*: Und dann das Wort „zunächst“, warum?)

Stecker: Ist es zweckmäßig, wenn wir dezidiert die Ölpipelines ansprechen? Viele kleine Leute, auch im Ruhrgebiet, verheizen heute Heizöl. Ich halte es nicht für klug, wenn wir nun sagen, wir wollen eine Genehmigungspflicht für alle Ölleitungen.

Kraske: Ich darf ein Wort zur taktischen Situation einer solchen Entschließung sagen. Ich bin überzeugt, daß sich eine solche Entschließung mit den Worten über das Öl positiv in den am Bergbau interessierten Kreisen auswirkt, während das im übrigen Bundesgebiet, auch in der Presse, kaum beachtet werden wird. Das kommt in die Presse des Ruhrgebietes. Und da brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Bergbau. (*Gerstenmaier*: Bei der württembergischen Konsumgüterindustrie wird uns diese Sache genauso vorgehalten wie die Investitionsabgabe⁶³, die wir heute noch vor uns halten nach 15 Jahren. – *Lebhafte Unruhe und Bewegung*.)

Burgbacher: Meine lieben Freunde! Wir haben eine Genehmigungspflicht für elektrische Leitungen, für Gasleitungen, auch für Erdgasleitungen, wir haben sie aber nicht für Öl. Das ist eine völlige Disparität in der Energiewirtschaft. Mit den Ölpipelines geschieht jetzt nichts anderes als das, was schon seit Jahren gesetzlich für die anderen vorgeschrieben ist.

Scheufelen: Man hat auf der einen Seite den Eindruck, aha, beim Öl soll man in seiner Konkurrenzfähigkeit abgewürgt werden; nämlich für denjenigen, der die Vorgänge nicht kennt. Dann müßte man sagen: Gleichstellung von Öl mit anderen Energieträgern hinsichtlich der Genehmigung.

Schmidt: Die wasserrechtliche Genehmigungspflicht von Ölleitungen ist eine Initiative von mir und ist vor etwa drei bis vier Monaten verabschiedet worden

63 Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952 (BGBl I S. 7).

im Bundestag.⁶⁴ (*Burgbacher*: Die wasserrechtliche?) Jawohl. (*Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich bin mir völlig klar darüber, daß über jeden Satz stundenlang diskutiert werden kann. Aber Sie können nicht täglich entgegennehmen, daß die Entscheidung an der Ruhr fällt, in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie uns nicht einmal die Möglichkeit geben, derart allgemein gehaltene Entschlüsse anzunehmen.

Machen Sie sich klar, daß die Halden an der Ruhr 20 Millionen Tonnen im September betragen und sehr negativ auf die CDU wirken, so daß die Wahlstimmung hier schlecht sein wird. Haben Sie bitte dafür Verständnis! (*Anhaltende Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Meine Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist angenommen. (*Kraske*: Die Kohlenfeinde! – *Unruhe*.)

Dufhues: Jetzt kommt die EntschlieÙung zur Kulturpolitik. Bitte sehr, Herr Rathke.

Rathke: „Die CDU hat durch die erfolgreiche Politik ...“ (*Kraske*: Ich würde zunächst sagen, wofür das gemeint ist.) Ja! Ich darf dazu folgendes sagen: Die EntschlieÙung zur Kulturpolitik soll noch vom Fraktionsvorstand mit beschlossen werden. Sie ist dazu da, um den Studentendemonstrationen, die für den 1. Juli angekündigt sind, vorauszugehen. Ich darf nunmehr vorlesen:

„Die CDU hat durch die erfolgreiche Politik des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus seit 1945 wesentliche Voraussetzungen für die großzügige, moderne Entwicklung von Wissenschaft und Forschung und des gesamten Bildungswesens im freien Teil Deutschlands geschaffen. Nachdem die schweren Zerstörungen des Krieges an unseren Hochschulen und Schulen beseitigt werden konnten, haben wir seit dem Ausgang der fünfziger Jahre in Bund und Ländern große, weitgespannte Programme für die Zukunftsaufgaben vorgelegt und groÙenteils verwirklicht. Noch niemals hatte die Jugend in Deutschland, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, so große Chancen des beruflichen Aufstiegs wie heute.

Die jährlichen Mittel von Bund und Ländern für Wissenschaft und Forschung wurden von 1956 bis 1964 von 1,1 auf 5,2 Milliarden DM, also um mehr als 450 Prozent, erhöht. Dazu kommen Leistungen der gewerblichen Wirtschaft im Umfang

64 Diskussion des Antrages der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Margulies und Genossen zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 18. Dezember 1963 (Drs. IV/1769) in der 134. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 55 S. 6631–6639). Zweites Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 6. August 1964 (BGBl I S. 611).

von 2,7 Milliarden DM. Damit ist der Anteil der Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung in den letzten acht Jahren von 1 auf 2 Prozent des gesamten Sozialprodukts angestiegen.

Die CDU/CSU will durch eine verantwortliche, konstruktive Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Herausarbeitung klarer Prioritäten im Rahmen des von Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard vorgeschlagenen „Deutschen Gemeinschaftswerkes“ die weitere schnelle Steigerung der Leistungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung sicherstellen. Ihr Ziel ist es, den Anteil der Wissenschaftsmittel am Bruttosozialprodukt bis 1970 auf 3 Prozent zu steigern. Sie sieht dabei folgende Aufgaben als vordringlich an.

1. Der schnelle Ausbau der alten und neuen Hochschulen muß durch eine weitere beträchtliche Steigerung der Länder- und Bundesmittel gesichert werden. 1965 stehen hierfür bereits mehr als 1,1 Milliarden DM gegenüber 350 Millionen DM im Jahre 1959 zur Verfügung. Der Bund soll dem Verwaltungsabkommen der Länder für die Finanzierung neuer Hochschulen möglichst bald beitreten. Seine Leistungen sind zusätzlich zu den im Abkommen vereinbarten Beiträgen der Länder zu gewähren.

2. Die Bundesmittel für die Atomforschung und Weltraumforschung in Höhe von jetzt 550 Millionen DM müssen in den nächsten fünf Jahren mindestens verdoppelt werden, um die wesentlichen Ziele der Programme der deutschen Atomkommission und der Kommission für Weltraumforschung zu erreichen. Besonderes Gewicht ist auf die verstärkte internationale Zusammenarbeit in EURATOM und in übernationalen Vertragssystemen für die Weltraumforschung zu legen. Der Übergang von der Atomforschung zur Atomtechnik und industriellen Nutzung der Atomenergie ist im engen Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig zu fördern.

3. Eine weitere Verbesserung und Vereinheitlichung der Ausbildungsförderung ist im Zusammenwirken von Bund und Ländern erforderlich. Bund und Länder müssen sich schnell verständigen, ob trotz einiger verfassungsrechtlicher Bedenken der vom Bundestag vorgeschlagene Weg eines Ausbildungsförderungsgesetzes beschritten oder ein Verwaltungsabkommen geschlossen wird. Die CDU/CSU lehnt dabei sozialistische Vorstellungen eines Studienhonorars oder einer undifferenzierten allgemeinen Förderung ohne Berücksichtigung der Leistungen des Geförderten und der wirtschaftlichen Lage der Familie ab.“ (*Zuruf*: Bei diesem Tempo versteht man nichts!)

„4. Die Förderungssätze und Bemessungsgrundlagen für die Studienförderung an den Hoch- und Fachschulen sollen noch im Jahre 1965 durch die zuständigen Ministerkonferenzen der Länder, die Bundesregierung und die parlamentarischen Gremien in angemessenem Umfang erhöht werden, nachdem durch die allgemeine Einkommensentwicklung der Prozentsatz der geförderten Studenten geringfügig zurückgegangen ist. Die besondere Förderung der Hochbegabten ist zu intensivieren.

Eine großzügige, konstruktive Bildungs- und Wissenschaftspolitik setzt die Entscheidung für klare Prioritäten und damit den Mut zum Verzicht und zur Begrenzung der Wünsche in anderen Bereichen voraus. Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit auf der Grundlage einer richtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik große Leistungen

für Bildung, Wissenschaft und Forschung ermöglicht. Sie wird ihre Anstrengungen verstärken und diese erfolgreiche Politik fortsetzen.“⁶⁵

Adenauer: Also, meine Herren, Sie haben es vielleicht verstanden; ich habe es nicht verstanden. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Es war zu schnell vorgelesen. – *Brauksiepe:* Das ist ja viel zu lang, das ist eine Regierungserklärung. – *Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, am entscheidenden Punkt versagt diese Erklärung. Es sind viele Worte, aber der eine Satz, auf den es ankommt, der ist nicht drin, nämlich: Zahlen wir die DM 320,- des Honnefer Modells oder nicht. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das ist richtig!) Die RCDS-Leute haben auch einige weniger gute, und einer von diesen weniger guten Leuten hat uns diesen ganzen Quatsch beschert mit dem 1. Juli. Nun möchten die Leute von diesem ganzen Unsinn wieder herunter. Wir kämen herunter nach der Meinung dieser Leute, wenn wir rechtzeitig sagen, in Gottes Namen DM 320,-. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Jetzt DM 280,-. – *Kraske:* Nein, DM 250,- ohne Büchergeld.) Ich habe den Herren gesagt: Ihr seid ja der reinsten Interessenverband, ihr müßt euch ja schämen! (*Unruhe und Bewegung.*) Sie sehen es nicht so, aber sie meinen, wenn es uns alle anderen vormachen und ihr da oben an der Spitze so weiche Brüder seid, ihr habt zum Schluß immer mit dem Kopf genickt, warum sollen wir es denn anders machen! Gebt uns jetzt eine Chance, die ganze Sache mit der Straße abzdrehen. Die einzige Chance ist: Was kriegen wir? – Und nun kommen wir mit einem so „wunderbaren“ Schriftstück, in dem der entscheidende Satz nicht drin ist.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Die Entschließung sieht vor, daß die Leistungen in angemessenem Umfang erhöht werden. Ich gebe zu, daß man das konkreter fassen kann, und schlage vor, diese Frage gleich in der Fraktion zu besprechen. Dann können wir es ja endlich verabschieden. Das Vertrauen sollte der Bundesvorstand den Vertretern des Fraktionsvorstandes schenken, daß sie hier mit uns in dieser Frage einig werden. Ich schlage vor, daß Sie mit dieser Maßgabe der Entschließung zustimmen.

Adenauer: Also mit anderen Worten, der Herr Dufhues sagt: Wir übertragen das der Fraktion. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Gerstenmaier: Entschuldigen Sie, was die Fraktion jetzt braucht, ist natürlich, daß sich der Bundesvorstand damit befaßt. Der Bundesvorstand hätte sich nicht damit zu befassen brauchen, aber der Bundesvorstand kann jetzt nicht mehr gut kneifen; denn sonst sagt gleich die Fraktion, was hören wir denn eigentlich von unseren besten Freunden, was meinen denn die dazu. Schluß! Es geht jetzt um DM 250,-, DM 275,-, DM 280,- oder DM 320,-. Darum geht es. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Das kann man nicht aus der Lamäng [la main] machen.)

Adenauer: Herr Dr. Schmidt!

65 Text der Entschließung mit leichten Änderungen in ACDP VII-001-024.

Schmidt: Ich glaube, wir sind wirklich überfordert mit dieser Art des Vorbringens, nämlich etwas vorzulegen, was man nicht genug vorbereitet hat. Nach meiner Auffassung hätte man es 24 Stunden früher haben müssen, um es einmal genau durchzustudieren.

Ich darf um eines bitten, nicht etwa jetzt der Fraktion zuzuschieben, weitere neue finanzielle Belastungen konkret zu übernehmen. Damit ist die Fraktion wirklich überfordert, nach alledem, was wir hinter uns haben. Diese Art von Interessenpolitik hat uns in eine Situation hineingebracht, die diese Fraktion auf die Dauer nach meiner Auffassung nicht weiter verantworten kann. Deshalb bitte ich, es dabei zu belassen, „in angemessenem Umfange erhöht werden“. (*Unruhe.*)

Adenauer: Bitte, Herr Heck!

Heck: Ich halte es zunächst für unmöglich, daß die Studenten nur zu erklären brauchen: Wir demonstrieren am 1. Juli, und wir antworten dann mit einer solchen Entschließung. (*Gerstenmaier:* Mit einer Defensiverklärung.) Das halte ich für völlig unmöglich. (*Teils Zustimmung, teils Widerspruch.*) Stellen Sie sich vor, das macht noch Schule! (*Anhaltend starke Unruhe. – Gerstenmaier:* Ich habe gesagt, jetzt gehen sie auf die Straße. Wir fordern die Leute doch damit geradezu auf, einen Mordswirbel zu machen.) Ich meine, lassen wir doch die Studenten demonstrieren; das ist der Ausdruck eines demokratischen Lebens in der Bundesrepublik. (*Teils Widerspruch, teils Zustimmung.*) Was das Honnefer Modell angeht, meine Herren, da täuschen Sie sich doch. Die Herren, die auf dem Studententag zusammen sind, sind doch nicht die, welche die Studentenschaft vertreten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) In den Genuß des Honnefer Modells kommen etwa 30.000 Studenten. Von diesen 30.000 Studenten ist der weit überwiegende Prozentsatz mit diesen Sätzen an sich zufrieden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der VDS lebt doch geradezu davon, daß er mehr fordert. Deshalb sollten wir nicht in der Weise reagieren und sagen: „den Anteil der Wissenschaftsmittel am Bruttosozialprodukt bis 1970 auf 3 % zu steigern“.

Ich glaube nämlich nicht, daß man uns als Partei noch ernst nimmt, wenn wir eine solche Entschließung verabschieden. (*Unruhe und Bewegung.*) Was aber wirklich in der Luft hängt, ist doch folgendes: Es wird seit geraumer Zeit zwischen Bund und Ländern verhandelt über das Honnefer Modell. Im übrigen sind die Widerstände gegen die Erhöhung der Sätze und die Erhöhung der Sozialgrenzen bei den Ländern, aber nicht beim Bund. Seit zwei Jahren ist dieses Thema in einer breiten Diskussion. Hieran sind gut eine Million Eltern interessiert. Das ist ein Thema, das wir heute nicht abschließend behandeln können. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich meine, man sollte das Honnefer Modell mit einem allgemeinen Satz und auch die Frage mit den Ausbildungsbeihilfen in der Weise ansprechen, daß wir ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern haben wollen.

Zur Ziffer 3 muß ich sagen, was hier steht, ist tatsächlich richtig. Der Bundestag hat mit den Stimmen aller drei Fraktionen die Bundesregierung aufgefordert, in der Sache ein Verwaltungsabkommen abzuschließen; das heißt, auch die Sozialdemokraten sind von ihrer Forderung abgerückt, daß die Sache gesetzlich geregelt werden

soll. Es liegt klar auf der Hand, daß die Länder nicht bereit sind, zu einem solchen Gesetz zu kommen.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Kraske.

Kraske: Ich muß gestehen, ich beurteile diese Demonstration am 1. Juli nicht so optimistisch wie Herr Minister Heck. Ob uns das paßt oder nicht – es wird uns allen nicht passen –, diese Demonstrationen finden statt zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl und werden mindestens über die Presse in bestimmten Kreisen eine negative Wirkung haben. Wenn uns jetzt unsere Freunde aus dem Bereich der Studentenschaft und der Hochschule sagen, ihr erleichtert die Situation für die CDU, wenn ihr vorher irgendeine Erklärung abgebt, dann würde ich mir nicht überlegen, ob man damit in Zukunft irgendwelche Verbände in ihren Forderungen unterstützt, sondern ich würde sagen, wenn wir diese Demonstrationen etwas abfangen können nach der Meinung von Leuten, die in diesen Dingen drinstehen, dann sollten wir es tun. Ernst genug ist so etwas vor einer Wahl.

Dieser Entwurf stammt von Herrn Dr. Stoltenberg in seiner Eigenschaft als einer der kulturpolitischen Sprecher und als einer der Haushaltsexperten der Fraktion. Ich habe Herrn Stoltenberg, Herr Präsident Gerstenmaier, vorher gesagt, die Sache steht und fällt damit, ob wir zu der Frage des Honnefer Modells hier etwas Klares sagen können. Herr Stoltenberg hat sich dazu offensichtlich nicht in der Lage gesehen. Ich bedaure, daß es hier nicht drin steht; denn nach vielen Erfahrungen habe ich die große Befürchtung, daß wir im Jahre 1966 trotz der schwierigen Haushaltslage uns doch dazu drängen lassen, auf die DM 320,- zu gehen, die überall im Gespräch sind, zu denen meines Wissens sogar auf unserem Bundesparteitag schon in die Zukunft hinein gesagt worden ist, jawohl, das muß kommen, nur 1965 geht es aus Haushaltsgründen nicht. Wenn wir aber erst 1966 zustimmen, dann werden wir nicht den Erfolg haben, sondern der Erfolg liegt allein bei denen, die jetzt danach schreien und drängen. Deswegen meine ich, über die Frage, ob DM 320,- hineinkommen oder nicht hineinkommen, können wir hier tatsächlich, wie Herr Dufhues schon gesagt hat, nicht entscheiden, sondern das müßte im Fraktionsvorstand gemacht werden, der dem ja mit zustimmen soll.

Adenauer: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich möchte mich Herrn Minister Heck anschließen, daß wir das Ausbildungsförderungsgesetz⁶⁶ des Bundestages herausstreichen sollten, um bei der von uns allgemein akzeptierten Forderung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zu bleiben. Das ist m.E. der einzig richtige und einzig gangbare Weg. Ich bin allerdings der Meinung von Präsident Gerstenmaier, daß der neuralgische Punkt, wenn man auf den 1. Juli gezielt etwas tun will, die Stellungnahme zu den DM 320,- ist. Eine Formulierung, wie sie hier gewählt wurde, ist nicht gut. Hier würde ich Herrn Minister Heck beipflichten; dann ist es besser, wir sagen überhaupt nichts dazu, als nur eine solch vage Aussage zu machen. Damit geben wir neuen

⁶⁶ Vgl. Anm. 61.

Anstoß für die Kundgebungen oder was immer zu erwarten ist, ohne daß die Leute von uns ein Gegenmittel an der Hand haben. Ich würde bitten, daß wir die Fraktion ersuchen sollten, hier eine konkrete Ziffer einzusetzen, oder aber den ganzen Abschnitt fallenzulassen.

Auch ich bin der Auffassung, daß es sich hier um eine reine Defensiverklärung handelt, und das halte ich für bedenklich. Wenn wir uns dazu durchringen könnten, diese Aussage, über die wir eben gesprochen haben, in der Fraktion zu machen, dann sollte das Ganze einen positiven Akzent erhalten, nicht im Sinne der Verteidigung, sondern im Sinne der Darlegung einer klaren Konzeption.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich habe vor wenigen Monaten das Vergnügen gehabt, die Sache der CDU vor der deutschen Studentenschaft zu vertreten. Ich habe damals eine Rede gehalten, die wahrscheinlich nicht schlecht angekommen ist, die ich aber sehr sorgfältig unter anderem mit Ihrem Ministerium, lieber Herr Heck, abgestimmt hatte. Darin waren auch Passagen enthalten zum Honnefer Modell, wie sie hier in der Entschließung enthalten sind.

Ich habe weiter mit unseren Freunden in der deutschen Studentenschaft die Probleme des 1. Juli besprochen. Es sind die Gutwilligen in der deutschen Studentenschaft, die auf unserer Seite stehen, die sich auch sehr tapfer gehalten haben in den harten Auseinandersetzungen damals in Bonn⁶⁷, die uns baten, ihnen in etwa entgegenzukommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, bei den vielen Kundgebungen am 1. Juli unsere Sache überzeugend zu vertreten.

Ich meine, wenn uns unsere Freunde darum bitten und wenn wir Vertrauen zu ihnen haben können, daß sie seriös sind und bleiben, dann sollten wir die allgemeinen Bedenken zurückstellen. Die Frage der Anhebung der Sätze des Honnefer Modells sollten wir in der Tat noch einmal mit dem Vorstand der Fraktion besprechen, um hier zu einer konkreten Entscheidung zu kommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich mache jetzt drei praktische Vorschläge, den Text hier zu verlassen. Der bringt uns auch im harten Kampf mit der SPD in diesem Punkt einfach gar nichts. Die SPD überrundet uns bei den Studenten mit ihrer Demagogie. Wir müssen, wenn wir überhaupt etwas sagen, angriffsfreudiger, offensiver werden und unter keinen Umständen so objektiv und defensiv sein. Ich schlage vor, daß wir dem Präsidium oder dem Fraktionsvorstand aufgeben oder ihn bitten, eine Entschließung zu fassen, die etwa so aussieht:

1. Die CDU vertritt mit aller Entschiedenheit nach wie vor und in die Zukunft hinein die Freiheit des Studiums und des deutschen Hochschulwesens. Das bedeutet, daß sie den sozialistischen Grundgedanken vom Staatsstudenten ablehnt. – Das erscheint hier zwar in Gestalt von sozialistischen Studienhonoraren, in Wirklichkeit

⁶⁷ Rede Dufhues vor dem Deutschen Studententag am 26. April 1965 in Bonn (Wortlaut in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; Bericht in UiD Nr. 17 vom 29. April 1965).

handelt es sich um die Neuaufnahme des alten Menzelschen Gedanken⁶⁸ vom Staatsstudenten. Man studiert für den Staat und hat deshalb Anspruch auf ein Staatsgehalt.

Zweitens sollten wir sagen, daß wir diese Gedanken des sozialistischen Staatsstudenten radikal ablehnen, weil er unweigerlich Konsequenzen nach sich zieht, die die Freiheit der Studenten, des Studiums und des Hochschulwesens auf das empfindlichste allmählich einengen müssen.

3. Die CDU ist bereit, die gegenwärtigen Studentensätze zu überprüfen und im Bundeshaushalt 1966 an die Weiterentwicklung anzubringen. – Eine präzise Zahl können wir nicht sagen. (*Zuruf:* „Allgemein“ könnten wir sagen. – *Dufhues:* Darf ich vorschlagen, daß wir Herrn Gerstenmaier bitten, diese Erklärung einmal vorzulegen, Herr Bundeskanzler!) Wir müssen unseren Leuten im RCDS helfen, so gut wie wir es können, aber ich bezweifle, daß wir es mit dieser Betrachtung erreichen. Wir müssen aus der Defensive heraus in die Offensive gehen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Schmidt:* Wir dürfen uns jetzt nicht festlegen für 1970. Das geht zu weit. – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Dann wird Herr Gerstenmaier diese Ansicht vertreten als unsere Ansicht im Vorstand der Fraktion. (*Zurufe:* Sehr gut!) Wenn der Fraktionsvorstand etwas anderes will, muß er es beschließen. (*Zurufe:* Sehr gut!)

Dufhues: Jetzt kommt der Entwurf der Entschließung zum Deutschen Gemeinschaftswerk.

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß diese Erklärung erst heute morgen auf den Tisch gekommen ist. Das liegt aber zum großen Teil an den Terminschwierigkeiten. Am Donnerstag war Fronleichnam, am Freitag war zwar ein Arbeitstag, aber am Samstag und Sonntag waren wiederum keine Arbeitstage. So kam es erst heute auf den Tisch.

Die Idee des Deutschen Gemeinschaftswerkes stammt nicht von mir, es ist die Idee, die Herr Professor Erhard in der Schlußkundgebung des Parteitag am 31. März 1965 in Düsseldorf verkündet hat. Ich sage ganz offen, ich war gegen die Idee zunächst außerordentlich skeptisch. Ich bin dann aber erstaunt gewesen, die positive Reaktion zu sehen, die der Parteivorstand in diesem roten Heft im einzelnen zusammengestellt hat.⁶⁹ Diese Erklärung hat also eine politische Wirksamkeit gezündet. Herr Professor Erhard hat sie verkündet. Das Präsidium der Bundespartei hat bereits sein Ja dazu gesagt. Das ist auch veröffentlicht worden. Deswegen haben wir auch als Partei, so glauben wir, etwas dazu zu sagen.

Nun ist es nicht meine Aufgabe, Ihnen über den Sinn des Gemeinschaftswerkes heute einen Vortrag zu halten. Ich darf aber darauf hinweisen, daß der „Deutschland-Union-Dienst“ in der Sonderausgabe vom 10. Juni 1965 in 17 Thesen diese Idee des

⁶⁸ Dr. Walter Menzel (1901–1963), Rechtsanwalt und Notar; 1946–1954 MdL NW (SPD, 1946–1950 Innenminister), 1949–1963 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 12.

⁶⁹ Vgl. Nr. 10 Anm. 48.

Deutschen Gemeinschaftswerkes beschrieben hat. Als die Idee ausgesprochen war, kam sie in die Fraktion, und zwar in den dort von mir geleiteten Arbeitskreis „Haus- halt, Finanzen und Steuern“, wo sie eingehend erörtert wurde mit dem Pro und Contra, und zwar mit dem Ergebnis, daß das zunächst eine Angelegenheit der Bundespartei sei. Die Bundespartei, hier repräsentiert durch den Bundeswirtschaftsausschuß, legt Ihnen zunächst einen Bericht vor.

Es hat dann eine Besprechung bei Bundeskanzler Erhard stattgefunden, an der auch der Fraktionsvorsitzende Barzel beteiligt war, mit dem Ergebnis, daß beide mich gebeten haben, die Problematik, die hier aufgetaucht ist, zu untersuchen. Ich habe darauf den Bundeswirtschaftsausschuß am 20. Mai einberufen. Der Bundeswirtschaftsausschuß hat in einer Grundsatzdebatte über Pro und Contra eingehend diskutiert und dann einen Arbeitskreis gebeten, sich dieser Problematik einmal anzunehmen. Hier sind die Namen dieses Arbeitskreises: Binder⁷⁰, Burgbacher, Etzel, Hellwig, Hettlage⁷¹, Müller-Armack, Schiettinger⁷², Otto Schmidt, Schöllhorn⁷³, Strickrodt⁷⁴ usw.

Wir haben in mehreren Sitzungen die Problematik erörtert und zu der Frage Stellung genommen, soll die Partei zu dem Gedanken des Gemeinschaftswerkes noch vor der Bundestagswahl etwas Konkretes sagen oder nicht.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, im politischen Raum muß etwas gesagt werden. Wir können natürlich nicht die Bundestagsfraktion hinsichtlich der Einzel- formulierungen bereits festlegen. Deswegen die Idee, daß der Bundesparteivorstand zu den Grundgedanken ein grundsätzliches Ja sagen soll. Die Erklärung ist in ihrer Formulierung außerordentlich vorsichtig gehalten. Sie legt das Gemeinschaftswerk in seinem Aufbau noch keineswegs fest, sagt aber zur Grundidee ja.

Es ist zunächst die eindeutige Feststellung, daß zwischen dem individuellen Wohlstand, den wir entwickelt haben, und dem sozialen Wohlstand in der Infrastruktur noch eine große Kluft klafft. Diese Tatsache benutzt die SPD zu einer ganzen Menge von Angriffen gegen uns. Wir haben bis zur Idee des Gemeinschaftswerkes konkrete Dinge zu diesem Problem nicht bieten können.

70 In der Vorlage: Winter. – Dr. Paul Binder (1902–1981), 1946–1952 und 1954–1960 MdL. Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50 Anm. 25.

71 Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist, Professor für Öffentliches Recht; 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 864 Anm. 82.

72 In der Vorlage: Kiesinger.

73 In der Vorlage: Schönhäuser. – Dr. Johann B. Schöllhorn (geb. 1922), Finanz- und Wirtschaftsexperte; 1952–1955 Mitarbeiter am Ifo-Institut in München, seit 1956 im Bundeswirtschaftsministerium, 1963–1967 Leiter der Unterabteilung „Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik und der internationalen Zusammenarbeit“, 1967–1972 Staatssekretär.

74 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), 1954–1971 Professor für Öffentliches, Finanz- und Steuerrecht TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 30.

Die Idee ist die, daß wir eine Institution, also ein besonderes Organ schaffen, auf das Bund und Länder Einfluß haben müssen, das sogenannte Gemeinschaftsaufgaben zu lösen hat. Was Gemeinschaftsaufgaben sind, so will ich einfach definieren, sind Aufgaben, die über den lokalen Raum hinausgehen, z. B. Verkehrsprobleme, Gesundheitsprobleme, Schulprobleme usw., also alles Dinge, die in einer Gemeinschaft gesehen und gelöst werden müssen. Die Definition der Gemeinschaftsaufgaben wird erfolgen durch die Kommission, die die Bundesregierung zwecks Fassung der Steuerreform eingesetzt hat. Ich habe die Formulierungen gesehen. Ich glaube, sie sind gut. Ich kann sie deswegen nicht vortragen, weil ich kein Recht habe, dieser Kommission vorzugreifen.

Die Hauptidee ist die, wenn man die Institution schafft, welche Funktion soll sie haben. Eine große Funktion ist die, daß wir arbeiten müssen an den Problemen im Rahmen einer absoluten Währungsstabilität. Diese Währungsstabilität kann nur garantiert sein, wenn die Mittel, die aufgebraucht werden, so eingesetzt werden, daß keine Übernachfrage gegenüber dem Angebot besteht. Deswegen sollen die Mittel in erster Linie genommen werden aus dem Zuwachs des Steuerzugesanges gegenüber den bisher vorhandenen Mitteln. Das sind zwei Quellen. Die eine ist die der sogenannten Steuererhöhungen. Daß die Menschen durch höhere Einnahmen in höhere Steuersätze kommen, ist hier nicht gemeint, sondern gemeint ist die Differenz zwischen dem realen und dem nominalen Zuwachs. Dieser Zuwachs muß richtig eingesetzt werden.

Zum zweiten sollen diese Mittel eine zyklische und eine antizyklische Aufgabe haben. Unter „antizyklisch“ wäre zu verstehen, daß in der Konjunktur, die z. Z. überschäumt, die Mittel vorsichtig verwandt werden. Aber nun kommt etwas sehr Wichtiges, worauf die Zeitschrift „Der Volkswirt“ vom 28. Mai hingewiesen hat⁷⁵, daß nämlich das Zeichen unserer heutigen Gesellschaft eine Wohlfahrtsgesellschaft ist, eine Gesellschaft der Vollbeschäftigung, und daß in dem Augenblick, wo hier Probleme auftauchen, die wir in den dreißiger Jahren erlebt haben, ein Instrument da sein muß, darauf einzuwirken, damit die Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Also eine große, wichtige und zentrale Aufgabe.

Es kommt weiter hinzu, daß wir im Moment der Wiedervereinigung ein derartiges Instrument brauchen, um Gemeinschaftsaufgaben überregional in West- und Ostdeutschland lösen zu können.

In enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern soll die föderative Struktur nicht aufgehoben, aber koordiniert werden, was, wie Herr Professor Mikat gesagt hat, eine zentrale Handhabung der Dinge bedeuten würde. Wir lösen damit diese Probleme in einem großen Umfange. Die Gemeinschaftsaufgaben in einer solchen

75 In der Vorlage: 21. Mai. – Der erwähnte Beitrag findet sich in „Der Volkswirt“ Nr. 21 vom 28. Mai 1965 S. 1002 f.: „Gemeinschaftswerk – mehr als ein Wahlschlager? Kein Ersatz für die Finanzreform“ (Autor: Karl Otto PÖHL).

Institution sollten nicht kurzfristig von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, sondern in einer längerfristigen Finanzaktion durchgeführt werden.

Ich glaube also, nachdem ich die Probleme eingehend diskutiert habe, meiner ursprünglichen Skepsis keinen Raum mehr geben zu dürfen, sondern meine jetzt, daß in der Tat in dieser Idee ein politisches Aktivum steckt, mit dem wir auch der SPD gegenüberreten können, die uns ja immer wieder das vorwirft, z. B. in der letzten Notstandsdebatte.⁷⁶

Es kommt hinzu, daß sich nunmehr die Partei nicht in Schweigen hüllen kann vor dem Bundestagswahlkampf. Ich glaube, daß die vorgeschlagene Formulierung, zu der ich noch ein paar kleine Änderungen auf Anregung des Kollegen Schmidt vortrage, ein allgemeines Ja finden wird, ohne in der technischen Durchführung das Letzte festzulegen. (*Krone*: Herr Etzel! Die Mittel sind doch für die Parlamente gesperrt!) Das ist das Problem, daß es aus der Zuständigkeit des Parlaments herauskommen müßte, aber daß das Parlament grundsätzlich dafür sorgen muß, daß das Problem des Julius-Turms⁷⁷ nicht wieder auftaucht. (*Adenauer*: Das taucht dann wieder auf!) Darf ich zur Klärung mich darauf beschränken, daß das jetzt nicht mehr im einzelnen verlesen wird, sondern daß ich nur noch die Änderungswünsche vortrage. Ich würde vorschlagen, auf Seite 1 Absatz 2 in der Zeile 4 zu sagen: „in deren Mittelpunkt der freie, sich in bewußter Entscheidung dem Ganzen verpflichtet fühlende Mensch steht. Zur Verwirklichung dieses Leitbildes einer ‚Formierten Gesellschaft‘ bedarf es noch mehr als bisher einer wirksamen Daseinsvorsorge ...“. Im übrigen enthält die Formulierung in großen Zügen das, was ich hier nur skizzenhaft vortragen konnte.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Deutsche Gemeinschaftswerk das Kernstück der Finanzreform sein muß. Die Finanzreform und das Gemeinschaftswerk müssen natürlich in einem Gesetz verabschiedet werden.⁷⁸ Das Ziel dieser Erklärung ist, daß die Fraktion gebeten wird, die Bundesregierung zu ersuchen – die neue Regierung –, im Parlament einen Vorschlag über diesen ganzen Fragenkomplex zu machen.

Adenauer: Also, meine Herren, meine Meinung will ich Ihnen sagen. Ich halte es für unmöglich, daß man uns zumutet, eine derart völlig unübersehbare Angelegenheit im Handumdrehen in zehn Minuten nach 2 Uhr heute hier zu erledigen, nachdem wir es heute erst schriftlich bekommen haben. (*Etzel*: Das ist aber nicht meine

76 Vgl. Rede Erlers in der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1965 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 59 S. 9537–9545).

77 Gemeint ist der sog. Julisturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau der Bundeswehr hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 64 Anm. 27.

78 Erhards Plan vom „Deutschen Gemeinschaftswerk“ als Kernstück der Finanzreform wurde so nicht realisiert (HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 168 f.).

Schuld!) Sie wissen ganz genau, Herr Etzel, die meisten von uns ... (*Etzel*: Herr Bundeskanzler! Es ist nicht meine Schuld, daß das jetzt erst vorliegt!) Aber Sie verlangen von uns, daß wir jetzt ohne weiteres, ohne es zu kapieren, dazu ja sagen sollen. Wenn die anderen Herren es tun wollen! (*Unruhe und Bewegung.* – *Gerstenmaier*: Zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir jetzt überhaupt nicht zur Sache diskutieren können. Wir stehen jetzt schon unter großem Zeitdruck, wenn wir nachher noch zur Fraktionsvorstandssitzung gehen wollen. Wir können jetzt nicht in der Sache diskutieren. Die Frage ist, was soll geschehen, damit die Sache weiter behandelt werden kann. Jedenfalls bin ich der Meinung, daß die Sache so nicht verabschiedungsreif ist vom Bundesparteivorstand der CDU. (*Unruhe und Bewegung, teils Zustimmung, teils Widerspruch.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Ich habe mich bereit erklärt, an dieser Sache mitzuarbeiten, obwohl ich die schwersten Bedenken und Einwendungen geltend gemacht habe vom verfassungsrechtlichen und vom finanzpolitischen Standpunkt her. Bestimmend war folgendes, daß uns 1. ein Beschluß des Präsidiums vorgelegt wurde, der uns präjudizierte, 2. eine Veröffentlichung im CDU-Pressedienst von 17 Thesen, die außerordentlich massiv uns festlegten, so daß also für irgendeine Kontraststellung überhaupt kein Raum mehr war. (*Unruhe.* – *Gerstenmaier*: Na also!) Ich habe zunächst versucht, einen Antrag der Fraktion im Bundestag zu verhindern, der jetzt noch eine amtliche Drucksache werden sollte. Ich habe gesagt, dazu ist die Fraktion nun wirklich überfordert. Die Fraktion muß Zeit haben, das Für und Wider einer so wichtigen Sache, die uns auf Jahrzehnte hinaus festlegt, nämlich bis in die Wiedervereinigung hinein, zu erörtern. Dann habe ich nur die Konzession gemacht und gesagt, wenn es also darum geht, einen Grundgedanken, den der Bundeskanzler in Düsseldorf verkündet hat, sagen wir mal, politisch gängig zu machen und für diesen Wahlkampf zu nutzen, dann bin ich dafür, daß das zuständige Gremium, nämlich der Bundesvorstand, eine Art Wahlmanifest zu dieser Sache herausgibt, die möglichst weitgehend nicht in Einzelheiten eintritt, wie das in dem ursprünglichen Entwurf, den wir hatten, vorgesehen war.

So ist das hier dann zustande gekommen, was ich auch nur empfehlen kann, unter Zurückstellung erheblicher Bedenken, die möglicherweise ausgeräumt werden könnten, aber die in einer sorgfältigen Sachdiskussion der führenden Mitglieder zunächst erörtert werden sollten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Krone.

Krone: Ich sehe diese Entschliebung wie die andere von vorhin allein unter dem Gesichtspunkt der Wahl, weil sie in Düsseldorf formuliert worden ist. Mehr kann es nicht sein. Jährlich sollen nämlich der Bund und die einzelnen Länder für das Deutsche Gemeinschaftswerk ihre Mehreinnahmen aus Steuern abführen. Der Bund und die Länder müssen zustimmen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Aber wer glaubt, daß es so kommt, der ist ein großer Idealist. Ich bin es nicht; aber unter dem Gesichtspunkt

der Wahlen stimme ich hier auch zu. Dann müssen wir nachher eben weitersehen, wie es wird. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich glaube, irgendetwas in dieser Richtung muß doch gesagt werden. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Frage ist, sind wir hier schon zu sehr im Detail? Die langfristige Bindung usw., das alles bedarf noch eingehender Überlegungen, aber in dieser Formulierung hier sehe ich keine Gefahr. (*Etzel:* Wir haben lange überlegt, um keine endgültigen Bindungen vorzunehmen. – *Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Hier sind also vorgesehen Änderungen des Grundgesetzes. Wir haben also notwendig die Zustimmung der Sozialdemokraten. Wir machen doch nichts anderes als eine Wahlpropaganda, die jeder als solche erkennt! (*Unruhe und Bewegung.*) Dann will ich Ihnen mal etwas anderes sagen, meine Herren! Wir werden ja mit unserer Bewaffnung noch mehr Ausgaben haben. Machen Sie sich das doch klar! Nun sollen alle Mehreinnahmen dafür verwendet werden? (*Etzel:* Es bestehen doch noch andere Mehreinnahmen, die sicherlich dem Haushalt zugute kommen. Ich glaube, das, was Kollege Schmidt sagte, ist richtig, nämlich eine wahltaktische Notwendigkeit. – *Unruhe.*) Wenn Sie das nur wollen, dann kann man doch sagen: Der Bundesvorstand begrüßt den Vorschlag des Bundeskanzlers usw. usw. Er wird sich in einer weiteren Sitzung darüber beraten. – Aber damit, meine Herren, machen wir uns doch allmählich lächerlich. Das muß ich Ihnen wirklich sagen. Und als Vorsitzender der Partei mache ich das nicht mit! Es wird uns hier etwas vorgelegt, und wir müssen dann nach x Stunden einfach im Handumdrehen beschließen? Nein! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das Wort hat Herr Russe!

Russe: Herr Bundeskanzler! Ich bitte um Verzeihung, wenn ich jetzt etwas dazu sage, aber ich darf doch die gegenteilige Meinung vertreten. Wir machen uns lächerlich, wenn wir uns in irgendeiner Form von dem distanzieren, was der Bundesparteitag bereits zum Ausdruck gebracht hat. Der Bundeskanzler hat auf dem Bundesparteitag gesprochen als der Regierungsvorsitzende, den unsere Partei stellt. Wenn wir uns jetzt in irgendeiner Form davon distanzieren sollten oder würden, wäre das eine sehr große Problematik für den Wahlkampf. Ich bin der Meinung, daß wir unter diesem Aspekt den von einem Sachverständigengremium im einzelnen geprüften Vorschlag des Bundeskanzlers auch in dieser Form jetzt akzeptieren sollten.

Wir haben doch letzten Endes in unserer Partei die Sachverständigengremien, damit sie den Bundesvorstand beraten. (*Adenauer:* Wissen Sie denn auch, wer?) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, ich meine das Sachverständigengremium, das sich zusammensetzt aus den Herren, die Herr Etzel hier vorgetragen hat, und das hat doch sein Votum hier vorgelegt, und zwar einstimmig. Herr Schmidt hat das noch ergänzt durch seine persönlichen Vorbehalte, die er schließlich aber dann auch zurückgestellt hat aufgrund der Situation, wie sie sich im Wahlkampf ergibt. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir können also gar nicht, wenn wir einen Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik noch ernst nehmen wollen, anders verfahren, als klar und deutlich diesen Sachverständigen unsere Anerkennung zu gewähren. Ich bin auch der Meinung,

Herr Bundeskanzler, daß das weitestgehend hier so ausgedrückt ist, daß uns in keiner Form für die nächste Legislaturperiode bereits eine „Reformation“ auf den Tisch gelegt worden ist, sondern daß es sich um rein wahltaktische Überlegungen handelt. Wir können nicht hergehen und den Bundeskanzler – ich sage das noch einmal – in dieser Form jetzt verlassen. Ich bin auch der Meinung, man kann deshalb nicht sagen, man stimmt zu, denn das würde auch zum Ausdruck bringen, daß wir jetzt nachträglich erst dem Bundeskanzler unser Votum geben. (*Gerstenmaier*: Das steht doch hier! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: „Nur“ meint er!) Das muß geändert werden, Herr Präsident! Aber wir können jetzt nicht nachträglich erklären, wir stimmen zu, nachdem der Bundeskanzler auf dem Parteitag das Gemeinschaftswerk bereits als CDU-Sache verkündet hat. Die ganze Presse war voll von dieser Neuerung, von dieser neuen Wirklichkeit, und man erwartet auch Entsprechendes von dem Deutschen Gemeinschaftswerk. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Das ist ja wunderbar! Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn der Bundeskanzler als Bundeskanzler vor dem Bundestag Erklärungen abgibt, die nach Artikel 65 des Grundgesetzes⁷⁹ in seiner Verantwortung stehen. Wenn er aber als Parteimitglied auf dem Bundesparteitag etwas verkündet, ohne auch nur ein einziges Wort vorher mit einem Manne gesprochen zu haben, der hier in einem Gremium sitzt, kein Wort – ich weiß heute noch nicht, was „Formierte Gesellschaft“ ist –, (*Starke Unruhe, teils Zustimmung, teils Widerspruch*) kein Wort, meine Herren, dann sollen wir alle dem, was überhaupt an Konsequenzen daraus abgeleitet wird, hier zustimmen? Das sollen wir wiederum ohne Sachberatung tun! Und das geht nicht, meine Herren! Das tue ich nicht! (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig! – *Weitere Zurufe*: Sie waren doch eingeschaltet!⁸⁰) Auch wenn alle damit einverstanden sind. Ich bin mit der Methode jedenfalls nicht einverstanden! (*Lebhafte Unruhe*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Wir können aus der Sache nur heraus, Herr Bundeskanzler Adenauer, mit den Worten: Sollen, sollen und nochmals sollen! Dann ist es ein Wahlmanifest. Das ist mein Vorschlag. Geben Sie nach, Herr Bundeskanzler! (*Starke Unruhe*. – *Etzel*: Sie haben doch zugesagt im Präsidium!)

Dufhues: Einen Moment, meine Herren! In den einleitenden Bemerkungen habe ich darauf hingewiesen, daß weite Schichten der Wählerschaft programmatische Erklärungen und Verlautbarungen der CDU vermissen. In diesem Zusammenhang habe ich betont, daß einer der Ansätze von programmatischen Erklärungen das Deutsche Gemeinschaftswerk ist. Wir sind uns in diesem Gremium einig darüber,

79 Art. 65 GG regelt die Befugnisse in der Bundesregierung. Satz 1 legt fest: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“

80 Die Erklärung des Präsidiums der CDU zum „Deutschen Gemeinschaftswerk“ vom 3. April 1965 wurde von den Präsidiumsmitgliedern im Umlaufverfahren gebilligt (Schreiben Kraske vom 24. Juni 1965 in ACDP VII-001-054/1).

daß der Wahlkampf vor allem mit Professor Ludwig Erhard geführt werden muß. Er hat in der Vorbereitung des Wahlkampfes das Deutsche Gemeinschaftswerk formuliert und verkündet. Wenige Tage nach dem Bundesparteitag hat das Präsidium der CDU einstimmig, auch unter Mitwirkung von Herrn Präsidenten Gerstenmaier, diesem Deutschen Gemeinschaftswerk und den Vorschlägen von Professor Erhard zugestimmt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Da war ich übrigens nicht anwesend. Ich habe das ganz genau gelesen vom Deutschen Gemeinschaftswerk, aber, meine Herren, wer von Ihnen behauptet, das zu verstehen, dem sage ich, ich verstehe es nicht.

Dufhues: Darf ich aus meiner Erinnerung sagen, Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir müssen wegen der Anwesenheit noch einmal die Protokolle nachsehen. Ich halte es für dringend notwendig, nachdem sich die Dinge so entwickelt haben, daß das der einzige entscheidende konkrete Ansatz eines Programms der CDU für diesen Wahlkampf ist und daß wir in dieser Linie fortfahren.

Nun kann man doch nicht behutsamer vorgehen, verehrter Herr Gerstenmaier, als daß man die Freunde der Partei und der Fraktion bittet, die bekannt dafür sind, daß sie sehr haushälterisch denken, daß es das erste Anliegen ihrer Politik ist, Formulierungen zu finden, die die Vorschläge von Erhard mehr konkretisieren. Hier wird auch nichts festgelegt, was nicht die Freiheit der Fraktion und des Parlaments in allen wesentlichen Fragen noch offen läßt. (*Gerstenmaier:* Es tut mir leid, ich sehe es genau anders! – *Zurufe:* Sehr richtig. – *Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß nicht, wie Sie den Wahlkampf führen wollen, wenn Sie jetzt drei Monate vor der Wahl in solchen entscheidenden Fragen bei der propagandistischen Vorbereitung einer Wahl derartig bremsen und derartige Bedenken haben. (*Adenauer:* Damit wollen Sie den Wahlkampf führen, Herr Dufhues?) Das ist eine der Möglichkeiten. (*Adenauer:* Eine Idee.) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, seit Jahren redet die SPD nur von Gemeinschaftsaufgaben, und alles taumelt in diese Diskussion hinein. Wir machen hier zum erstenmal konkrete Vorschläge in dieser Richtung. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Wie sollen wir es machen? Bitte sehr, Herr Krone.

Krone: Wir sind uns einig in den großen Forderungen nach reiner Luft, nach reinem Wasser, nach Bildung, nach der Wiedervereinigung usw. So rede ich, wenn ich darüber rede. (*Stürmische Heiterkeit und Unruhe.*) Aber hier sind die Wege gewiesen: Investitionsprogramm und Finanzierung des Deutschen Gemeinschaftswerkes sind von den dafür berufenen Organen festzulegen, das heißt, Bund und Länder bilden ein Organ, und die Parlamente müssen zustimmen. Natürlich ist das ein Problem. Aber trotz dieser Bedenken sage ich zu dieser Prinzipienerklärung zunächst einmal ja, und nach der Wahl werden wir darüber weiterreden. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Bitte Ruhe, einer nach dem anderen. Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie die Sache formulieren, daß wir uns nicht festlegen? Die Formulierung von 1 bis 4 ist doch eine materielle

Festlegung des Bundespartei Vorstandes. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Sie mögen es aus wahltaktischen Gründen für notwendig halten, aber es ist doch eine andere Sache, ob wir uns hier für ein Kernstück des Regierungsprogramms festlegen müssen, ohne daß wir auch nur eine Möglichkeit haben, materiell darüber zu sprechen. (*Anhaltende Unruhe. – Gradl: Darf ich einen Vorschlag machen?*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Gradl!

Gradl: Gegen den Absatz 1 und 2 ist überhaupt nichts zu sagen. Dann geht es aber auf Seite 1 unten los. Ich schlage vor, daß wir den ersten Satz stehenlassen und die weiteren Sätze unter Ziffer 1 streichen.

Gegen die Ziffer 2 ist nichts zu sagen; ebenfalls auch nichts gegen die Ziffer 3. Über die Ziffer 4 kann man streiten. Aber wenn man es so formuliert, wie es jetzt gesagt worden ist, daß wir statt „zu verabschieden“ nunmehr sagen „festlegen“, dann ist doch auch die Ziffer 4 zu akzeptieren.

Wovor man wirklich Sorge haben muß, ist die Ziffer 1, nämlich der zweite und der dritte Satz. Das sind Festlegungen, die gehen natürlich zu weit. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Ich möchte sie jedenfalls nicht verantworten. Aber alles andere gibt eine Grundlinie, und die sollten wir auch sagen, denn was sollten wir sonst sagen. (*Anhaltende Unruhe. – Etzel: Aber, Herr Gradl, genau das ist es doch, was Herr Erhard in Düsseldorf erklärt hat.*) Worauf kommt es Ihnen denn nun an, Herr Etzel? Kommt es Ihnen darauf an, für die Wahl eine Deutung dessen, was Herr Erhard gesagt hat, zu geben in dem Sinne von Kennedy „neue große Linien und neue große Grenzen“, oder wollen Sie hier schon eine materielle Regelung? (*Unruhe.*) Wenn Sie das wollen, dann kann ich nur sagen, das gehört nicht hierher, dafür müssen wir schon mehr Zeit haben, um uns darüber auszusprechen. (*Gerstenmaier: Das ist eine Schutzformulierung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Stecker.

Stecker: Ich meine, ohne dieses ist die Sache eher negativ als positiv zu beurteilen. Ich sehe es so, daß wir diese Probleme nach vorne hin überwinden müssen, auch den Föderalismus überwinden müssen. Wie wollen Sie es denn machen, wenn Sie nicht einmal eine solche Richtung aufzeigen? Ich bin der Meinung, daß das nur dadurch möglich ist, daß wir z. B. auf die Mineralölsteuer einige Pfennige drauflegen. Daß wir konkretisieren bei den Bildungsfragen usw. Alles das läßt sich doch in diesem Rahmen machen. (*Starke Unruhe.*)

Adenauer: Das läßt sich in diesem Rahmen eben nicht machen. Es ist doch folgendes, die Selbständigkeit der Gemeinden usw. wird doch alles kaputtgemacht. (*Anhaltende Unruhe.*) Lesen Sie doch, was hier steht, das ist kaputt damit! (*Etzel: Wenn Sie die 17 Thesen ansehen, die die Partei veröffentlicht hat, da steht ausdrücklich drin, daß die gemeindliche Selbständigkeit bestehen bleibt.*) Die Gemeinden wollen mehr haben! (*Etzel: Das sollen sie haben.*) Woher denn? (*Etzel: Aus den Mitteln, die aus dem Sozialprodukt erwachsen. – Dufhues: Es sind z.Z. kommunale Aufgaben.*) Aufgrund des Sozialprodukts? (*Starke Unruhe.*) Das Wort hat Herr Noltenius.

Noltenius: Ich finde, daß die Sache so wichtig ist, daß sie jetzt nicht übers Knie gebrochen werden kann. Ich meine, daß wir einen Fehler machen, wenn wir jetzt versuchen wollten, aufgrund dieses Textes zu einer Entschlieung zu kommen. Das muß und kann auch bei einer späteren Gelegenheit nochmals vorgetragen werden. (*Unruhe und Bewegung.* – *Dufhues:* Nach der Wahl, würde ich vorschlagen, am 20. September! – *Kraske:* Nach der Wahl! – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Warum nicht, meine Herren, wir können doch vorher noch einmal zusammenkommen. (*Anhaltende Unruhe.*) Bitte sehr, Herr Scheufelen.

Scheufelen: Es ist doch hier nichts drin, was eine zukünftige Fraktion bindet. Es ist nur festgestellt der Tatbestand, daß wir bei der gegenwärtigen Finanzstruktur nicht mehr in der Lage sind, die Aufgaben, die auf uns zukommen, zu lösen. Das ist das Problem jedes Parlaments, von der Gemeinde bis zum Bund. (*Unruhe und Zuruf:* Allerdings!) Wir stellen fest, hier ist eine Notwendigkeit gegeben, und da muß man so oder so ansetzen. Im übrigen muß das innerhalb der Zuständigkeit der einzelnen Parlamente erfolgen. Wir stellen nur die Notwendigkeit zunächst fest. (*Starke Unruhe.*) Das sollten wir tun. Wenn wir das nicht tun, kann man uns vorwerfen: Ihr habt geschlafen! (*Dufhues:* Das ist die praktische Fortentwicklung des Föderalismus, von der Herr Mikat gepredigt hat.) Ich schlage nun vor, daß wir abstimmen, Herr Bundeskanzler. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Also keine Wortmeldungen mehr! Dann bitte ich diejenigen, die sich der Stimme enthalten, eine Hand zu erheben. (*Bewegung und Zuruf:* Stimmenthaltungen?) Ich bitte diejenigen, die zustimmen möchten, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Zwei! So, meine Herren, damit hätten wir die Tagesordnung erschöpft. (*Wiederum sehr starke Unruhe.*) Meine Herren, das kalte Büffet steht nebenan. Die Sitzung ist geschlossen.